

## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Meinungen über die Qualität der Arbeit der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung gehen auseinander:

Auf der einen Seite wird der Selbstverwaltung vorgeworfen, dass sie ihre Aufgaben nicht ausreichend wahrnimmt, ihre Informationspolitik gegenüber den Versicherten unzureichend ist und dass ihre demokratische Legitimation nicht mehr gegeben sei (u. a. geringe Wahlbeteiligung).



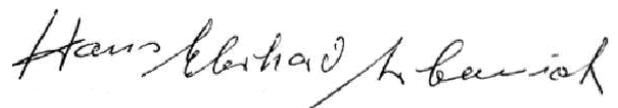
Andere weisen diese Kritik zurück und halten ihr entgegen, dass die Selbstverwaltung aufgrund der permanenten staatlichen Eingriffe die ihr zugedachten Aufgaben nicht mehr angemessen erfüllen kann mit allen nachteiligen Folgen für die Informationspolitik und das Interesse der Versicherten an der Selbstverwaltung.

Ob und inwieweit diese Einschätzungen zutreffend sind und welche Konsequenzen daraus für die zukünftige Gestaltung der Selbstverwaltung zu ziehen wären, war Gegenstand dieser Tagung, zu der die Friedrich-Ebert-Stiftung und der Bundesbeauftragte für die Sozialversicherungswahlen gemeinsam eingeladen haben.

Mein Dank gilt den Referentinnen und Referenten für die aktuellen Sachinformationen und für ihre Bereitschaft, die unterschiedlichen Positionen ausführlich zu diskutieren. Mein Dank gilt ebenso den 364 Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die lebhafte, faire und ergebnisorientierte Diskussion. Letztlich danke ich auch meinem Büroleiter Norbert Thomas Rzesnik und meiner Mitarbeiterin Anita Gödderz, die zuverlässig wie immer und mit unermüdlichem Fleiß zum Gelingen der Tagung beigetragen haben.

Die Redebeiträge wurden aufgezeichnet und hier als gesprochenes Wort wiedergegeben. Damit soll auch für diejenigen, die nicht teilnehmen konnten, die kollegiale Atmosphäre und der mit Sachverstand geführte Dialog der Beteiligten wiedergegeben werden.

Berlin, im August 2008

A handwritten signature in black ink, reading 'Hans Eberhard Urbaniak'. The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

*Hans Eberhard Urbaniak*

Bundeswahlbeauftragter für die Sozialversicherungswahlen

**Gemeinschaftsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Bundeswahlbeauftragten für die Sozialversicherungswahlen**

**Gesprächskreis Sozialpolitik**

**Programm**

**Sozialwahl und Selbstverwaltung  
Versagen demokratische Verfahren und Organisationen?**

**10.00 Uhr**     **Begrüßung**

**Anke Fuchs**  
Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung

**10.15 Uhr**     **Einführung**

**Hans Eberhard Urbaniak**  
Bundeswahlbeauftragter für die Sozialversicherungswahlen  
im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

**10.30 Uhr**     **Ziele, Strukturen und Funktionen der Selbstverwaltung**

**Dr. Herbert Rische**  
Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund, Berlin  
**Raimund Becker**  
Mitglied des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg  
**Susanne Wiedemeyer**  
Vorsitzende des Verwaltungsrates der AOK Sachsen-Anhalt, Magdeburg  
**Dr. Hans-Joachim Wolff**  
Vorstandsvorsitzender der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung, Berlin

anschließend Plenumsdiskussion

**12.00 Uhr**     *Mittagspause*

**12.45 Uhr**     **Modernisierung der Selbstverwaltung und der Sozialwahlen**

**Impulsreferat**  
**Dr. Bernard Braun**  
Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen

**Podiumsdiskussion:**

**Annelie Buntenbach**  
Mitglied des Vorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin  
**Armin Lang, MdL**  
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen  
**Franz-Josef Lersch-Mense**  
Staatssekretär, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin  
**Franz Knieps**  
Abteilungsleiter, Bundesministerium für Gesundheit, Berlin

anschließend Plenumsdiskussion, (ab 15 Uhr: Gelegenheit zu informellen Gesprächen)

**Moderation:**   **Beate Kowollik** (WDR-Moderatorin)

## **Symposium "Sozialwahl und Selbstverwaltung" – des Bundeswahlbeauftragten für die Sozialversicherungswahlen und der FES am 28.04.08 in Berlin**

### **1. Vortrag Anke Fuchs**

Lieber Hans Urbaniak, meine sehr verehrten Damen und Herren,

manches macht man zum ersten Mal, z. B. eine Veranstaltung zum Thema Selbstverwaltung in der Sozialversicherung. Ich habe mir erzählen lassen, das sei überhaupt das erste Mal, dass sich Menschen, Männer und Frauen, zusammentun, die sich über diese wichtige Frage austauschen wollen, um Mäkeleien aus dem Weg zu nehmen, um vielleicht im Hinblick auf die Wahlen im Jahre 2011 das Eine oder Andere noch ändern zu können, damit wir dann Erfolg haben und eine bessere Wahlbeteiligung erreichen. All dieses wird heute unser Thema sein. Ich begrüße Sie sehr herzlich.

Die Idee hatte natürlich Hans Urbaniak. Der hat dann zu mir gesagt, das müsst ihr mal machen, wir machen das und deswegen ein herzliches Dankeschön, dass Du die Idee hattest, Hans Urbaniak, vielen Dank.

Wenn ich mich unter uns so umgucke, dann kenne ich viele aus früheren Tätigkeiten und ich habe überlegt, was ich mit Selbstverwaltung zu tun hatte in meinem politischen Leben - eine ganze Menge. Es fing damit an, dass ich in der Vertreterversammlung der Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein tätig war. Damals, noch in den 60er Jahren als DGB-Rechtsschutzsekretärin. Und ich habe dadurch gelernt, wie wichtig es ist, Menschen mitzunehmen, Menschen zu aktivieren, nicht alles nur den Beamten zu überlassen, sondern Selbstverwaltung kreativ zu empfinden. Das war damals eine spannende Zeit und wir wissen ja, dass im Grunde so etwas wie Selbstverwaltung zu den Grundpfeilern einer Demokratie gehört. Sozialwahlen und Selbstverwaltung haben viel mit sozialer Demokratie zu tun, und wir wollen daran erinnern, dass das Selbstverwaltungsprinzip in der Sozialversicherung nicht, wie oft dargestellt, allein auf Bismarck zurück zu führen ist, sondern auf die Initiativen der betroffenen Arbeiter, die selbst gesagt haben, jetzt machen wir mal was und gründen genossenschaftliche Unterstützungsvereine. Die hatten bereits Selbstverwaltungsstrukturen. Daran soll man an so einem Tag sicherlich auch erinnern.

Die Selbstverwaltung ist seit dieser Zeit ein zentrales Ordnungsprinzip in der Sozialversicherung Deutschland. Sie ist neben staatlicher und marktformiger Steuerung ein weiterer Weg

gesellschaftlicher Gestaltung und sie räumt vor allem den Bürgerinnen und Bürgern die demokratische Mitwirkung an der Verwaltung des sozialen Rechtsstaats ein. Wir, die wir die Praxis kennen und die wir auch wissen, wie schwierig es ist, die Leute zu mobilisieren. Und die wir alle diese langen, langen Listen kennen, weil sich dort Leute zusammengetan haben, um Mehrheiten zu erringen, das mag alles ein bisschen schwierig sein, gleichwohl sollten wir zu denen gehören, die sagen, wenn das nicht ordentlich funktioniert, wollen wir es verändern und verbessern. Aber wir halten am Prinzip der Selbstverwaltung fest und finden es richtig, dass dieses bewährte System verbessert wird und nicht durch Mäkeleien noch geschwächt wird! Und deswegen führen wir heute diese Veranstaltung durch.

Ich bin davon überzeugt, dass die Weiterentwicklung das Thema ist. Teilhabe der Menschen, auch organisierte Teilnahme natürlich. Wir können ja nicht jeden Einzelnen selbst in die Selbstverwaltung hinein nehmen. Da sind dann auch Wahlen und da sind auch Strukturen, die es zu bedenken gilt. Wahlen sind ein zentrales Element sozialer Demokratie und unseres Sozialstaatsverfahren. Und über die Wahlverfahren will ich nicht reden, weil das verstehe ich nicht mehr, habe ich auch nicht mehr ganz kapiert. Da müssen wahrscheinlich auch die einzelnen Träger sich überlegen, ob sie im Hinblick auf die Wahlen, die dann kommen, Veränderungen durchsetzen können und wie man das am besten macht. Ich bin aber überzeugt, dass die Arbeit noch effizienter werden kann, dass sie produktiver werden kann, aber sie ist wichtig und ein Teil eines aktiven Staates und eines vorsorgenden Sozialstaates. In diesem Sinne freue ich mich auf die heutige Diskussion, ich freue mich, dass Sie alle gekommen sind. Danke, Hans Urbaniak, dem ich gleich das Wort erteile, und ich will noch vorstellen Frau Kowolik, die beim WDR arbeitet und die die Moderatorin des heutigen Tages ist, auch Ihnen ein herzliches Willkommen. Nun hat Hans Urbaniak das Wort, herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

## **2. Vortrag Hans Urbaniak**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Selbstverwalter,

normalerweise bedanke ich mich bei Ihnen von den Verbänden, Versicherungsträgern und Arbeitnehmerorganisation für die Einladung zu Ihren Sitzungen und Tagungen. Diesmal bin ich es, der Ihnen danken muss, schön, dass Sie gekommen sind. Ich nehme damit Ihr Interesse zur Kenntnis an der Fortentwicklung des Selbstverwaltungsrechts in der Sozialversicherung und damit einer kraftvollen, wirtschaftlich vertretbaren und effektiven Vertretung der Ihnen anvertrauten Versicherten. Ich treffe hier Kolleginnen und Kollegen, vertraute Gesichter, die mit mir willens sind, nach den letzten Sozialwahlen 2005 die Selbstverwaltung wieder stärker in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion zu bringen, damit wir die Position für 2011 besser aus-

bauen und mehr von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Dies ist ja nur über diese Institution möglich. Zunächst aber meinen Dank an die Friedrich-Ebert-Stiftung und an Dich, Anke Fuchs, dass wir hier mit Deinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Frau Rindermann und Herrn König, dieses alles haben vorbereiten können. Ich danke auch Frau Gödderz, die weder Zeit noch Stunde kennt, wenn es gilt, eine Sache erfolgreich zu Ende zu bringen, und ich danke meinem Büroleiter Herrn Rzesnik, der seit Jahr und Tag für die Selbstverwaltung auf den Beinen ist, für die Arbeit, die sie hier hineingesteckt haben, das war alles gut und gründlich zu organisieren, und Ihr habt das sauber geschafft. Da müssen sich Andere erstmal lange strecken, um diesen Erfolg zu erreichen.

Mit Anke Fuchs habe ich mehr als zwei Jahrzehnte in enger politischer Arbeit Sozialpolitik gestaltet. Sie auf der Seite der Regierung, ich auf der Seite der fordernden Parlamentarier, und dies war eine sehr gute Zusammenarbeit, oftmals sehr laut, kritisch, aber im Ergebnis war der Akkord sauber, und so soll es auch sein. Ich begrüße meinen Stellvertreter, den Kollegen Louven, mit dem ich auch zusammen über mehrere Jahrzehnte - mein Gott, wo ist die Zeit geblieben - im Ausschuss für Arbeit und Sozialpolitik gestritten, gekämpft und gebalgt habe. Der eine saß links, der andere saß rechts, das ging gar nicht anders. Aber wir haben auch da uns verstanden. Es war immer eine saubere Diskussion. Und wir haben zusammen mit unseren Mitarbeitern, der Juristin Frau Herfert und Herrn Rzesnik, die Sozialwahlen 2005 anfechtungsfrei hingekriegt, immerhin ein 40-Millionen-Projekt. Wäre es nicht so gewesen, so kurz vor den Bundestagswahlen, hätte die Presse dies angeprangert und das Ergebnis der Bundestagswahl wäre ein anderes gewesen. Nun ein kurzer Überblick: Die Ergebnisse der letzten Wahlen haben die Leitung des Ministeriums veranlasst, sich zu fragen, was man besser machen kann. Der Wahlbeauftragte hat eine Reihe von Anregungen vorgestellt, in seinem Schlussbericht verarbeitet und hat diese Erfahrungen auch dem Ministerium an die Hand gegeben, damit die Dinge weiter entwickelt werden. Zusätzlich hat das Ministerium ein Gutachten, eine Gutachtergruppe, beauftragt, die Dinge nun mal wissenschaftlich zu untersuchen. Und das macht der Dr. Braun, mit dem wir uns ja bisher ganz gut verständigt haben, auch ziemlich laut, aber direkt, richtig direkt, und das war auch in Ordnung so. Ein Wissenschaftler seiner Güte verträgt so etwas. Er hat nicht die Empfindsamkeit von Professoren. Die Selbstverwaltung ist nicht nur, wie ich meine, ein bedeutendes Mitbestimmungsorgan, sie ist vielmehr auch eine Agentur zur verpflichtenden Begegnung von Arbeit und Kapital, von Versicherten und Arbeitgebern. Es gibt, und das haben die Wissenschaftler auch festgestellt, keine Alternative zur bestehenden Selbstverwaltung! Kritikpunkte sind da. Willy Brandt hat schon gesagt: "Nichts ist so gut, dass man es nicht besser machen kann!" und das ist ja eine alte Lebenserfahrung. Kernpunkte der Kritik sind, dass eine zu geringe Wahlbeteiligung immer wieder herausgestellt wird, aber meine

Damen und Herren, ich sage das mal hier ganz deutlich, 14 Millionen Versicherte haben von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. 14 Millionen, das ist ja doch wohl eine enorm große Zahl und die wollen wir nicht unterschlagen. Es wird gesprochen von einer prekären Legitimation, was das auch immer sein mag. Ich denke, die Form der Sozialwahl, also der Kritikpunkt Friedenswahl. Eine unzureichende Bekanntheit und Transparenz, damit sind wohl im Wesentlichen auch die Verbände, die diese Wahlen ja vorbereiten im eigenen Interesse, Versicherungsvertreter gewählt zu bekommen, gemeint, und ein zu geringer Gestaltungsspielraum der Selbstverwalter. Nun müssen sich die Kritiker mal Vertreterversammlungen ansehen. Sie müssen mal, wenn es die Gelegenheit gibt, in den Widerspruchsausschüssen rumhören, welche Arbeit dort von den Selbstverwaltern geleistet wird und was natürlich immer herausgestellt wird, mangelnde Fachkompetenz der Mandatsträger. Ist die allgemeine Bildungspolitik hier gemeint, oder meint man die, die aus dem Arbeitsleben kommen und die Schwere dieser Versicherungsarbeit leisten mit ihren Geschäftsführungen und Vorständen, die seien nicht hinreichend qualifiziert? Qualifizieren müssen wir uns jeden Tag ein Stückchen mehr. Nun haben die Gutachter verschiedene Modelle geprüft, die wir im Grunde schon alle kannten, Aufsichtsratsmodell, Berufungsverfahren, alle möglichen Dinge, die man sich hier drunter vorstellen kann, zweifelhaft auch die Überlegung, wie das mit der demokratischen Legitimation weiter gehen soll. Der Kernpunkt, und das ist für mich wichtig, zur Selbstverwaltung gibt es keine Alternative und das ist gut so, dass die Gutachtergruppe diese Dinge heraus gestellt hat. Natürlich hat man auch hier besonders abgestellt auf die Urwahl und will sie zur Pflicht machen. Dieses ist eine ganz schwierige Sache, denn ich weiß gar nicht, welche ein Bundeswahlbeauftragter dieses leisten könnte, dass das rechtssicherheitlich über die Bühne gehen könnte. Darum sind wir sehr skeptisch an diesem Punkt und meinen, dass beide Möglichkeiten, die wir heute haben, auch ihre Existenzberechtigung behalten sollten.

Ich gehe also davon aus, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir die Wahlen für 2011 gut vorbereiten können. Ich habe in den beiden Ausschüssen des Deutschen Bundestages, die zuständig sind bei dieser Materie, unseren Abschlussbericht, aber auch die damals vorbereitenden Arbeiten dargelegt und habe um Vorschläge gebeten, wie wir als Politiker die Dinge weiter entwickeln könnten, wie man dieses eigentlich anpackt. Ich kann hier nur sagen, es ist kein Vorschlag auf Grund meiner Darlegungen gekommen, und damit haben Sie auch anerkannt, wie schwierig eigentlich das Thema ist, denn wir sind alle froh, wenn wir die Sozialwahl abgeschlossen und dann wieder mit Perspektive in den Institutionen der Renten-, der Unfallversicherung, der Pflegeversicherung und der Krankenversicherung arbeiten können. Also, da können, ob das Ausschüsse sind, Experten sind, sagen, was sie wollen, die Selbstverwaltung hat funktioniert, und da lassen wir uns nicht reinreden.

Nun, aus der Sicht des Wahlbeauftragten könnte eine Stärkung der Selbstverwaltung erfolgen durch Ausbau und bessere Nutzung der Gestaltungsspielräume durch die Selbstverwaltung, insbesondere im Bereich der Satzungsleistungen, der Prävention, ein ganz großes Thema, und der Tarifgestaltung, Selbstbehalte, Bonusmodelle und was man da nicht alles kennt in der Krankenversicherung, dann bessere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit während der gesamten, meine sehr verehrten Damen und Herren, 6-jährigen Amtszeit. Ich lese in den Zeitungen oftmals sehr kleine Berichte über die Arbeit der Selbstverwaltung, selbst derjenigen Leute, die vor Ort ihre Beratertätigkeit durchführen, aber sonst lese ich natürlich sehr viel in den Zeitungen von der Verlegung des einen Bordsteines zum anderen, aber nicht über die Schwere der Beratungstätigkeit unserer Frauen und Männer, die dieses Sozialversicherungssystem funktionsfähig halten, und da müssen wir dafür sorgen, dass die Öffentlichkeitsarbeit verbessert wird. Veröffentlichung des Haushaltes, Geschäftsberichte des Versicherungsträgers in allgemeiner verständlicher Form, Offenlegung der hauptamtlichen Tätigkeit, Einarbeitung von Reaktionsmechanismen in die Satzung der gesetzlichen Krankenversicherung, um angemessen zu reagieren. Wir wollen dafür sorgen, dass mehr Symposien und Sprechstunden zu Meinungsaustausch führen, damit auch die Leistungserbringer, die ja für die Versicherten da sind, sich besser darstellen können, über die Bedeutung des sozialmedizinischen Dienstes natürlich auch diskutieren sollten, den Leuten nahe bringen, was das eigentlich bedeutet. Außerdem Pflicht zur Wahlausschreibung bei allen Versicherungsträgern, keine Einführung einer "dritten Bank". Wir möchten ganz gerne eine stärkere Berücksichtigung von Frauen und auch jüngeren Leuten, Behinderten natürlich, hier sollte auch bei Listenplätzen, bei Vorschlagslisten, dieses natürlich berücksichtigt werden. Leider haben wir zu wenig Frauen in diesen Funktionen, und ich sage das hier ganz deutlich, bei den Arbeitgebervereinigungen gibt es nicht eine, das ist nicht gut. Also, muss sich auch die Fraktion der Arbeitgeber bemühen, die Frauen in diese Arbeit hinein zu nehmen. Sie sehen also, es gibt eine ganze Reihe von wichtigen Punkten, die wir herausgestellt haben. Lesen Sie aufmerksam den Schlussbericht der Wahlbeauftragten zu den Sozialwahlen 2005! Nun wollen wir uns damit beschäftigen, was wir im Einzelnen tun könnten, und werden dem Ministerium wohl vorschlagen, dass wir die Listenzusammenlegung streichen, dass wir die Einreichungsfrist, die wir schon verlängert haben für 2005, noch einmal verlängern und dass wir, was wir den Hit nennen, die Sozialversicherungswahlen online einrichten wollen, weil, PC heißt das wohl, fast in jedem Haushalt neben einer Küchenmaschine auch solch ein Gerät steht und da wird dann gesurft, heißt das wohl, durch die Welt gefegt, und dann können die natürlich auch ihre Stimme abgeben im Rahmen dieser sogenannten Online-Wahl. Wir wollen dazu mit den großen Kassen im Stadtstaat Hamburg ein Pilotprojekt fahren. Ich sehe hier die Vorsitzende des Bundeswahlausschusses Frau Dr. Brandts, unsere Vizepräsidentin des

Landessozialgerichts von Nordrhein-Westfalen, und sage, wir müssen das hier alles rechts-sicher machen, sonst würden wir ja mit der Juristin unsere Schwierigkeiten bekommen und dazu ist sie uns zu sympathisch, wollen wir nicht machen. Auf Frau Dr. Brandts, zukünftig Richterin am Bundessozialgericht, und Frau Herfert, eine erstklassige Juristin aus dem Bundesarbeitsministerium, die alle unsere Verfahren vom Bundeswahlausschuss bis zum Bundessozialgericht erfolgreich bestritten hat, konnte ich mich immer verlassen. Also werden wir diese Sache anpacken und sehen, wie wir da voran kommen. Die Arbeiten laufen noch auf Hochtouren. Alle arbeiten sehr gut mit. Der Dr. Rische hat uns damals bei der Vorstellung sehr ermuntert, diese Dinge voran zu bringen, und ich bin froh dabei, dass wir überall Förderer haben, die uns die Möglichkeit geben, diese Geschichte nach vorn zu bringen. Es wird dann rumgemeckert in der Medienlandschaft, ist egal, was wir da nehmen, über die hohen Kosten - es sind relativ geringe Kosten, wenn man das auf die sechs Jahre mal berechnet, das sind wenige Cent bezogen auf den Versicherten. Aber demokratische Wahlen müssen ja finanziert werden und wenn dieses nur durch Briefwahl geschieht, dann hat bisher auch die Konkurrenzsituation bei der Post uns von den großen Kosten nicht runter gebracht. Es werden ja mehr als die Hälfte der Kosten für das Porto verwandt. Also werden wir uns jetzt bemühen, dass wir die Online-Wahl hier einmal in den Mittelpunkt stellen. In dem Zusammenhang will ich über die näheren Einzelheiten dazu nichts sagen, der zuständige Staatssekretär Herr Lersch-Mense und der Minister haben das letzte Wort, sondern ganz kurz mich zuwenden dem Entwurf oder das, was das Gutachten ausmacht, zu seinen Empfehlungen das eine oder andere zu sagen. Grundsätzlich habe ich ja hier schon betont, die Selbstverwaltung wird von den Experten voll und ganz bejaht, ansonsten bin ich zu den anderen Punkten sehr distanziert - verpflichtende Urwahlen, ich sag hier ganz klipp und klar, das ist nicht zu machen. Einführung einer Ein-Drittel-Arbeitgeber und Zwei-Drittel-Versicherten-Modells, gerade bei der Organisationsreform im knappschaftlichen Bereich haben wir das gerade geändert, wir wollen das auch nicht mehr zurück führen. Eigenständige Verwaltungsräte für Pflegekasse und Ausdehnung des Wahlrechts auf Nicht-Beitragsmitglieder - habe ich meine ganz große Skepsis, dies führt zu einer großen Verbürokratisierung, und wir wollen ja, wie heißt das so schön, deregulieren. Auch ein sehr schönes Wort. Also sind wir uns darüber im Klaren, die bisherigen wichtigen Bestandteile des technischen Wahlrechtes möchten wir gern erhalten. In den nächsten Wochen wird sich ja das Ministerium auseinandersetzen mit dem, was erarbeitet worden ist und das ist auch gut so. Es wird jetzt wieder über das Selbstverständnis der Sozialwahlen gesprochen, und darüber bin ich sehr sehr froh. Selbstverwalter, Versicherungsvertreter stehen an der Basis zu Tausenden. Beraten ihre Versicherten mit einer doch sehr intensiven Arbeit. Leisten in den Widerspruchsausschüssen eine Arbeit, die die Gerichte doch sehr entlastet. Wenn wir das nicht mehr in Funktion hätten,

würden wir kaum noch durchkommen und daher wollen wir die Organisationsgestaltung, die wir kennen, so lassen.

Nun darf ich hier, selbst wenn unsere Moderatorin das unsympathisch findet, sagen, als wir die Wahlen vorbereitet haben mit unserer alten Einrichtung in Berlin, mit der BfA, hat der Dr. Rische mit seinem Stab und den Selbstverwaltern eine sehr gute aufklärende Maßnahme zur Selbstverwaltungswahl konzipiert. Wir haben große Plakate in den großen Bahnhöfen aufgehängt, wir haben an bekannten Stellen uns überall bemerkbar gemacht und auf dieses Wichtige hingewiesen. Wir haben gesagt, dies ist ein ganz bedeutendes Parlament, das da zu wählen ist, und haben uns dann an ARD und ZDF gewandt mit der Bitte, doch Spots, nennt Ihr das ja, diese Sachen zu veröffentlichen. Man hat uns abgeschrieben und gesagt, das käme nicht in Frage, wie das auch immer begründet worden ist, ich fand, es war nicht in Ordnung, denn wir haben gesagt, wir bezahlen das auch, ihr braucht das nicht gratis zu machen. Die Privaten haben es aufgegriffen und haben gesagt, das kostet Soundsoviel, die Rechnung haben wir auch beglichen, ist ja völlig klar und auch sauber und in Ordnung, und haben dann aber genau so wie die öffentlich-rechtlichen Medien auf der Selbstverwaltung rumgetrommelt mit den bekannten Dingen: mangelnde Legitimation, zu teuer, keine Effektivität. Alternativergebnis: Nix, gleich Null. Das ist natürlich keine Position, die die Demokratie gebrauchen kann. Ich darf hier am Schluss sagen, schließlich kommt es darauf an, die Bedeutung der Sozialversicherungswahlen angemessen zu vermitteln, damit die Akzeptanz, meine Damen und Herren, in der Öffentlichkeit erhöht wird. Wir sind alle dazu aufgerufen und wir müssen alle daran arbeiten. Herrn Staatssekretär Lersch-Mense danke ich besonders und er wird auch genau hinhören auf das, was Sie, meine Damen und Herren, zu sagen haben. Er stellt danach die Weichen für den Zug "Sozialwahl 2011", und wir sind alle aufgefordert, konstruktiv mitzuhelfen, dass der Zug erfolgreich sein Ziel erreicht.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, wir arbeiten weiter zusammen für die Sozialversicherung und für die Wahlen, wie wir sie bisher durchgeführt haben.

So, und nun darf ich bitten, Beate Kowalek, ich hab mich extra vertan, damit ich auch mal dem WDR einen reintun kann. Aber bitte schön, Sie haben das Wort.

### **3. Einleitung der Moderatorin Beate Kowolik**

Vielen Dank, Herr Urbaniak, ja schönen guten Tag, meine Damen und Herren.

Ich bin begeistert, muss ich ehrlich sagen, wenn ich hier so in die Runde gucke, wir haben 350 Anmeldungen, 364 sind im Saal, es sind hier vorne noch ein paar Plätze frei. Wenn Sie also Lust haben, da vielleicht hinten von diesen Treppen runter zu kommen und wollen hier vorne Platz nehmen, tun Sie das gerne. Ich weiß nicht, ob das so über Stunden gemütlich ist, da hinten zu sitzen, ansonsten bin ich natürlich begeistert, dass so viele Leute gekommen sind, und es lässt mich nicht nur hoffen, sondern vor allem sicher sein, dass wir heute hier wirklich was bewegen können. Dass wir wirklich was erreichen können. Herr Urbaniak hat ja ziemlich deutlich gemacht, wie groß die Unterschiede sind über die Meinungen, die einzelne Leute eben zur Selbstverwaltung haben. Es gibt die Leute, die Kritiker, die schimpfen und sagen - wie Herr Urbaniak schon gesagt hat -, es gibt zu wenig Wahlbeteiligung, also hat sie gar keine Rechtfertigung mehr, die Selbstverwaltung. Zum anderen sagen andere, die Qualität ist so schlecht, dass wir daran nicht mehr festhalten müssen. Ich möchte heute mit Ihnen aber ganz gerne darüber reden, was man denn tun kann, um die Qualität zu verbessern, und ich glaube, wir brauchen nicht lange darüber zu diskutieren, dass die Selbstverwaltung ein absolutes Muss ist. Er hat ja gerade einen großen Appell dafür gegeben, daran festzuhalten, und ich glaube, darüber brauchen wir nicht lange zu diskutieren, denn wenn die Qualität stimmt und wenn man wirklich etwas bewegt, wenn man wirklich mitentscheidet, dann hat die Selbstverwaltung nicht nur aus historischen Gründen eine Zukunft, sondern auch aus vielen anderen Gründen. Und das möchte ich heute ganz gerne mit Ihnen erarbeiten. Ich denke, wir haben heute hier die große Chance, tolle Experten zu haben. Hier sind viele Menschen unter einem Dach, die wirklich etwas bewegen können, die etwas mitentscheiden können und die mitbeeinflussen können. Und ich würde Sie nur bitten, das auch wirklich wahrzunehmen. Nehmen Sie sich heute die Gelegenheit, nehmen Sie sich die Chance, alles zu fragen, unsere Experten auseinander zu nehmen und dann vielleicht am Ende des heutigen Tages oder nicht vielleicht, das ist eigentlich so mein Ziel, was ich mir gesetzt habe, dass, wenn wir heute hier rausgehen, wissen, wie geht es mit der Selbstverwaltung weiter, welche Schritte müssen eingeleitet werden und welche Aufgaben stehen denn in Zukunft an. Sie wissen, es gibt da ganz unterschiedliche Auffassungen, man muss sich von alten Aufgaben lösen, man muss vielleicht neue für die Selbstverwaltung bekommen und dann muss man sich natürlich fragen, welche Rolle spielt da die Politik. Welche Voraussetzungen müssen notwendig sein, damit man eben diese neuen Aufgaben überhaupt annehmen kann, damit man sie ausführen kann und damit man überhaupt Entscheidungen treffen kann. Aber man muss sich auch fragen, was passiert eigentlich innerhalb der Selbstver-

waltung? Wie groß ist die Informationspolitik, wie viel kann man untereinander innerhalb der Selbstverwaltung wirklich austauschen, wie viel kann man informieren und wie kann man das nach draußen bringen, damit man eben neue Mitglieder gewinnt, eben auch Junge und auch Frauen und wie kann man dann überzeugen, dass eben die Wahlbeteiligung doch wesentlich höher ist, als in den vergangenen Jahren? Spannende Themen, interessante Themen, wahrscheinlich auch kontroverse Meinungen, die wir heute hören werden. Aber nur, denke ich, wenn wir miteinander diskutieren, auch sachlich diskutieren, dann können wir auch wirklich was erreichen, und ich möchte Sie bitten, nehmen Sie sich einen Stift, nehmen Sie sich ein Stück Papier, schreiben Sie sich Ihre Fragen auf, Ihre Anregungen, Ihre Kritiken, Ihre Konzepte, die Sie vielleicht in der Tasche haben, um darüber zu diskutieren und darüber zu reden, welche von denen sind umsetzbar und wo können wir gemeinsam an einem Strang ziehen. Heute Vormittag wird es so sein, dass vier verschiedene Experten Referate halten werden, kurze Referate, jeder Einzelne wird auch zu Ende sprechen und erst dann werde ich alle Vier wieder hier nach vorne holen und dann werden Sie Ihre Fragen stellen können. Ich würde dann ungern schon in die Diskussion einsteigen, sondern ich würde gerne dann Hintergrundfragen stellen lassen, ich würde gerne vielleicht Detailfragen stellen lassen, vielleicht auch, ob Sie das eine oder andere richtig verstanden haben, damit wir heute Nachmittag dann wirklich rundum diskutieren können, denn dann sind die Ansprechpartner ja auch noch da.

Ich freue mich auf einen sicherlich interessanten, hoffentlich auch spannenden Tag und einen erfolgreichen hoffentlich auch. Und ich begrüße jetzt den ersten Redner, Dr. Herbert Rische, Präsident der Deutschen Rentenversicherung, herzlich willkommen, Herr Dr. Rische.

#### **4. Vortrag Dr. Herbert Rische**

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

das hört sich immer gut an, Präsident der Deutschen Rentenversicherung, aber richtig heißt es, Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund. Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr verehrte Frau Fuchs, sehr geehrter Herr Urbaniak, liebe Kolleginnen und Kollegen. In der Einleitung zu unserer heutigen Veranstaltung wurde bereits auf zentrale Punkte, die im Zusammenhang mit der Selbstverwaltung diskutiert werden, hingewiesen. Es geht dabei um Fragen, wie die Wahlbeteiligung bei Sozialwahlen erhöht, wie der Bekanntheitsgrad der Selbstverwaltung in der Bevölkerung weiter verbessert werden kann. In den öffentlichen Diskussionen wird zudem erörtert, ob der Aufgabenzuschnitt der Selbstverwaltung stimmig ist, ob sich die Selbstverwaltung auf eine reine Kontrollfunktion beschränken soll, oder ob die Selbstverwaltungsmitglieder ausreichend qualifiziert sind. Dies sind sicherlich alles berechtigte Fragen, im

Kern geht es jedoch darum, wie die Akzeptanz der Selbstverwaltung in der Bevölkerung erhöht werden kann. Denn mit der Akzeptanz steht und fällt ihre Existenzberechtigung. Die Akzeptanz erfordert Wissen, Wissen über die Existenz der sozialen Selbstverwaltung, über ihre Struktur, ihre Aufgaben und ihre gesellschaftlichen Funktionen. Akzeptanz erfordert aber auch Gestaltungsspielräume für die Selbstverwaltung, weil sie ohne eigene Gestaltungsmöglichkeiten ihre Aufgaben und gesellschaftlichen Funktionen nicht wahrnehmen kann. Meine Damen und Herren, ich lege besonderen Wert auf diesen Punkt, Gestaltungsspielräume für die Selbstverwaltung, und ich sage dies auch hier sozusagen etwas außerhalb des Protokolls, ich hab so das Gefühl, wir sitzen hier, sind alle katholisch und sollen noch ein bisschen katholischer werden. Insofern sind wir womöglich gar nicht diejenigen, die als Ansprechpartner dienen, der Selbstverwaltung und der zukünftigen Herausforderung der Selbstverwaltung. Wir sind diejenigen, die es vermitteln müssen und die es leben müssen, das sicherlich. Aber trotzdem noch mal der Hinweis, Gestaltungsspielräume sind wichtig und Gestaltungsspielräume letztlich inhaltlicher Art, ich sag auch das mal so, vielleicht auch politischer Art, und ich denke, wir sollten uns nicht sozusagen Sand in die Augen streuen, indem wir hier sitzen und uns trefflich über technische Fragen unterhalten, die mal links- oder rechtsrum entschieden werden können und über die wir, wie gesagt, weil wir ja Wissende sind in dem System, trefflich streiten können und auch müssen, aber dabei vergessen, um was es wirklich geht. Es geht um Teilhabe an der Macht. Es geht um Machtteilung, es geht um gesellschaftliche Fragen usw., da kann man vieles mit Technik vielleicht ein bisschen glatt ziehen, ein bisschen deutlicher machen, aber ich glaube eines muss ganz deutlich werden, es kann nicht nur darum gehen, dass wir das Thema Selbstverwaltung nur unter solchen technischen Gesichtspunkten behandeln und das Thema, wie werten wir denn Selbstverwaltung eigentlich politisch, letzten Endes gar nicht behandeln oder den Politikern alleine überlassen, wobei ich mich gefreut hätte, wenn heute Vormittag schon namhafte Vertreter der beiden betroffenen Ministerien anwesend wären. Ich will damit die andern Anwesenden nicht abwerten, aber es wäre doch ganz schön, wenn wir gemeinsam den ganzen Tag diskutieren könnten, denn so muss man letzten Endes hinterher reden. Trotzdem darf ich der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Bundeswahlbeauftragten danken dafür, dass sie diese Veranstaltung durchführen und diese Veranstaltung denn als Initialzündung vielleicht auch begreifen für weitere Veranstaltungen, die in der Vergangenheit vielleicht nicht so wahrgenommen wurden, aber hoffentlich in Zukunft wahrgenommen werden.

Meine Damen und Herren, unser Selbstverwaltungssystem ist nach meiner Ansicht, und Herr Urbaniak hat das, glaube ich, auch so formuliert, ein Erfolgsmodell. Wie wirksam das Selbstverwaltungssystem in der Sozialversicherung war und ist, zeigen die Beispiele in der Rentenreform '89, die Beispiele der Org-Reform sowohl im Bereich der Rentenversicherung, als auch in den

anderen Sozialversicherungsbereichen. Wenn ich den Bereich, der heute immer wieder hervorgehoben wird, in anderen Zusammenhängen, z. B. dem Bereich Kundenorientierung nehme, dann darf ich nur darauf hinweisen, dass z. B. die Rentenversicherung 5.200 Versicherten-älteste und Berater und Beraterinnen hat. Ich kann nur sagen, ein solch dichtes Netz von qualitativ hoch ausgebildeten und immer wieder auf den neuesten Stand gebrachten Mitarbeitern soll erst mal eine andere Organisation vorhalten, und ich glaube, wir brauchen uns hier hinter Niemandem verstecken, was dies anlangt. Ich darf auf einen Aspekt noch hinweisen, und auch das hat Herr Urbaniak heute schon gesagt, die hohe Zahl natürlich nicht nur der Selbstverwalter als Versichertenberater und –beraterinnen, sondern natürlich insgesamt in den Gremien. Wenn wir sehen, allein in der Rentenversicherung sind dies 6.800 Personen, und ich denke, Personen, die ihr Amt mit Engagement, mit Kenntnis und sicherlich auch mit Erfolg weitgehend ausüben. Ich glaube, wenn man das alles so sieht, dann ist die Einführung von so genannten Sozialräten und sogenannten Sozialversicherungsräten nur eine zusätzliche, überflüssige Bürokratie, als dass die jetzige Selbstverwaltung damit mit weiterem Leben gefüllt wird. Meine Damen und Herren, das Bremer Gutachten, das hier schon angesprochen ist, das seit Mitte April vorliegt und weitgehend bekannt sein dürfte, enthält 21 Empfehlungen zur Selbstverwaltung. Ob diese Vorschläge allerdings zu einer Stärkung der Selbstverwaltung führen, wage ich zumindest nach der jetzigen Betrachtung zu bezweifeln. Es fällt auf, dass zu den Leistungen der Selbstverwaltung damit zur Effektivität des Selbstverwaltungssystems in dem Gutachten nichts gesagt wird. Nach dem Text einer Vorfassung des Gutachtens war sogar zu befürchten, dass dem Selbstverwaltungssystem der Boden entzogen werden könnte. Die ursprünglich vorgesehene Berufung von Arbeitgebervertretern durch die Aufsichtsbehörden anstelle einer Wahl, die Einführung einer dritten Bank, die Schaffung von Sozialräten und Sozialversicherungsräten hätte meiner Ansicht nach die Axt an die Wurzeln der Selbstverwaltung gelegt. Das Gutachten enthält nach wie vor Empfehlungen, mit denen die ursprünglichen Intentionen zum Teil erreicht werden sollen. So soll der Anteil der Arbeitgebervertreter in den Selbstverwaltungsorganen auf ein Drittel reduziert werden. Das aktive Wahlrecht soll über die Mitglieder der Träger hinaus gehen, die Vorschlagsberechtigung für Wahllisten soll ausgeweitet und die Kandidatenaufstellung soll über Quoten geregelt werden. Nicht angesprochen oder nur kurz erwähnt im Gutachten werden Regelungen, die nach meiner Ansicht zu einer Stärkung der Selbstverwaltung führen können. Wenn es darum geht, eine Identifikation der Betroffenen mit der Selbstverwaltung herzustellen, dann muss es darum gehen, der Selbstverwaltung Spielräume zu erhalten und Aufgaben zuzuweisen, mit denen sie in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden kann. Ich denke, hierzu ist im Gutachten zu wenig zu lesen.

Meine Damen und Herren, die Gutachter halten an ihren Vorschlägen fest, die Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane so zu verändern, dass dort ein Drittel Arbeitgebervertreter und zwei Drittel Versichertenvertreter vertreten sind. Herr Urbaniak hat bereits auf diesen Punkt hingewiesen. Ich kann nur aus Sicht der Rentenversicherung und aus meiner Sicht sagen, dies scheint mir nicht der richtige Weg zu sein. Die Gutachter begründen diesen Weg damit, dass den Arbeitgebern nur eine reine Zahlspflicht der Beiträge zugute käme, während die Versicherten die Beiträge aufbringen, also tragen würden. Auf Grund dieses Zusammenhangs könne, so die Gutachter, die Mitwirkung der Arbeitgeber auf ein Drittel reduziert werden. Der Leser stellt sich sofort die Frage, weshalb überhaupt ein Drittel. Nach den Ausführungen des Gutachtens dürften die Arbeitgeber überhaupt nicht mehr in den Gremien der Selbstverwaltung vertreten sein, die Gutachter liefern jedenfalls keine Begründung für die von ihnen gewählten Arbeitgeberanteile. Vielleicht ist es ja auch eine Referenz an die Ersatzkassen, die dieses Modell ja zurzeit zumindest verwirklicht haben. Meine Damen und Herren, die Frage, ob in allen Sozialversicherungszweigen das Verwaltungsratsmodell eingeführt werden sollte, wird im Gutachten offen gelassen. Begründet wird dies damit, dass dieses Modell auch unzureichend evaluiert sei. Im Textteil des Gutachtens lassen die Autoren allerdings eine gewisse Sympathie für dieses Modell erkennen und regen, wie es sich für gute Wissenschaftler gehört, hierzu ein weiteres Gutachten an. Meine Damen und Herren, wenn in diesem Zusammenhang angeführt wird, Vorstand und Vertreterversammlungen befassten sich mit den gleichen Fragen, dann zeigt dies allerdings die von mir schon früher kritisierte Praxisferne der Gutachter, die sich hierzu nur die Tagesordnung dieser Gremien näher hätten anschauen müssen. Nach meiner Auffassung sollte man überlegen, ob es nicht zwei spezifische Regelungen geben kann, wie wir es auch heute haben, Verwaltungsratsmodell in dem einen Zweig, Zweistufenmodell mit Vorstand und Vertreterversammlung in dem anderen Modell. Ich denke, hier sollte man für alle Diskussionen offen sein.

Meine Damen und Herren, die meisten Vorschläge des Gutachtens betreffen, wie es der Auftrag natürlich auch war, die Sozialversicherungswahlen und deren Durchführung. Ich will hier nicht alle kommentieren, sondern will nur auf einige wenige Aspekte hinweisen und hoffen, dass wir in der Diskussion sicherlich dann noch Einiges weiter erörtern können. Im Bereich des passiven Wahlrechts empfehlen die Gutachter die Einführung von Quotierungen, eine Begrenzung der Wiederwahlmöglichkeit von Gremienmitgliedern und den Ausschluss der Wählbarkeit von Personen, die bei einem anderen Versicherungsträger hauptberuflich oder hauptamtlich tätig sind. Die Einführung einer trägerbezogenen Geschlechterquote wird begründet mit ähnlichen Regelungen im Betriebsverfassungsgesetz, Bundesgleichstellungsgesetz und Bundesgremienbesetzungsgesetz. Das Bundeswahlgesetz, Landeswahlgesetz enthält natürlich, wie könnte es

anders sein, keine entsprechende Vorschrift, was die Gutachter allerdings nicht umstimmen kann. Da auch andere Gruppen in der Selbstverwaltung unterrepräsentiert sind, z. B. jüngere Personen, seien sie männlich oder weiblich, oder z. B. Ausländer, in der Selbstverwaltung würde eine solche Regelung sicherlich weitere Fragen nach weiteren Quoten, nach weiteren spezifischen Regelungen nach sich ziehen, und ich denke, hier wäre sicherlich dann auch eine Grenze eingesetzt. Ein ehrenamtliches Engagement über Quotierungen zu regeln, macht aus meiner Sicht keinen Sinn. Ich will auf einen ganz kleinen Punkt hinweisen, der für die Tätigkeit der ehrenamtlichen Selbstverwalter auch eine durchaus beachtliche Rolle spielt. Es sollte aus meiner Sicht überlegt werden, wie die Bedingungen für die ehrenamtliche Tätigkeit verbessert werden können. So haben wir mehrfach das Finanzministerium um Prüfung gebeten, ob die steuerlichen Rahmenbedingungen, wie bei anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten, auch für Selbstverwalter verbessert werden können. Wenn über eine Modernisierung der Selbstverwaltung gesprochen wird, muss auch diese Frage angesprochen werden, wie Bürgerinnen und Bürger für diese Aufgabe gewonnen werden können, in Gutachten findet sich hierzu leider keine Aussage. Der Ausschluss von Personen aus anderen Versicherungszweigen wird auch damit begründet, dass die Selbstverwaltungsgremien u. a. der Rentenversicherung von Hauptamtlichen der Krankenkassen dominiert würden. Ich denke, man sollte sich mal die entsprechenden Zahlen der Vertreterversammlungen der Rentenversicherungsträger ansehen und man sollte sich mal ansehen, wie viel Krankenkassenvertreter und wie viel hauptamtliche und womöglich nur ehrenamtliche Krankenkassenvertreter hier vorhanden sind. Sie liegen unter 5 Prozent bei den 900 Selbstverwaltern, insofern ist auch dies, glaube ich, kein Punkt, den man ernsthaft weiter verfolgen muss. Im Übrigen gilt dies ja dann auch für andere Bereiche für die Gremien der Berufsgenossenschaften oder der Krankenversicherung umgekehrt ähnlich. Der Kreis der Wahlberechtigten soll nach dem Vorschlag der Gutachter erweitert werden. Zu den wahlberechtigten Rentenbeziehern gehören nur solche Rentner, die eine Rente aus eigener Versicherung beziehen. Nach dem Vorschlag der Gutachter sollen in der Rentenversicherung auch Hinterbliebenen-Rentenbezieher einbezogen werden. Ich denke, man kann darüber diskutieren, ich erlaube mir aber, darauf hinzuweisen, dass dieser Ansatz ein Widerspruch zum Vorschlag der Gutachter darstellt, die die Beteiligung an der Selbstverwaltung primär an der Beitragstragung festmachen. Zudem ist fraglich, ob dadurch die Wahlbeteiligung denn auch wirklich steigen würde. Die Gutachter empfehlen zudem die Einführung eines Wahlverfahrens mit Präferenzstimme, damit die Reihenfolge der Wahlbewerber einer Liste verändert werden kann. Ich denke, dieser Vorschlag ist im allgemeinen Wahlrecht bekannt unter den Stichwörtern „panaschieren und kumulieren“. Er hat aber, glaube ich, nicht zur Transparenz in den Bereichen beigetragen, wo er denn verwirklicht ist. Die Gutachter empfehlen, die Vorschlagsberechtigung von Verbänden zu erweitern, weil es Nicht-Arbeitnehmern verwehrt sei, eine Arbeitnehmer-Ver-

einigung zu gründen und weil im Bereich der Rentenversicherung der Kreis der Versicherten nicht mehr wesentlich auf Arbeitnehmer beschränkt sei. Persönlich darf ich noch anmerken, ich wär' ganz froh, wenn wir den Kreis der Versicherten schon ein bisschen ausgedehnt hätten. Nämlich von den abhängig Beschäftigten zu den Selbstständigen, aber noch sind wir nicht so weit, und ich denke, wenn wir so weit sind, dann können wir sicherlich auch über diese Fragen nachdenken, aber heute muss man feststellen, selbstständige freiwillig Versicherte oder Wehrdienstleistende oder Pflegepersonen machen nur einen kleinen Teil der Versicherten aus, und ich denke, wenn wir hier weitere kleine Gruppen zwangsweise, wenn ich das mal in Anführungszeichen sagen darf, einbeziehen, sehe ich hier die Gefahr, dass wir auf diesem Weg eher zu einer dritten Bank kommen, die die Gutachter nicht mehr verfolgen, aber die vielleicht doch noch eine gewisse Intention ist. Der dritte Bereich, der im Gutachten angesprochen wird, betrifft die Öffentlichkeitsarbeit und die Kommunikation mit den Versicherten. Hier werden einige Vorschläge unterbreitet, die aus meiner Sicht bekannt sind, die auch teilweise schon aufgegriffen sind. Ausbau des Internetangebotes, kontinuierliche Darstellung der Selbstverwaltung in der Öffentlichkeit sowie zusätzliche Informationen im Gutachten. Es wird dabei an die Renteninformation gedacht für Versicherte und Rentner über Leistungen der Selbstverwaltung. Zur Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Selbstverwaltung wird weiter vorgeschlagen, regelmäßig einen aufgaben- und handlungsbezogenen Selbstverwaltungsbericht zu veröffentlichen. Ob damit eine breitere Öffentlichkeit erreicht werden kann als mit den trägerbezogenen bzw. zweiterbezogenen regelmäßigen Berichten der Versicherungsträger, ist aus meiner Sicht fraglich. Ähnliches gilt für den Selbstverwaltungsrat. Ich denke, man muss hier an die Verantwortlichkeit der Handelnden appellieren und nicht neue Gremien, neue Berichte einschalten und ansprechen und erfinden, die sozusagen dann wieder von allen verantwortet werden und damit wahrscheinlich von Niemandem. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu einem kurzen Fazit kommen, ich bin wahrscheinlich eh' schon über die Zeit. Nach meinem Eindruck ist das Gutachten in seiner Anlage doch sehr theoretisch und nicht allzu praxisbezogen ausgerichtet. Inwieweit die technischen Veränderungen den Bekanntheitsgrad der Selbstverwaltung in der Bevölkerung erhöhen, ist aus meiner Sicht eher fraglich. Dennoch sollte die eine oder andere Empfehlung aufgegriffen und geprüft werden.

Aus meiner Sicht sind drei Punkte wichtig: Einmal muss überlegt werden, wie die Leistungen der Selbstverwaltung stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerichtet werden können und das nicht nur kurz vor den Sozialwahlen, sondern als ständige Aufgabe. Herr Urbaniak mahnt dies zu Recht immer wieder an. Hier ist nicht nur, und das sage ich auch ganz deutlich, die Selbstverwaltung gefragt, hier ist nicht nur die hauptamtliche Ebene der Sozialversicherungsträger gefragt, hierzu ist auch die Politik gefragt. Auch die Politik sollte denn ab und zu mal

etwas über die Selbstverwaltung sagen und etwas anmerken zur Selbstverwaltung. Sei es Kritisches oder sei es auch Lobendes, ich denke, auch hier muss ab und zu was dazu gesagt werden. Zweitens sollte überlegt werden, wo die Selbstverwaltung, die soziale Selbstverwaltung, träger- und zweigübergreifend stärker zusammenarbeiten und gemeinsam auftreten kann. Die von der GVG Anfang des Jahres vorgelegte Ausarbeitung zur Selbstverwaltung scheint mir hier ein positives Beispiel. Vielleicht ist eine solche Zusammenarbeit auch bei der Bewertung des Bremer Gutachtens möglich, Stellungnahmen einzelner Gruppierungen sind sicherlich hilfreich, aber nicht ganz so schlagkräftig, wenn wir uns gemeinsam positionieren können. Es muss drittens unser Anliegen sein, die vorhandenen Gestaltungsspielräume der Selbstverwaltung zu erhalten und zu stärken. Zunehmende gesetzliche Vorgaben aber auch umfassende Prüftätigkeiten schränken die Gestaltungsspielräume der Selbstverwaltung mit der Folge ein, dass auch Akzeptanz und damit die Verankerungen der Bevölkerung zurückgehen. Dies ist aus meiner Sicht – und ich habe es ja schon am Anfang gesagt – der zentrale Punkt bei der Weiterentwicklung der Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltung muss inhaltlich wieder stärker die Möglichkeit erhalten, sich sichtbarer nach außen zu präsentieren. Sie muss deutlich machen, welche Bedeutung soziale Selbstverwaltung für unsere Gesellschaft, für die Strukturen unserer Gesellschaft hat, und sie muss deutlich machen, dass sie zum einen Teil in unserer Gesellschaft zur Teilung der Macht beiträgt, aber zum anderen auch zur Teilhabe an der Macht. Vielen Dank für Ihre Geduld.

##### **5. Vortrag Reimund Becker (Bundesagentur für Arbeit):**

Sehr geehrte Frau Fuchs, sehr geehrter Herr Urbaniak,

als ich die Überschrift gesehen habe, Sozialwahl und Selbstverwaltung, habe ich als Vertreter der Bundesagentur bei der Sozialwahl ein bisschen gezuckt. Da hab ich mir gedacht, was soll ich denn dazu sagen. Bei uns funktioniert es ja ein Stückchen anders. Aber ich bedanke mich dennoch für die Einladung, denn ich glaube, es ist ein ganz gutes Beispiel, letztendlich mal zu sagen, was in den letzten 5 - 6 Jahren auch bei einem anderen Sozialversicherungszweig, ich setz' das mal in Anführungsstriche, durchaus passiert ist. Hat durchaus fundamentale Bedeutung für die Aufgabe der Bundesagentur, aber auch für die der Selbstverwaltung. Und Sie wissen, dass die Arbeitsförderung kein klassisches Feld der Sozialversicherung ist, aber nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil ist es dem Aufgabengebiet der Selbstverwaltung zugeschrieben. Es gibt aber wesentliche Wesensmerkmale, die sich unterscheiden. In der Bundesagentur gibt's jetzt nur noch den Verwaltungsrat, keinen ehrenamtlichen Vorstand mehr, sondern quasi einen hauptamtlichen Vorstand. Und auch Arbeit und Status von Selbstverwaltung und Vorstand haben sich geändert. In der Arbeitslosenversicherung wird der Vorstand auf Vorschlag

des Verwaltungsrates letztendlich durch die Bundesregierung bestellt und, was ganz von besonderer Bedeutung ist, und da passt diese Überschrift nicht. dass die Wahl der Mitglieder eben nicht durch eine Urwahl stattfindet, sondern die Mitglieder der Selbstverwaltung der Bundesagentur bestellt werden. Das hat auch seinen Hintergrund, weil der Kreis der Versicherten relativ schwer zu bestimmen ist - sind es die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, sind es die Erwerbstätigen, sind das alle Menschen im erwerbsfähigen Alter. D. h. hier geht das Prinzip der Wahl relativ schlecht, so dass über alle Instanzen, wo die Selbstverwaltung auch vertreten ist, die Mitglieder der Selbstverwaltung bestellt werden. Weiter eine Besonderheit, Herr Dr. Rische hat's vorhin schon mal angesprochen, Drittelparität in der Selbstverwaltung, in der Bundesagentur sind es drei Vertreter. Die Vertreter der Arbeitnehmer, die Vertreter der Arbeitgeber, aber auch die Vertreter der öffentlichen Bank und die sind wieder geteilt in Vertreter des Bundes, in Vertreter der Länder und letztendlich in Vertreter auch des kommunalen Bereichs. Aber alle Gruppen nehmen in ihren Aufgaben letztendlich wichtige Aufgaben der Arbeitsförderung wahr. Sie schaffen gesellschaftliche Akzeptanz der Aufgaben der Bundesagentur, und durch diese Heterogenität in der Selbstverwaltung ermöglichen diese Vertreter natürlich auch die Bildung eines relativ pluralistischen Meinungsbildes. Wie ist das letztendlich passiert in der Bundesagentur? Es gab eine unschöne Situation 2002. Sie kennen das wahrscheinlich noch, der sogenannte Vermittlungsskandal. Das war letztendlich die Aufschlagposition und viele, viele Änderungen denn auch zu realisieren. Die Organisation in der Bundesagentur ist die, dass wir eine Zentrale haben, 10 Regionaldirektionen und 178 Agenturen, und die erste bedeutende Änderung war die, dass es eben keinen Präsidenten mehr gab und auch keinen ehrenamtlichen Vorstand mehr, sondern letztendlich ein hauptamtlicher Vorstand eingesetzt wurde. Die Anzahl der Mitglieder der Selbstverwaltung wurde auch von 51 auf 21 reduziert. Es erfolgte also eine klare Trennung zwischen dem operativen Geschäft und letztendlich den Aufgaben der Selbstverwaltung, die im Wesentlichen Kontrollaufgaben und Beratungsaufgaben geworden sind. Es gibt aber auch kein Selbstbefassungsrecht der Selbstverwaltung mehr. Und das merken wir heute sehr, sehr stark in dem Bereich SGB II. Sie wissen, dass sich das Recht geändert hat, dass wir den Versicherungsbereich haben und den Fürsorgebereich, und hier merken wir natürlich auch, dass eben die Selbstverwaltung nicht mehr die Verantwortung tragen kann für eine übergreifende Arbeitsmarktpolitik. Es gibt eine Schnittstelle, wo die Selbstverwaltung versucht, Fuß zu fassen in diesem Themenfeld. Das ist nämlich die Frage, wenn diese übertragenen Aufgaben Auswirkungen auf die Bundesagentur haben. Und das haben wir in den Bereichen, wo Personalfragen anstehen, wo Organisationsfragen anstehen. Wichtige Neuerung war, dass auf dieser Zwischeninstanzebene der Regionaldirektion die Selbstverwaltung abgeschafft wurde. Mit der klaren Erkenntnis, dass diese Zwischeninstanzen lediglich noch Steuerungsaufgaben haben, aber keine Aufgaben mehr, wo eine Selbstverwaltung notwendig gewesen wäre.

Gestärkt wurde die Selbstverwaltung letztendlich dergestalt, dass das Mitspracherecht des Verwaltungsrats bei der Bestellung des Vorstandes letztendlich auch durch ein Vorschlagsrecht gestärkt wurde. Der Vorstand ist verpflichtet, umfassend und auch zeitnah zu informieren. Was sind die wesentlichen Grundlagen der Zusammenarbeit wie in anderen Organisationen? Es gibt sicherlich eine Satzung ohne Geschäftsordnung, die wesentlichen Aufgaben des Verwaltungsrats heute sind das Budgetrecht, die Feststellung des Haushaltes, aber auch mit der Möglichkeit seitens der Bundesregierung, Aufgaben letztendlich zu machen. Trotz der Tatsache, dass die Bundesagentur Überschüsse produziert, gibt's dennoch die Möglichkeit, seitens der Bundesregierung den Haushalt mit Auflagen zu versehen. Und das wird auch rege in Anspruch genommen.

Weiterhin ist Aufgabe des Verwaltungsrates, die geschäftspolitischen Ziele der Bundesagentur festzulegen, er schließt Verwaltungsvereinbarungen ab und ist zu beteiligen bei Rechtsgeschäften von wesentlicher Bedeutung, sofern sie die Grenze von 10 Mio. letztendlich übersteigen. Auf der lokalen Ebene, also bei den Agenturen, bei den 178 Agenturen, gibt es sog. Verwaltungsausschüsse. Die haben im Wesentlichen die Aufgabe, die Steuerung der Agenturen zu überwachen, die jährliche Zielplanung zu beraten und auch quartalsweise die Zielerreichung in den Agenturen letztendlich kritisch zu begleiten. Meine Damen und Herren, was hat die Reform der Bundesagentur auch für die Selbstverwaltung gebracht? Wir haben die Änderung auch in der Aufgabenstruktur der Selbstverwaltung sehr positiv wahrgenommen, weil wir in der Selbstverwaltung einen Partner haben, der uns auch kritisch begleitet. Kritisch begleitet bei dem, was wir getan haben. Ich möchte es mal als Spannungsfeld beschreiben, wie wir die Reform begonnen haben, auch eine sehr, sehr klare, durchaus betriebswirtschaftliche Orientierung gehabt, und das Spannungsfeld war auf der anderen Seite die Sozialpolitik. Und da haben wir die Selbstverwaltung als Partner erlebt, der uns hilft, das richtige Maß zu finden. Und in diesem Prozess sind wir immer noch. Sind kritische Begleiter. Sie versuchen auch letztendlich dann stärker das sozialpolitische, das arbeitsmarktpolitische in den Vordergrund zu stellen, haben uns aber geholfen, die gesamte Reform auch zu begleiten. Bei der Einführung der Kundenzentren, aber auch, und ich glaube, das ist das Wesentliche, bei der Umstellung des Steuerungssystems. Nämlich, wenn Sie in einer öffentlichen Behörde das System Führen über Ziele einbringen, dann hat das durchaus dramatische Konsequenzen für den Führungsprozess. Und dann brauchen Sie natürlich auch einen Partner in der Selbstverwaltung, der das mitträgt. Von daher hat das Thema vertrauensvolle Zusammenarbeit, Informationen im Vorfeld, umfassende Unterrichtung letztendlich aus unserer Sicht eine besondere Bedeutung in der Zusammenarbeit zwischen hauptamtlichem Vorstand und der Selbstverwaltung. Es ging sogar so weit, dass die Selbstverwaltung mitgetragen hat, dass wir im letzten Haushalt die Möglichkeit hatten, eine

Versorgungsrücklage für unsere Beamten in den Haushalt einzubringen und mittlerweile auch gesetzestechnisch legitimiert. D. h. alle unsere 20 bis 25.000 Beamten sind versorgt, denn ein Hintergrund war für uns, die Versorgungslasten werden deutlich steigen, und im Jahre 2015 hätten wir in unserem Haushalt fast 4 Mrd. Euro an Versorgungslasten gehabt, das wäre politisch nicht gut gewesen, dann z.B. eine Erhöhung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung zu realisieren, nur um Versorgungslasten letztendlich dann auch bezahlen zu können. Also von daher ist Selbstverwaltung auch hier Partner in der Weiterentwicklung, in der Fortentwicklung des Haushaltsrechts. Und die Zusammenarbeit hat sich auch so weiter realisiert, dass wir in der Regel einmal im Jahr einen sog. Strategieworkshop machen, wir haben das im letzten Jahr gemacht und haben gerade letzte Woche einen ähnlichen Strategieworkshop realisiert, wo wir versucht haben, losgelöst von den offiziellen Sitzungen der Selbstverwaltung in Gruppen darüber zu sprechen, wo könnte sich denn die Bundesagentur letztendlich hin entwickeln. Und ein Hauptthema war die Frage, kann man durch präventivere Maßnahmen nicht besser und schneller arbeitsmarktpolitisch sinnvolle Dinge realisieren? Die Selbstverwaltung ist uns in der Bewältigung unserer Aufgaben ein guter und wichtiger Partner. Vielen Dank.

**6. Vortrag Susanne Wiedemeyer (Vors. des Verwaltungsrates der AOK Sachsen-Anhalt):**

Sehr geehrte Frau Fuchs, sehr geehrter Herr Urbaniak, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen.

Vielen Dank für die Einladung und damit die Möglichkeit, dass ich heute aus meiner Sicht die Dinge und die Arbeit in der Selbstverwaltung in Sachsen-Anhalt darstellen kann. Ich war erstaunt, dass jemand von einer kleineren Kasse angefragt worden ist. Aber ich habe die Anfrage mit Freude angenommen.

Nun zu meiner Person: Ich bin beim DGB Sachsen-Anhalt tätig, zuständig für Sozialpolitik, öffentlicher Dienst Beamte und im Bereich Kampf gegen Rechtsextremismus. Seit vielen Jahren bin ich in der Selbstverwaltung der AOK Sachsen-Anhalt und seit einem Jahr alternierende Vorsitzende. Und ich nehme mir das Recht heraus, aus dieser Zeit, wo ich die Strukturen kennen gelernt habe, meine Meinung zu bilden und auch heute hier zur Kenntnis zu geben.

Der Verwaltungsrat der AOK setzt sich paritätisch aus jeweils 14 Vertretern und Vertreterinnen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite zusammen. Die Arbeitnehmerseite hat eine gemeinsame Liste mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Deutschen Beamtenbund, der GDS, dem ACA und dem CGM. D.h. wir sind auch ohne Urwahl eine Truppe, die aus sehr unterschiedlichen Organisationen zusammengesetzt ist. Wir haben keine 50 Prozent Frauen, und ich

möchte mal hier darstellen, dass bei uns die Arbeitgeberseite im Verwaltungsrat mehr Frauen hat als die Gewerkschaftsseite. Da muss ich doch noch mal ein Schwert brechen. Wo wir große Probleme haben, ist einfach, Mitglieder zu gewinnen, die in der Altersklasse, sag ich mal, von 20 bis 30 Jahren sind. Und wenn ich mich hier so umschaue und wenn ich eine Abfrage machen würde, wer in diesem Alter ist und in der Selbstverwaltung tätig, ich würde davon ausgehen, dass ich allerdings allerhöchstens zwei, drei Personen finde, die überhaupt im Bereich hier mitarbeiten. Ich muss auch deutlich sagen, bei dem Thema Frau geht es mir persönlich nicht um die Eigenschaft „Frau“, sondern es geht mir schlicht und einfach in dem Verwaltungsrat darum, dass es Personen sind, die bereit sind, Zeit zu investieren, was ganz wichtig ist, weil das eben ein Ehrenamt ist. Und sich wirklich für dieses Thema interessieren. Sie können ruhig den Kopf schütteln, das nützt mir nichts, wenn es eine Frau ist, die ich dazu zwingen, in den Verwaltungsrat rein zu gehen und sie kein Interesse an diesem Thema hat. Damit habe ich nichts für die Versicherten gewonnen. Unsere Struktur sieht so aus, wir haben einen Innenausschuss, einen Außenausschuss und einen Grundsatzausschuss und die wichtigen Widerspruchsausschüsse. Zurzeit diskutieren wir gerade über einen Ausschuss in der Pflegekasse, der sich intensiv mit der Qualität in der Pflege und der Beratung zur Pflege auseinandersetzen sollen. Ich bin guter Dinge, dass wir ihn bis Ende des Sommers eingeführt haben. Außerdem kann sich jeder Versicherte bei Problemen direkt an die alternierenden Vorsitzenden wenden, und diese Internetplattform wird besonders gut angenommen, und wir bekommen immer mehr Anfragen zu allen möglichen Themen. Ansonsten sind wir im AOK-Verwaltungsrat Bund aber nicht als ordentliches Mitglied im Spitzenverband vertreten.

Nach meiner Meinung sollte es auch in Zukunft bei der paritätischen Besetzung bleiben. Und zwar in den Kassen, wo es heute schon so ist. Zwar sind in der GKV die Finanzanteile verschoben worden, aber dies ist nicht der einzige Grund für die Parität. Es geht vielmehr um die Frage, haben die Sozialpartnerschaften innerhalb unserer sozialen Marktwirtschaft ein so großes Gewicht, dass trotz verschobener Finanzanteile daran festgehalten werden sollte. Ich meine, ja. Die Parität hat sich im Verwaltungsrat der AOK Sachsen-Anhalt bewährt. Es wurde immer um einen Kompromiss gerungen, der für beide Sozialpartner tragbar war. Die Entscheidung wurde auch in der Bevölkerung akzeptiert. Ich habe nie eine Stimme gehört, die gesagt hat, dass der Beitragssatz niedriger gewesen wäre, wenn wir eine andere Zusammensetzung gehabt hätten. Eine dritte Bank oder eine Erweiterung auf Vereinigung mit sozial- oder berufspolitischen Zwecksätzen ebnet den Weg für eine Vielzahl von Organisationen, die ihre eigenen Partikularinteressen vertreten. Der Verwaltungsrat muss aber die Interessen der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Patienten mit den unterschiedlichsten Krankheiten, der Gesunden, der Familien, der Kinder und der Rentner, und der Behinderten usw. wahrnehmen. Es muss ein Ausgleich

zwischen Allen hergestellt werden. Von daher ist für mich die Beteiligung von Selbsthilfegruppen dort sinnvoll, wo Entscheidungen über die Behandlungsmethoden anstehen und darüber diskutiert wird, welche Leistungen in den Leistungskatalog aufgenommen werden. Mein Vorschlag ist, es sollte dort, wo es Parität gibt, so bleiben. Des Weiteren müssten die Mitglieder im Verwaltungsrat bei der Kasse versichert sein, wo sie selbst im Verwaltungsrat sitzen, damit sie auch die Entscheidung, die sie treffen, am eigenen Leibe spüren. Eine ausreichende Beteiligung von Frauen ist anzustreben, aber auf freiwilliger Basis und nicht über Zwang. Es sollte auch bei der Möglichkeit einer Friedenswahl bleiben, wenn die unterschiedlichsten Gewerkschaften sich auf eine Liste einigen. Diese Einigung ist auch ein Bestandteil von Demokratie. Denn es setzt eine große Kompromissfähigkeit voraus. Ein Verständnis für Demokratie kann ich nicht durch immer mehr Wahlmöglichkeiten durchsetzen, und auch nicht, in dem ich die aktiven Wahlberechtigtenzahl erhöhe. Wichtig ist, die Bedeutung und die Möglichkeit der Einflussnahme zu vermitteln. Nur so kann ich die Versicherten mitnehmen und ihnen die Selbstverwaltung nahe bringen. Die niedrige Wahlbeteiligung liegt bei Bund-, Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen vor. Vergleicht man also die Prozente der Wahlbeteiligungen, finde ich, schneidet die Sozialwahl gar nicht schlecht ab. Insbesondere wenn man bedenkt, dass sich die Medien für dieses Thema nicht interessieren. Ich meine damit nicht unbedingt die Überregionalen, wo auch ja vielleicht noch mal was drinsteht. Wenn ich an die letzte Sozialwahl in Sachsen-Anhalt denke, hatte ich einen Kommentar dazu drin, der sich darüber aufregte, dass die Leute Rentner sind, die sich in der Selbstverwaltung organisieren, und da wurde ziemlich drüber abgelästert. Auf meinen Brief, den ich daraufhin hingeschrieben habe, habe ich bis heute keine Antwort bekommen von dem leitenden Chefredakteur.

Falls sich aber dieser Gedanke der Urwahl durchsetzen sollte, möchte ich, dass eine Finanzierung analog dem Parteiengesetz erfolgt. D. h., wenn ich Wahlwerbung machen und meine Programme darstellen muss, möchte ich eben auch 70 Cent pro Wählerstimme hinterher haben, damit ich diese Wahlkampagne finanzieren kann. Ich denke, das ist eine ausgleichende Gerechtigkeit gegenüber der Politik. Wie oben schon gesagt ist die Aufklärung über die Arbeit in der Selbstverwaltung notwendig. Hierzu muss diese Arbeit der Selbstverwaltung kontinuierlich dargestellt werden, das haben wir schon oft genug heute gehört. Einfach nach dem Motto "Tue Gutes und rede darüber". Die Arbeit muss nicht nur im Internet und in den Fachzeitschriften, sondern auch regelmäßig in den Zeitschriften, die die Versicherten erhalten, dargestellt werden. In Sachsen-Anhalt diskutieren wir da eigentlich schon eine ganze Weile darüber, und ich hoffe, dass wir es endlich bis Ende des Jahres schaffen, dies umzusetzen. Ich wünsche mir aber auch eine regelmäßige Berichterstattung in den Gewerkschaftszeitungen, und zwar eben nicht nur zum Zeitpunkt der Sozialwahlen, sondern dass regelmäßig über die Arbeit dort berichtet wird.

Nur durch regelmäßige Informationen kann ich über Sinn und Zweck der Selbstverwaltung aufklären und das Wissen in der Bevölkerung erweitern. Und zum anderen frage ich mich, in welcher Schule wird heute eigentlich über Selbstverwaltung und deren Bestimmung, Entstehung und aktuelle Tätigkeit aufgeklärt? Ich denke, wir haben auf diesem Gebiet noch sehr viel zu tun. Der Verwaltungsrat bei der Pflegekasse soll auch weiterhin mit dem der Krankenkasse identisch sein. Denn nur so können Modelle von integrierter Versorgung und Verzahnung, Vernetzung von Reha-Krankenhaus und Pflege richtig verwirklicht werden. Entgegengesetzte Entscheidungen würden nicht weiterhelfen. Ich bin vielmehr der Ansicht, in den Pflegekassen müssen dringend Ausschüsse geschaffen werden, in denen man sich intensiv mit diesem Thema beschäftigt. Ziel muss es sein, eine starke Selbstverwaltung zu erhalten. Dies setzt voraus, dass die Politik die Voraussetzung schafft, indem sie die Rechte erweitert und nicht ständig einschränkt. Eine Selbstverwaltung ist stark, wenn sich die Politik heraushält und die Aufgaben der Selbstverwaltung überlässt. Die Festlegung der Beitragssätze war eine wichtige Aufgabe. Diese ist stark eingeschränkt worden. Wir werden in Zukunft nur noch über Zusatzbeiträge entscheiden. Die Mitbestimmung der Selbstverwaltung in den Bundesverbänden ist durch deren Abschaffung auch stark eingeschränkt worden. Der Spitzenverband ist kein Ersatz, da dort nicht alle Kassen, die auf Landesebene existieren, ein Mitspracherecht haben. Um überhaupt noch einen Einfluss auf der Bundesebene zu haben, muss auf Konstruktion des Bürgerlichen Rechts zurückgegriffen werden und die Funktion von Aufsichtsräten. Und um stark zu sein, brauchen wir keine Definition von grundsätzlicher Bedeutung. Denn ich sage, wir können diesen Begriff alleine ausfüllen. Eine starke Selbstverwaltung definiert dies und kann ihre Meinung auch gegenüber dem hauptamtlichen Vorstand durchsetzen. Die Selbstverwaltung ist eigenverantwortliche Gestaltung und Verwaltung eigener Angelegenheiten. Dies muss von der Politik gewollt sein und verteidigt werden. D. h. sie darf sich nicht einmischen, auch wenn ihr etwas nicht gefällt. Also ich sage, sie muss dann eben damit leben. Die Selbstverwaltung hat nur eine Chance, wenn die Politiker ihre Wichtigkeit erkennen und auch respektieren. In meinen Augen ist dies eine Aufgabe des Verwaltungsrates des Spitzenverbandes. Er muss die Gespräche mit den Politikern auf Bundesebene führen und ihnen die Arbeit der Selbstverwaltung näher bringen. Unterstützt werden muss dies von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und anderen Organisationen. Ich würde mich auch freuen, wenn im Verwaltungsrat des Spitzenverbandes auf Arbeitnehmerseite eine Absprache zu sozialpolitischen Themen stattfinden würde. D. h. für mich z. B., dass gemeinsame Grenzen bei den Zusatzversicherungen eingebaut werden. Eine Grenze ist für mich eindeutig, keine Zusatzversicherung für Igelleistungen. Denn entweder ist eine Leistung sinnvoll, dann hat sie in den Katalog zu kommen, oder sie ist nicht sinnvoll, dann muss ich aber auch nicht die Menschen, die das Geld haben, über den Tisch ziehen. Dies kann

natürlich nur eine Anregung sein und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

### **7. Vortrag Dr. Hans-Joachim Wolff:**

Sehr geehrte Frau Fuchs, sehr geehrter Herr Urbaniak, meine sehr verehrten Damen und Herren,

Sie haben viel über die Bedeutung der Selbstverwaltung in anderen Zweigen der Sozialversicherung gehört. Erlauben Sie mir als einem der alternierenden Vorstandsvorsitzenden der deutschen gesetzlichen Unfallversicherung einen Blick auf unseren Versicherungsweig zu legen. Ist es heutzutage nicht sehr populär, auf die Anfänge der Sozialversicherung zu verweisen, lasse ich es einfach bei dem Hinweis, dass die Selbstverwaltung von Anfang an Teil der gesetzlichen Unfallversicherung war. Diese kooperativen Genossenschaften, wie sie die Kaiserliche Botschaft von 1881 nannte. Zunächst war bei uns die Selbstverwaltung nur besetzt mit Arbeitgebervertretern, seit 1951 haben wir die paritätische Selbstverwaltung mit unseren Versicherten zusammen. Lebhaften Einfluss hat sie aber von Anfang an genommen, die Selbstverwaltung, vor allen Dingen meine ich im Bereich des Arbeitsschutzes. Von dieser Arbeit profitieren wir heute sehr. Seit Jahrzehnten sinkt die Zahl der Arbeits-, Schul- und Wegeunfälle sowie die Zahl der Berufskrankheiten in Deutschland. Das führt dazu, dass die Aufwendungen für Rehabilitation und Rente stabil bleiben und damit auch die Beitragssätze. Ein wichtiger Punkt für unsere Diskussion über die berühmten Nebenkosten. Ich meine, ohne zu übersteigen kann man sagen, die gesetzliche Unfallversicherung ist ein Paradebeispiel für Nachhaltigkeit in der Sozialversicherung. Das bringt mich auch zum Kern meines kurzen Vortrages.

Ohne die Beteiligung der Betroffenen, sprich ohne eine unabhängige und demokratisch legitimierte Selbstverwaltung, ist Nachhaltigkeit in der Unfallversicherung nicht möglich. Wichtiges Mittel, um Nachhaltigkeit zu erreichen, ist die Prävention. Besser Vorsicht als Nachsicht, sagt schon ein Sprichwort. Deswegen sind die Strukturen der Unfallversicherung auf dieses Ziel ausgerichtet, Schäden zu vermeiden oder ihre Auswirkung einzugrenzen. Selbst bei der Rehabilitation handelt es sich im Grunde genommen um die Prävention von Folgeschäden und langfristiger Abhängigkeit des Betroffenen von der Transferleistung. Wie so oft im Leben hat Prävention immer aber auch zwei Seiten. Betreibt man sie nur halbherzig, geschehen zu viele Unfälle und Erkrankungen. Übertreibt man sie, so lähmt man am Ende viele Aktivitäten damit. Beides schadet, und das ist ein wichtiger Punkt für mich auch in der Selbstverwaltung für die Akzeptanz der Betroffenen. Es ist wichtig, den Mittelweg zu finden. Die britischen Arbeitsschützer haben da einen Spruch zu: We want to save lives, not to stops him. Wie aber halten wir die

nötige Balance hierfür? Schon zu Kaisers Zeiten hatte die Regierung erkannt, dass die Staatsverwaltung nicht in der Lage ist, den unterschiedlichen Bedürfnissen der verschiedenen Unternehmen und Branchen gerecht zu werden. Das brachte sie zur der Lösung, die Betroffenen sollen es selbst regeln. In der Rückschau halte ich diesen Schachzug für genial. Es wurde eine Struktur geschaffen, die das Wissen der Betroffenen über gewählte Vertreter einbezieht und so auf einer viel breiteren Informationsbasis entscheiden kann als ein einsamer Ministerialbeamter. Möglicherweise sind die auch nicht so einsam. Das verbesserte nicht nur die Qualität der Entscheidung, sondern auch der Akzeptanz im Alltag. Gerade die Entscheidungen, die wesentliche Bedeutung für die Prävention haben, fallen daher seit jeher in der Unfallversicherung in der Selbstverwaltung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird sie nicht verwundern, dass das zunächst eine Auswirkung auf die Zusammensetzung unserer Gremien selbst hat. Die Selbstverwaltungsorgane sind mit Vertretern der Betroffenen besetzt, d.h. hier ist geballtes Expertenwissen versammelt. Das trifft beispielsweise auf die Präventionsausschüsse in besonderem Maße zu. Hier fallen die Richtungsentscheidungen für die Aktivitäten der Unfallversicherungsträger im Arbeitsschutz. Ich selbst bin sehr lange in einem Präventionsausschuss in der Braubranche gewesen. Wenn Sie dort erleben, wie ein Betriebsratsvorsitzender eines Tiefbauunternehmens sich richtig streitet mit dem Leiter einer maschinentechnischen Abteilung, wie setzen wir denn mit unserer Prävention richtig an? Dann behalten Sie das in sich und sagen: Das ist funktionierende Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltung hat natürlich auch erheblichen Einfluss auf die Organisation der Träger. In der gewerblichen Unfallversicherung hat sie immer die Gliederung in Branchen, in den öffentlichen Unfallversicherungsträger, die Gliederung nach Regionen, gestützt. Denn diese erzielen aus präventiver Sicht die besten Ergebnisse. In beiden Bereichen hat die Selbstverwaltung in den vergangenen Jahren die Möglichkeit genutzt, Fusionen selbstständig zu beschließen. Auch, Frau Fuchs, die Unfallkasse, in der Sie mal tätig waren in den 60er Jahren, hat sich freiwillig gerade fusioniert zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg. Auch in der Personalauswahl setzt die Selbstverwaltung strategische Akzente. Die Präventionsdienste der Berufsgenossenschaften werden z. B. mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besetzt, die Erfahrungen in der jeweiligen Branche mitbringen. Heilbehandlungen und Rehabilitation berücksichtigen die Anforderungen der jeweiligen Zielgruppen, seien es Schüler, seien es ehrenamtlich Tätige, seien es Stahlkocher, seien es Krankenpfleger oder seien es Feuerwehrleute. Hierzu wurde ein eigenes Heilverfahren in der Unfallversicherung etabliert. Schon vor Jahrzehnten hat es vermeintlich neue Trends wie Casemanagement, berufliche Reintegration, medizinische Spezialisierungen vorweggenommen und sie zum Alltag in der Versorgung unserer Versicherten gemacht. Ich hoffe, Sie sehen, die maßgeblichen Impulse, die Unfallversicherung an die Veränderungen in Wirtschaft, Technologie und Gesellschaft anzupassen, kommen aus der Selbstverwaltung. Wie ist es mit der Finanzierung? Unsere Erfahrun-

gen in der gewerblichen Unfallversicherung zeigen: Risikogerechte Beiträge und Regelungen fördern die Prävention. Wer für Schäden, die er verursacht, geradestehen muss, der wird auch aktiv, um ihre Häufigkeit zu verringern. Da ist der Gefahrarif, wie ihn die Selbstverwaltung beschließen muss. Ihre Branchen und demokratische Legitimation ermöglichen es, in der Selbstverwaltung festzulegen, wie hoch die Beiträge, wie hoch Zuschläge, wie hoch Nachlässe sein dürfen, um die Prävention zu fördern und trotzdem – und das ist mir wichtig – und trotzdem Akzeptanz bei den Unternehmern in der Unternehmungen zu finden. Gerade deshalb haben wir uns immer gegen die Versuche des Gesetzgebers gewehrt, um diese Gestaltungsfreiheit, Herr Rische, Sie haben auch vorhin gesprochen von der Gestaltungsfreiheit der Selbstverwaltung, um uns diese Gestaltungsfreiheit wegnehmen zu lassen. Wer einen Einheitsbeitrag bei der gesetzlichen Unfallversicherung will, der muss mit unserem ausdrücklichen Widerstand rechnen. Das ist gut so.

Prävention ist aber, meine Damen und Herren, nicht nur Beitragsrecht, sondern auch Rechtsetzung. Und Regeln funktionieren dann immer am besten, wenn diejenigen an ihrer Erstellung beteiligt sind, die sie auch später umsetzen müssen. Das zeigen klar unsere Erfahrungen. Die Selbstverwaltung hat ihre Spielräume hier immer genutzt, um ein Regelwerk zu schaffen. Heute brauchen Unternehmen mehr Flexibilität und praxisnahe Informationen. Auch diesen Ball haben wir aufgenommen und die Zahl der Vorschriften in wenigen Jahren um mehr als die Hälfte gesenkt. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch auf das Verhältnis von Politik und Selbstverwaltung kommen. Das Stichwort für mich heißt hier "Arbeitsteilung". Ich halte es nicht für einen Fehler, wenn die Politik formuliert, wo sie Schwachstellen im System sieht und was man ändern sollte. Im Gegenteil. Wenn sie den Ball dann in unser Feld spielt und uns machen lässt, kann das sehr befruchtend sein. Nur muss man die Selbstverwaltung dann auch bitte machen lassen. Vorfahrt für die Selbstverwaltung, hat dies Franz Müntefering einmal formuliert. Hier hat, meine ich, die Selbstverwaltung punkten können. Die Vorschläge gemacht hat, wie sich momentane Probleme, z. B. Auswirkungen des Strukturwandels auf die Finanzierung der unterschiedlichen Branchenberufsgenossenschaften durch eine geschickte Änderung für das System nutzen lassen. Die Selbstverwaltung hat mit ihren Vorschlägen nicht nur die Fähigkeit bewiesen, Probleme kreativ zu lösen, sie demonstriert auch hiermit Handlungsfähigkeit. Bereits vor dem Beginn der Reformdebatte hat sie einen Prozess der strukturellen Neuordnung eingeleitet und die Zahl der Träger durch Fusionen gesenkt, die, meine ich, man als intelligent und präventionsorientiert bezeichnen kann. Wir übernehmen Verantwortung. Genau deshalb verstehe ich nicht, warum der Staat versucht, unsere Handlungsfreiheit einzuschränken. Nämlich indem er eine Fachaufsicht über den Verband installieren will, dem ich mit meinen Kollegen vorstehe. Als Körperschaften öffentlichen Rechts stehen die Unfallversicherungsträger ohnehin

unter der Rechts- und Fachaufsicht des Staates. Ihre ehemaligen Dachverbände HVBG und BUK und jetzt die deutsche gesetzliche Unfallversicherung standen als Vereine jedoch nie unter Fachaufsicht. Warum ist mir das so wichtig? Fachaufsicht bedeutet nichts anderes, als dass das zuständige Ministerium die Entscheidungen, die ich und meine Kollegen in der Selbstverwaltung treffen, jederzeit zurückholen kann. Im Grunde standen wir mit der Fachaufsicht noch stärker unter staatlicher Kontrolle, als wenn der Verband eine Körperschaft wäre. Wobei das Thema Spitzenkörperschaft auch schon sehr intensiv auf der Tagesordnung stand. Ich kann, meine Damen und Herren, die politisch Verantwortlichen nicht verstehen. Ist es so unverständlich, dass Institutionen eine unabhängige Vertretung ihrer eigenen Interessen brauchen? Ist es so unverständlich, dass wir in der Unfallversicherung lieber auf Koordination und Austausch setzen, also auf die Kraft der Überzeugung, statt auf die Autorität der Hierarchie? Ja. Beschlüsse im Konsens zu fassen, kann manchmal - und das wird jeder aus der Selbstverwaltung hier bestätigen können – mühselig und langsam sein. Aber ist es nicht besser Beschlüsse umzusetzen, weil man deren Sinn versteht und teilt, als dass man von oben dazu gezwungen wird? Für das Engagement ist es nicht förderlich, so viel ist sicher. Und hier verbirgt sich eine Gefahr. Nämlich dass die Verbindung zwischen dem System und denen abbricht, für die es da sein soll. Am Ende entspräche das, was bei den Unternehmen und Versicherten, bei den Bürgern ankommt, nicht mehr den Bedürfnissen. Ich bin überzeugt, dieses Ergebnis wünscht sich keiner von uns hier im Raum. Ich glaube daher, dass die Selbstverwaltung heute vor einer sehr wichtigen Aufgabe steht. Nämlich wieder bewusst zu machen, welchen Schatz die Beteiligung der Betroffenen darstellt. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

#### **Diskussionsrunde:**

##### Axel Schmidt, Gewerkschaftssekretär Ver.di

Es wurde immer wieder davon gesprochen, den Gestaltungsspielraum zu erhöhen und auszubauen und zu erhalten. Ich würde gerne mal wissen, wie denn die Rolle des Bundesversicherungsamts gesehen wird, weil ich es doch immer wieder erlebe, dass das BVA diese Gestaltungsspielräume ja sogar einschränkt, und ich gerne mal ein, zwei Sätze dazu hören würde von den Herren und von der Dame.

##### Dr. Rische:

Bei BVA habe ich zunächst an die Aufsicht gedacht, aber vielleicht ist das sozusagen mein schlechtes Gewissen. Ich denke, Sie fragen letzten Endes, wie kann man z. B., und das will ich jetzt aus meiner Sicht sagen, in der Rentenversicherung Gestaltungsspielräume erweitern, wie kann man die Gestaltungsspielräume erhalten? Was kann man konkret tun? Ich will mal ein

ganz einfaches Beispiel nehmen: Aber vielleicht ein ganz wichtiges Beispiel: Wir haben ja jetzt nun seit Wochen den Streit über die Frage: Wird denn von der Rentenformel bei der nächsten Rentenanpassung abgewichen oder nicht? Und in welchem Maße wird abgewichen? Kann man sicherlich trefflich drüber streiten. Vielleicht wäre der Streit einfacher zu entscheiden, wenn man sagt, bevor man so was tut, sollte man denn vielleicht die Selbstverwaltung der Deutschen Rentenversicherung anhören. Das wäre so ein kleines Beispiel, das letzten Endes die Entscheidungskompetenz der Politik nicht beeinträchtigt. Aber dass zumindest die Meinungen derjenigen, die es nahezu vertreten und umzusetzen haben, die die Interessen der Beitragszahler der Leistungsempfänger vertreten, dass die mit einfließt. Ich weiß nicht, ob es zu einer einheitlichen Meinung käme in der Selbstverwaltung der deutschen Rentenversicherung. Aber auch dies ist natürlich ein Punkt. Vielleicht muss man an manchen Punkten einheitliche Meinungen etwas mehr erzwingen, damit man sich auch zusammensetzt. Das Gesamtinteresse ist nicht das Thema, dann ist Selbstverwaltung auch überflüssig. Ich will da auch noch mal ein Beispiel nehmen:

Anke Fuchs:

Aber wenn Sie sagen "erzwingen", Dr. Rische, wie erzwingen?

Dr. Rische:

Ja, indem man vom Gesetzgeber vorschreibt, ihr müsst eine Meinungsäußerung abgeben, ganz einfach. Und wenn keine abgegeben wird, dann darf man sich als Selbstverwaltung nicht wundern, dass man nicht ernst genommen wird. So einfach oder so schwierig ist das. Ich will ein anderes Beispiel gleich noch ansprechen. Ich habe gesagt, in meinem Vortrag Rentenreform '89, ist ja nun schon lange her, aber letzten Endes die Grundzüge des heutigen Systems sind damit gelegt worden, die weitgehend von der Selbstverwaltung vorbereitet wurden, im politischen Raum getragen wurden und im politischen Raum sicherlich kontrovers diskutiert wurden, im Übrigen am 9. November 1989 verabschiedet wurden. Ich denke, diese Punkte sind wichtig, und ich sage das auch immer wieder in meiner Selbstverwaltung, wenn ich das so sagen darf, dieser Zwang, sich selber auch zu einigen, auch in inhaltlichen Fragen, ist einer, den man immer wieder anstreben muss.

Moderatorin:

Dr. Wolff, wollten Sie noch kurz dazu Stellung nehmen, zu den Gestaltungsspielräumen?

Dr. Wolff:

Sie haben ja das BVA angesprochen und ob das unsere Gestaltungsfreiheiten einschränkt. Also, ich muss dazu sagen, all meine Diskussionen mit dem BVA haben immer ergeben, dass es manchmal nicht ganz leicht ist, aber wenn man fest in den Dingen drin steht, die man auch rüberbringen will, dann hören sie zumindest zu, was man nicht immer von allen Stellen sagen kann. Sie hören zu und lassen sich auch dann auf neue Lösungen ein. Das Thema, was uns beschäftigt, ist eben, dass jetzt z.B. die Fachaufsicht oder Rechtsaufsicht viel breiter noch eingeführt werden soll. Wir haben's ja längst. Das BVA soll ja genau sicherstellen, dass wir in unseren jeweiligen Sozialversicherungsträgern uns auch innerhalb der, sagen wir mal, Leitplanken bewegen, die uns vom Gesetz her vom SGB VII usw. gegeben sind. Insofern sind diese Diskussionen manchmal ein bisschen schwierig, aber letztlich kann ich kein negatives Urteil erbringen. Ich darf sogar sagen, ich selbst bin beteiligt gewesen, wir haben acht Berufsgenossenschaften fusioniert und da gab es so die berühmten Testamente, die so einzelne Träger dort gemacht haben. Da achtet das BVA sehr genau drauf, dass wir in der Selbstverwaltung der neuen BG'en uns da sehr strikt an die Einhaltung und Auslegung dieser Testamente halten. Das halte ich für eine Aufgabe, die akzeptiere ich.

Moderatorin

Vielen Dank Dr. Wolff.

Ein Mitglied des Verwaltungsrates der Techniker Krankenkasse:

Ich habe eine Frage, und zwar, ich halte es für eine ziemliche Arroganz, immer über die Qualität der Selbstverwalter zu urteilen. Wir urteilen ja auch nicht offen über die Qualität unserer Volksvertreter, und woran misst man eigentlich die Qualität?

Dr. Rische:

Ich will zunächst einmal unterstreichen, wenn man sagt, die Qualität muss verbessert werden, sagt man automatisch, die Qualität ist schlecht. Ich denke, das ist ein bisschen ein Kampfbegriff, der in dem Zusammenhang kommt. Wie man die Qualität misst, ist verhältnismäßig einfach. Die Qualität wird bei uns z. B. gemessen in dem Zulauf unserer Versicherten bei den Versichertenältesten bzw. Versichertenberater und –beraterinnen. Wenn hier nicht entsprechende

Qualität vorhanden wäre, dann gingen die Leute nicht dahin. Und da kann ich nur sagen, da zeigt sich ganz deutlich jeden Tag tausendfach, wie qualitativ hier gearbeitet wird.

Und dass ihre Rechte wieder erweitert werden, und ich denke, damit haben wir erst mal genug zu tun. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass über Europa die Selbstverwaltung komplett eingeschränkt wird, weil, ich sage mal, wir haben eben ein anderes Gesundheitssystem, was wir nicht annähernd mit den anderen Staaten vergleichen können, und greifen auf andere Traditionen zurück. Und von daher gehe ich nicht davon aus, dass es unbedingt die Selbstverwaltung treffen wird.

Moderatorin:

Dr. Wolff, können Sie was dazu sagen, wie weit man das im europäischen Vergleich sehen muss?

Dr. Wolff:

Das kann man ganz einfach beantworten, wir haben, also ich spreche jetzt für die Unfallversicherung, wir haben ein deutsches Unfallversicherungssystem, das funktioniert in Deutschland und hat eine deutsche Selbstverwaltung. Das ist ein hohes Gut, da haben wir uns für unsere jeweiligen Zweige ausgesprochen. Hätten wir Europäer, hätten wir ein europäisches Unfallversicherungssystem, haben wir aber nicht, weil wir sehr unterschiedliche Systeme haben. Die Franzosen haben ein völlig anderes System der Unfallversicherung als wir in Deutschland; also muss jeder für sein System eine Vertretung suchen. So lange wir das nicht breit machen, müssen wir auch nicht breit denken. Das ist sehr einfach.

Dr. Rische:

Also, wenn wir die Rentenversicherung ansehen, da gilt natürlich zunächst einmal Ähnliches, dass wir unterschiedliche Systeme haben, aber alle die Systeme, wenn ich das so platt sagen darf, die nach dem Bismarck-Modell organisiert sind, haben auch außerhalb Deutschlands Selbstverwaltung. Sicherlich gibt es da unterschiedliche Nähe zur Politik, unterschiedliche Abhängigkeiten, unterschiedliche Technik, auch wie sie zustande kommt und legitimiert ist, aber wir haben hier Selbstverwaltung und ich kann nur empfehlen, dass diejenigen, die sich um Mandate auch in der Selbstverwaltung bemühen, auch diesen Aspekt bei der Aufstellung und bei ihrer Arbeit berücksichtigen.

Mein Name ist Axel Droppelmann und ich bin Mitglied des Vorstands der BG Bau. Von Beruf bin ich Polier auf dem Bau und was ich jetzt mal sagen wollte, ist ein bisschen zurück. Unsere Firma ist aufgekauft worden von einem Konzern, daraufhin ist unsere Abteilung geschlossen worden und man hat uns allen die Kündigung ausgesprochen. Jetzt hab ich fünf Bewerbungen geschrieben und von vier Chefs bin ich abgeschmettert worden, als ich gesagt hab, ich bin Mitglied der BG Bau und brauche ein bisschen Freiraum, um da mitgestalten zu können. Jetzt hab ich zum Glück einen Chef gefunden, der mir ein bisschen Freiraum lässt und der sagt, gut, mach, allerdings in begrenztem Rahmen. Der gibt mir also nicht mehr so viel Freiraum wie mein noch jetziger Chef. Und das ist jetzt die Frage, wie will ich junge Leute dazu bewegen, in die Selbstverwaltung zu kommen, wenn der Freiraum nicht gegeben wird. So, das ist meine Frage.

Beifall.

Moderatorin:

Ja, wie viel Freiraum muss sein, wie viel muss an Möglichkeiten vorhanden sein. Dr. Wolff oder Herr Rische, Frau Wiedemeyer? Keiner will eigentlich antworten.

Dr. Wolff:

Also ich will gerne dazu was sagen, ich will jetzt hier nicht kommentieren, wie das im Bereich der Arbeitgeber ist oder wie das im Bereich einer einzelnen Berufsgenossenschaft ist, nur eines kann man ja sehr deutlich feststellen. In den vergangenen Jahrzehnten war es sicherlich leichter, dass auch Arbeitgeber, Unternehmen Personen abgestellt haben, die, ich sag mal, zwar beschäftigt in den Unternehmen, aber fast hauptamtlich Gewerkschaftsarbeit auf der einen Seite oder auch Selbstverwaltungsarbeit gemacht haben. Insofern hat sich hier schon was geändert. Aber ich denke, dies sind Wellenbewegungen, die mal rauf, mal runter gehen. Insofern kann man nur sagen, jeder, der ein gewisses Interesse an der Sache hat, wird hier sich auch wieder in die Richtung bewegen, dass er Freiräume schafft.

Moderatorin:

Aber die Frage war ja ganz klar: „Wie kann ich junge Leute bewegen, sich zu engagieren, wie kann ich neue Mitglieder gewinnen, sich zu engagieren, wenn kein Freiraum mehr da ist?“ War das jetzt ne klare Antwort, es muss auch ohne Freiraum gehen?

Dr. Wolff:

Das ist die Frage, das ist die Frage, natürlich, je weniger Freiraum, desto notwendiger wird im Zweifel das Engagement. Aber das ist leicht gesagt, natürlich aus meiner Sicht. Ich denke, die Frage wird immer wieder sein, der Appell an die einzelnen Betroffenen, sowohl auf Arbeitgeberseite als auch auf der Versichertenseite, hier für die Interessen auch derjenigen, die man gewinnen will, dass sie mitarbeiten und dass sie einen wählen, zu kämpfen und einzustehen.

Moderatorin:

Also dann nach dem Motto, dann erst recht, Dr. Wolff.

Dr. Wolff:

Wir haben ja das Betriebsverfassungsgesetz und da haben wir Vertretungen, wir haben unsere Betriebsräte und je nach Größe des Unternehmens haben wir auch entsprechend freigestellte Betriebsräte. Die haben ja ihre Zeit, um die Arbeit für ihre Belegschaft zu machen. Die soll ja auch gar nicht in Zweifel gestellt werden und oft werden ja solche, in Anführungsstrichen „freigestellten Betriebsräte“, ja dann auch in die Gremien der jeweiligen Sozialversicherungsträger gewählt. Herr Droppelmann, bei Ihnen ist natürlich das Thema beim Firmenwechsel, ich sage mal, Sie waren auch in Ihrer alten Firma freigestellter Betriebsrat.

Also, ich seh' das schon als schwierig an, wenn ich irgendwo neu gerade eingestellt werde und mich um einen neuen Job bemühe, dass ich als erstes gleich sage, ich möchte entsprechend Freiräume für irgendwelche Tätigkeiten in der Sozialversicherung. Ich sehe es zumindest als schwierig an. Das muss mal klar gesagt werden, und insofern ist es auch richtig, dass es mal angesprochen wird. Arbeitgeber sollten eigentlich das gleiche Interesse haben, dass sie von ihren Mitarbeitern Leute auf der Versichertenseite haben. Die Arbeitgeber, und das ist ein Punkt, den kann man auch deutlich ansprechen, haben durchaus auch Probleme, entsprechend engagierte Vertreter zu bekommen. Natürlich, je härter der Job wird, umso schwieriger ist es auch, solche ehrenamtlichen Tätigkeiten wahrzunehmen. Da sollten wir nicht drumherum reden.

Hans Bender, ich bin Verwaltungsratsvorsitzender der DAK in Hamburg.

Unser Thema heute ist: „Versagen demokratische Verfahren und Organisationen?“

Nun hat Herr Dr. Rische dankenswerterweise sehr gut das seit wenigen Tagen vorliegende Gutachten der Bremer Gruppe dargestellt und er hat dabei gesagt, ganz zu Beginn, Gestaltungsspielräume der Selbstverwaltung seien besonders wichtig, inhaltlicher und politischer Art.

Dann hat er gesagt, es gehe hier um die Teilhabe an der Macht. Ich möchte mal daran erinnern, dass im zuständigen Bundesausschuss vor einigen Jahren der damals zuständige Staatssekretär gesagt hat, die Sozialversicherungswahlen sind die Wahlen mit der zweithöchsten zu verteilenden Finanzmasse, die wir überhaupt in Deutschland haben. Und dass das natürlich politische Begehrlichkeiten unter unseren Volksvertretern weckt, ist auch klar. Ich vermute mal, dass die Zweifel an der Selbstverwaltung auch darin motiviert sind, dass man nicht mehr zulassen will, dass ehrenamtliche Selbstverwalter über so viel Geld, insgesamt über so viel Masse verfügen und dass man durch politische Entscheidungen mehr die Entscheidungsspielräume in die Politik ziehen will, wie man das ja jetzt mit der Höhe der Beitragsgestaltung machen will ab 1.1. nächsten Jahres. Deshalb meine Frage an die Experten: Ist die Einschätzung, wie ich sie gerade versucht habe darzustellen, richtig oder sehe ich das falsch oder wie schätzen Sie ein, aus welchen Beweggründen hat man dieses Gutachten in dieser Form so – ich sag's mal so, und das weiß Herr Dr. Baum, wir haben mehrfach darüber gesprochen – so gestellt?

Moderatorin:

Ja, da bin ich mal gespannt, Dr. Rische.

Dr. Rische:

Der Punkt ist ganz eindeutig. Zunächst mal müssten Sie die Frage an den richten, der das Gutachten in Auftrag gegeben hat. Dann müssten Sie ihn erst mal fragen, ob er gesagt hat, ich will eine bestimmte Richtung, und dann fragen Sie ihn vielleicht auch noch nach seiner Motivation. Ich will nicht bestreiten, dass man manchmal den Eindruck haben könnte, dass es in Ihre Richtung geht. Aber, wie gesagt, die Frage sollte man an denjenigen richten, der das zu verantworten hat.

Moderatorin:

Also vertagen wir die Frage auf heute Nachmittag eventuell. So, bitte sehr.

Mitglied der Selbstverwaltung bei der Berufsgenossenschaft für Elektrotechnik, Feinmechanik,

Textil:

Ich hab eigentlich zwei Fragen. Einmal wollte ich das Thema aufgreifen, qualifizierte, gute Leute zu finden für die Selbstverwaltungsarbeit, und ich kann nur mal reflektieren. In diese Selbstverwaltung, in der ich jetzt tätig bin. da kommt ein Großteil von der Versichertenseite, aus Großunternehmen, die selbstverständlich Betriebsräte, freigestellte Betriebsräte sind und im Unternehmen entsprechenden Freiraum haben nach dem Motto: „Du bist sowieso von der Arbeit freigestellt, ob du jetzt im Betrieb Unsinn treibst oder da, das bleibt sich gleich.“ Ich sag das mal ein

bisschen flapsig jetzt. Was uns aber fehlt, und das ist für mich 'ne Aufforderung an die Verbände, Vertreter aus den kleinen Handwerksbetrieben, die genauso ihre Problematiken haben, ihre Sorgen haben, ihre Anregungen haben und wo unheimlich viel Knowhow steckt. Gerade das, was Sie, Herr Dr. Wolff, sagten, im Bereich Prävention Vorbeugung. Nur diese kleinen Handwerksbetriebe haben keine Betriebsräte, sind in Anführungsstrichen ganz normale Kollegen und haben einfach Schwierigkeiten, da raus zu kommen. Und da würde es für mich noch mal wichtig sein, ein ganz deutliches Statement der Arbeitgeberverbände in die Handwerksbetriebe, in die Innung, herein: Wenn Ihr da was mitgestalten wollt, was auch beitragsrelevant ist, denn viele Beschwerden kommen ja auch aus den Handwerksbetrieben, die dann wiederum sagen, die Beiträge können wir nicht tragen, dass dort die Kollegen auch in der Selbstverwaltung präsent sind und nicht, dass denen dauernd Knüppel in die Beine gelegt werden, überhaupt zur Wahl anzutreten und da ihre Arbeit zu machen.

Beifall.

Moderatorin:

Ich hab Sie grad schon nicken sehen.

Dr. Wolff:

Da sind wir nicht auseinander.

Frau Wiedemeyer:

Ich muss auch noch mal sagen, das gilt ja natürlich nicht nur für Berufsgenossenschaften, das wurde ja vorhin schon gesagt, diese Probleme mit der Freistellung von Arbeitnehmern für ehrenamtliche Tätigkeit haben wir. Wir haben sie zum Beispiel auch in dem Bereich von Sozialrichtern und Arbeitsrichtern, ehrenamtlichen, die werden zwar für die Verhandlung freigestellt werden, aber die werden nicht mehr freigestellt für Fortbildungsmaßnahmen oder überhaupt in diesem Bereich Seminare darüber zu machen. Da kriegen wir in Sachsen-Anhalt keine Freistellung mehr der Leute, sondern sie müssen Urlaub nehmen, und ich sag mal, wenn man natürlich so das Leben erschwert vom Ehrenamt, dann muss man sich nicht wundern, wenn die Anzahl immer weiter zurückgeht.

Beifall.

Moderatorin:

Da haben wir ja eben schon mal die Meinung, dass man sagt, jetzt erst recht, jetzt müssen wir erst recht für Ehrenamt kämpfen. Dr. Wolff.

Dr. Wolff:

Also, wir sind nicht auseinander in der Meinung. Es wäre schön, wenn es so wäre, und das war ja vorhin auch der Beitrag Ihres Kollegen, und ich würde sagen, dass ist auf der Arbeitgeberseite nicht anders. Wir haben natürlich auch auf der Arbeitgeberseite immer wieder Vertreter aus größeren Firmen, die sagen, jawoll, ich habe eine so große Belegschaft und ich zahle so viel Geld auch dafür, und natürlich sind wir auch auf der Arbeitgeberseite hochinteressiert, von kleineren Unternehmen entsprechende Vertreter in den Gremien zu haben. Also es gilt für beide Seiten, aber da gehört halt Mut zu.

Moderatorin:

Hier ist noch eine Frage.

Mitglied des Verwaltungsrates der Barmer Ersatzkasse und bin auch Vorstandsmitglied der Berufsgenossenschaft Fahrzeughaltung.

Das Thema heute hat mich sehr interessiert, Selbstverwaltung, demokratische Verfahren und Organisation, und ich hab die Frage an die Runde: Wenn demokratische Verfahren Sinn machen, Organisationsstrukturen vorhanden sind, die Partizipation an Macht ja auch haben sollen, dann bedarf es dazu, dass die Öffentlichkeit uns wahrnimmt in unserer Arbeit. Ich habe sowohl in meiner Eigenschaft als Selbstverwalter in der einen oder anderen Rolle festgestellt, dass ich mit meinen örtlichen Medien überhaupt nicht zurecht komme. Gerade vorgestern hab ich mit der örtlichen Zeitung gesprochen und hab gesagt, könnt ihr nicht mal etwas berichten über das, was ich tue in der Selbstverwaltung. Da haben die gesagt, das ist so ein alter Ladenhüter, da reden wir gar nicht drüber, das wollen wir nicht, das interessiert uns alles nicht. Also Unfälle und Katastrophen jeder Art, wenn ich die melden könnte, die Barmer ist pleite, ist es sofort drin. Aber über die vernünftige Arbeit der Selbstverwaltung zu berichten ist nicht möglich. Die Frage an Sie, meine Dame, meine Herren, haben Sie Ideen, haben wir gemeinsam Ideen, wie wir die demokratischen Verfahren auch wirklich transparent machen können, damit es auch bei den Menschen ankommt. Fragt doch mal, ob einer von unserer Arbeit etwas weiß vor Ort in den Betrieben. Dankeschön.

Moderatorin:

Wir greifen der Diskussion von heute Nachmittag schon vor, denn wir haben ja noch gar nicht das Gutachten gehört und haben heute Nachmittag noch eine andere Runde. Aber genau deshalb lasse ich die Frage trotzdem zu. Sagen Sie uns doch mal ganz kurz was da drauf, wie denken Sie, dass eben Informationspolitik anders betrieben werden kann. Wie kann man Medien aufmerksam machen?

Frau Wiedemeyer:

Na, ich denke, das hab ich ja vorhin schon gesagt, wir sollten in unseren eigenen Medien anfangen, das heißt, eben in der AOK-Zeitung für Versicherte muss ein regelmäßiger Bericht auf der Landesseite über die Selbstverwaltung in dem Land stehen, was sie gemacht hat, was sie entschieden hat.

Zwischenruf:

Und macht die AOK das?

Frau Wiedemeyer:

Das habe ich ja vorhin gesagt, dass wir das endlich bis Ende des Jahres durchbekommen. Das ist natürlich ein langer Kampf. Das ist ohne Frage, die Seiten sind teuer, es wird wenig eingekauft, gerade bei Kassen, die unter 'ner Entschuldung stehen. Die wollen natürlich auch gerne ihre eigenen Leistungen darstellen und nicht unbedingt die der Selbstverwaltung.

Da, denke ich, fehlt auch ein regelmäßiger Bericht in jeder einzelnen Gewerkschaftszeitung, eben nicht nur zu Sozialversicherungszeiten, aber so, dass es alle Mitglieder eben lesen können und nicht nur bestimmte sozialpolitische Berichte, die dann an die herausgegeben werden, die schon in der Selbstverwaltung drin sind. Ich sag mal, auf die örtlichen Medien ist es unwahrscheinlich schwierig, Einfluss zu nehmen. Das erleben wir auch bei anderen Themen, aber da ist vorhin ja schon gesagt worden und auch gewünscht worden, dass wir auf die Politiker Einfluss nehmen. Da müssen sich schlicht und einfach Bundespolitiker zur Selbstverwaltung äußern und die auch mal lobend hervorheben, denn das wird wahrscheinlich eher gedruckt, als wenn wir uns vor Ort dazu äußern.

Moderatorin:

Also, über die Politik eine Informationspolitik, Dr. Wolff.

Dr. Wolff:

Also, letztlich sprechen Sie was ganz Wahres aus. So, es gibt natürlich schon Möglichkeiten, also wir nutzen die übrigens gemeinsam mit den Krankenkassen mit unseren großen Kampagnen, wenn Sie die Hauptkampagne nehmen. Diese Riesenplakate, und da wird berichtet in der Presse, das sind Initiativen von Unfallversicherung, von Krankenkassen usw. oder wir haben so eine große Tour mit unseren Unfallkliniken, wo wir auf das Thema Behindertensport, Behinderte integrieren in die Gesellschaft hinweisen. Das kommt in den Medien an und damit kommt auch ein Stück unserer Arbeit rüber, also im Grunde genommen, wenn wir gute Arbeit leisten, kann man sie auch einigermaßen gut verkaufen. Es ist schwer, die Presse dafür zu interessieren.

Moderatorin:

Also nur über gute Arbeit und Projekte eben darauf aufmerksam machen, das ist z. B. nur durch die Selbstverwaltung entstanden, Dr. Rische.

Dr. Rische:

Ich denke, solche Kampagnen wie von Herrn Wolff angesprochen sind sicherlich nützlich und sicherlich auch ein Aufmerksamkeit erheischender Moment, nur der Hintergrund, dass da Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam was organisiert haben, kommt natürlich auch da nicht rüber. Insofern ist es verdammt schwer, ich glaube, da geht's nicht nur der Selbstverwaltung so, sondern auch anderen Institutionen, regelmäßig über gute Arbeit zu berichten in der Presse. Ich nehme ein bisschen Trost mit, wenn wir nicht in der Presse stehen, dann machen wir eigentlich gute Arbeit, denn wir stehen nur in der Presse, wenn wir schlechte Arbeit machen. Das mag nur ein kleiner Trost sein, aber ein bisschen. Ich will noch einen anderen Punkt ansprechen, der vielleicht nicht unwichtig ist. Wir müssen in anderen Bereichen mehr Aufmerksamkeit erzeugen als nur in der allgemeinen Presse, z. B., auch das kam heute schon an, bei Jugendlichen. Ich hab mir jetzt angewöhnt, regelmäßig in Schulen zu gehen. Am Anfang haben die Schulen sich gewundert, da kommt einer und will was zur Rente erzählen. Inzwischen kann ich mich vor Terminanfragen gar nicht mehr retten. Ich denke, man muss solche Punkte angehen, man muss solche Felder auch angehen, spezielles Klientel angehen, sowohl mit persönlicher Ansprache als auch mit entsprechenden medialen Wirkungen. Wir haben ein neues Instrument, den sog. Rentenblicker und, und, und. Ich will jetzt gar nicht Werbung dafür machen, aber ich glaube, man kann Einiges tun. Dass wir immer noch zu wenig machen, wir mehr machen müssen, mag klar sein. Wir müssen uns da mehr anstrengen und nicht darauf warten, dass die Tageszeitung, sei es die regionale oder die überregionale, zufällig mal berichtet.

Herbert Löffler, AOK Niedersachsen.

Die Arbeit der Selbstverwaltung und die Qualität ist ein Thema. Fortbildung, und da greife ich das auf, Frau Wiedemeier, was Sie eben gesagt haben, ist ein anderes, und ich weiß, wie schwer das ist, Fortbildung für Selbstverwaltung zu organisieren und das durchzuführen. Ich würde mir manches Mal wünschen, wenn z. B. auch so eine Einrichtung wie die Friedrich-Ebert-Stiftung oder andere Stiftungen das Thema Selbstverwaltung, auch diese Themen aufgreifen und innerhalb dieser Einrichtungen Fortbildungen entsprechend durchgeführt werden können, die bezahlbar sind, und keine Fortbildungsveranstaltung, wie wir so oft genug erleben, wo eine Zweitagesveranstaltung 1.000 Euro, 1.200 Euro, 1.500 Euro kosten. Das sind nämlich Bereiche, die im Bereich der Selbstverwaltung für den Versichertenvertreter wie auch für den Arbeitgebervertreter, der in diesen vielen Verwaltungsräten sitzt, im Grunde genommen lebensfremd ist. Und das wünsche ich mir in dem Zusammenhang und da würde ich mal gerne von Ihnen erfahren, was Sie dazu denken und darüber hinaus, das ist gerade eben angekommen, die Bekanntheit der Selbstverwaltung bzw. der Sozialversicherung. So lange wir nicht in Schulen das Thema „Sozialversicherung“ als Lehrfach einführen, solange kann es doch nicht sein, dass Schüler aus der Schule entlassen werden und in die Sozialversicherung aufgenommen werden und nicht wissen, wie man es schreibt bzw. was das überhaupt bedeutet. Das Verständnis, denke ich mal, fängt eigentlich bereits in der Grundschule bzw. in diesen Hauptschulen an und dort gehört es auch hin als Thema. Vielen Dank.

Beifall

Moderatorin:

Und ich würde Ihren Wunsch ganz gerne mit in die Nachmittagsrunde nehmen, wir werden ja heute Nachmittag noch intensiv darüber reden, wie kriegt man denn die Weiterbildung hin und wie kriegt man sie auch bezahlbar. Und Frau Fuchs hat zugehört, also was die Friedrich-Ebert-Stiftung anbetrifft, es ist auf jeden Fall angekommen und es wird gehört, und ich kann Ihnen jetzt erst nur mal sagen danke, dass Sie zugehört haben, danke, dass Sie so extrem intensiv mitgearbeitet haben. Sie werden heute Nachmittag noch viel Gelegenheit haben. Ich bedanke mich bei Ihnen für Rede und Antwort.

Beifall

Nachmittags:

**Impulsreferat Dr. Braun (für die Gutachtergruppe)**

Heute wurde ja schon über Herrn Bismarck geredet und dass der sicherlich aus ganz anderen Gründen eben auch Selbstverwaltung einführte. Es wurde auch über die Anfänge in der Bundesrepublik, Stichwort Sozialpartnerschaft, gesprochen, wo eine bestimmte Zusammensetzung von Organen existentiell war für den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland, aber wird haben heute andere Verhältnisse. Und wir versuchen, Antworten zu finden auf der Grundlage dieser Verhältnisse und kommen dann auch sehr schnell zu ganz konkreten Vorschlägen, wo wir sagen, bestimmte Dinge gelten heute nicht mehr so uneingeschränkt wie zu Zeiten Otto von Bismarcks oder Konrad Adenauers oder Hans Böcklers. Der vierte Punkt ist die Organisation der Selbstverwaltung, sie muss zur Stärkung der Akzeptanz so übersichtlich und einheitlich wie möglich einerseits und bedarfsdifferenziert wie notwendig sein. Das bedeutet, wir haben auch versucht, in unserem Gutachten auch einige dieser in der Öffentlichkeit überhaupt nicht verständlichen Unterschiede, z. B. der Besetzung von Organen zwischen Ersatzkassen und den sog. RVO-Kassen oder wie man sie jetzt auch bezeichnen will, darzustellen. Solche Dinge die, wo das normale Volk dann sagt, das versteh ich aber nicht und bleib mir mit der Selbstverwaltung vom Leib. Wir wissen teilweise aus Befragungen, also auch da eine Empfehlung zu geben und Hinweise zu geben, die das Selbstverwaltungssystem insgesamt durchsichtiger, übersichtlicher macht in der Hoffnung, seine Akzeptanz zu verbessern. Ob das so wirkt, kann ich Ihnen natürlich auch nicht sagen. Weil ein kritischer Einwand kam, es sei nur theoretisch, ich meine, das sind natürlich alle wissenschaftlichen Gutachten letztlich, also ist es ein Standardsatz, den man formulieren kann, da gebe ich Ihnen auch uneingeschränkt recht. Andererseits haben wir uns bemüht, und das möchte ich nun mal hervorheben, weil es auch die Messlatte legt für den weiteren Umgang mit dem Thema. Wir haben uns bemüht, so viel wie möglich Praxis hereinzuholen in unsere Arbeit, wobei wir ja auch nicht unendlich Zeit hatten, um das zu machen. Um das nur mal zu sagen, was die Praxis ist, wir haben eigene Studien durchgeführt, haben im Rahmen eines anderen Projektes eine Bevölkerungsumfrage zum Kenntnisstand der Bevölkerung über Selbstverwaltung und die Bewertung von Selbstverwaltung durchgeführt. Wir haben die erste und einzige halbwegs ordentliche empirische Umfrage bei Selbstverwaltungsmitgliedern gemacht über ihre Tätigkeit. Eine Reihe unserer Urteile stützt sich auf diese Umfrage. Wenn dann Hunderte von Selbstverwaltern diesen Fragebogen nicht ausfüllen und dann auch noch so, dass in bestimmten Kassenarten sich die Nichtausfüller häufen, dann ist die Repräsentativität natürlich in Gefahr, muss man auch offen zugeben. Aber es waren immerhin 360 Selbstverwalter, die über ihre Tätigkeit berichtet haben und einige Urteile auch z. B. zur Qualität

– das ist ja auch heute Morgen ein paar Mal angesprochen worden – der Selbstverwaltungsarbeit beruhen auf den Antworten dieser 360 Selbstverwalter. Wir haben sie gefragt, wo sie was machen und wie sie das beurteilen. Klar kann man alle diese Sachen noch besser machen. Das sage ich jetzt aber nicht, um Folgegutachten zu akquirieren. Ein letzter Punkt nur noch mal, wir haben alle deutschen Sozialversicherungsträger angefragt, zwei Mal mit Erinnerungsschreiben, sie sollen uns alle Unterlagen schicken über ihre Öffentlichkeitsarbeit über Selbstverwaltung. Wir haben heute Morgen ein paar Mal gemeinsam festgestellt, Transparenz ist sehr wichtig. Der Kenntnisstand in der Bevölkerung ist niedrig aus vielen, vielen Gründen, da gibt's auch nicht nur einen Schuldigen, es gibt ne Menge Schuldige. Wir haben zwei Mal geschrieben, und wenn dann eben Hunderte wiederum von Sozialversicherungsträgern oder weit über Hundert nicht antworten auf zwei Schreiben, dann kann man es als Skandal darstellen, das haben wir nicht gemacht, es ist ein wissenschaftliches Gutachten. Aber das ist dann eben der Punkt, wir wissen über einen Teil der Empirie nichts, da kann man auch schlecht was drüber schreiben. Dann kann man auch schlecht empirisch arbeiten und das nur noch mal zur Erklärung, wie schwierig es manchmal ist, und ich wünsche mir, dass aus solchen Diskussionen vielleicht auch die Bereitschaft, sich selber mal transparenter zu machen, wächst. Das halte ich auch mittlerweile für eine sehr wichtige Angelegenheit. Also das nur noch mal zu dem, wie kommt so ein Gutachten zustande. Wie kommen wir zu einer Reihe allgemeiner Empfehlungen? Die erste ist bereits schon mehrfach lobend erwähnt worden. Wir plädieren uneingeschränkt, aber auch im Vergleich zur anderen Lösung für die Beibehaltung einer körperschaftlichen Selbstverwaltung. Alle denkbaren praktisch auch nur halbwegs beurteilbaren Formen oder denkbaren Lösungen sind eher ineffektiver und uneffizienter von Anfang an. Das heißt, wenn man da umstellt auf eine Anstaltslösung oder auch wenn man eine bestimmte Form der Unternehmenslösungen und damit natürlich eine Umstellung auf ein Aufsichtsratsmodell folgt, hat man es sowohl sofort mit 'ner Reihe von Leistungsproblemen zu tun, aber jetzt, bei der Unternehmenslösung, hier nur als Beispiel genannt, auch mit dem Problem einer Startkapitalisierung von 44 Milliarden Euro und entsprechender Autonomieverluste.

Die zweite allgemeine Empfehlung ist, folgt man diesem Gedanken, dass sich die Ausgestaltung an den aktuellen sozialen Bedingungen orientieren muss. Die zweite allgemeine Empfehlung und auch 'ne sehr wichtige, ist, wir plädieren dafür, wir empfehlen die Weiterentwicklung der sozialen Selbstverwaltung von einer sog. Beitragszahlerselbstverwaltung in eine Betroffenenselbstverwaltung. Der Anteil, nur empirisch als Hinterfütterung als ein Beispiel, der Anteil der Nichtbeitragszahler als der durch Entscheidungen der gesetzlichen Krankenversicherung Betroffener beträgt dort 28 Prozent aller Versicherten. Die haben mindestens als Gruppe, die

auch wieder heterogen ist, mehr Schwierigkeiten, sich zu vertreten in der Selbstverwaltung als z. B. die traditionellen arbeitnehmer- und arbeitsweltorientierten Organisationen.

Die dritte allgemeine Empfehlung ist die Einführung und optimale Methode, um die Wirksamkeit und Akzeptanz der von uns eben empfohlenen Betroffenen Selbstverwaltung zu erreichen, soll durch aktive Wahlakte mit eben einer entsprechend neuen Wahlnorm erreicht werden, und das bedeutet, was ja auch schon gesagt worden ist, wir plädieren für den Ersatz, für den weitgehenden Ersatz von Friedenswahlen durch kompetitive, wettbewerbliche Urwahlen.

Noch zwei weitere allgemeine Empfehlungen, eine, da folge ich allen Plädoyers von heute Morgen uneingeschränkt, steht aber nicht im Gutachten, weil das nicht Gutachtensauftrag war, zu sagen, wo kann man im Sozialrecht jetzt noch weitere Gestaltungsfelder für die Selbstverwaltung neu einrichten oder neu eröffnen. Das wäre auch schwer gewesen, in wenigen Monaten, also wenn wir es in wenigen Monaten schaffen würden, das neue SGB V zu schreiben. Also wir hätten uns gründlich mit Tausenden von Sachen beschäftigen müssen, was nicht unser Auftrag war, was dann auch nicht möglich war.

Und das letzte ist dann, allgemeine Empfehlung angesichts der Defizitfülle und Komplexität auch dieser Defizite, wir warnen ausdrücklich vor eindimensionalen Reformen. Also entweder nur ein bisschen was bei der Weiterbildung oder ein bisschen was bei der Öffentlichkeitsarbeit oder was auch immer, jedes für sich ist eine wichtige Angelegenheit, nur die Geschichte, wir haben uns auch mit der Geschichte der Sozialwahlen beschäftigt, also umfänglich mit Akten, die uns Ministerien zur Verfügung gestellt haben, muss man sagen, eindimensionale Reformen sind häufig, springen viel zu kurz, sie versanden auch relativ schnell, und deswegen empfehlen wir schon mehrdimensionale Reformen mit mehreren wichtigen Elementen. Es müssen nicht alle unsere 21 Empfehlungen sein, um das auch gleich klar zu machen, so illusionistisch sind wir auch nicht. Und wir warnen auch vor Reformen, die eben nur technische Details optimieren und damit eine Korrektur zwar des herrschenden Systems darstellen, aber einige der eben unerwünschten Defekte nicht beseitigen. Und auf dieser Grundlage jetzt eben ein bisschen beschleunigter Durchgang durch unsere Empfehlungen. Ich fange an, bei dem was hier auch schon angesprochen worden ist. Wir empfehlen die Einführung eines ein Drittel Arbeitgeber- und zwei Drittel Versichertenvertretermodells in der gesetzlichen Krankenversicherung, der Pflegeversicherung und der Rentenversicherung. Die Begründung ist auch in dieser Reihenfolge, ich weiß immer noch nicht, wie viele von Ihnen das wirklich lesen können, deswegen lese ich es Ihnen auch teilweise vor. Die Begründung ist eine dreiteilige, wobei die erste Begründung die wichtige ist, die ersten zwei an sich die wichtigeren sind, die dritte eher unwichtig ist. Die

Begründung ist wiederum, in diesen Trägern gibt es eine deutlich unterschiedliche Nähe bestimmter Gruppen der Sozialversicherung zur betrieblichen Arbeitswelt. Rentner, Schüler und noch ein paar Gruppen mehr. Die paritätische, arbeitnehmerparitätische Selbstverwaltung begründet sich unter anderem darin, dass natürlich Arbeitgeber im Bereich der Arbeitswelt die Gestaltungshoheit haben oder auch unter Mitbestimmungsrahmenbedingungen, und es insofern inhaltlich für die Leistungen nicht unwichtig ist, dass Arbeitgeber dort präsent sind. Wenn aber relevante Gruppen der Versicherten oder Betroffenen in unserer Begrifflichkeit mit der Arbeitswelt nichts oder nichts mehr zu tun haben, stellt sich die Frage, ob sich das nicht auch in der Verteilung quasi dieser Blöcke niederschlagen muss. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt eben ähnlich gelagert. Es gibt einen wachsenden Anteil von Versicherten außerhalb eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses, das über Arbeitgeber funktioniert. In der GKV sind es immerhin 52 Prozent. Auch da kann man sagen, ziehen wir den Schluss, das muss sich niederschlagen in der Repräsentanz von Arbeitgebern und sind dann zum Eindrittelmodell gekommen, auch das wurde mal kurz angesprochen, deswegen, weil es letztlich eine Wiedereinführung dieses Eindrittel/Zweidrittel in bestimmten Bereichen ist. Also Eindrittel ist jetzt keineswegs 'ne neue Schöpfung von uns, sondern das war ja historisch auch schon mal da.

Der dritte Punkt, der uns dann auch bewegt, diese Empfehlung abzugeben, ist, dass mindestens in Teilen, also nehmen wir jetzt mal die GKV, der Finanzierungsanteil der Arbeitgeber deutlich auf unter 50 Prozent gesunken ist. Diese Überlegungen überwiegen für uns den hohen Stellenwert der Sozialpartnerschaft zu Anfang der alten Bundesrepublik Deutschland, den wir heute aus vielen Gründen, den auch die Arbeitgeber selber nebenbei kommunizieren, nicht mehr so sehen. Dieses Modell schlagen wir dann auch vor für die Ersatzkassen, d. h., dort gibt es eh' keine Arbeitgeber, sondern würden konsequent sagen ein Drittel Arbeitgeber- zwei Drittel Versichertenvertreter. Es gibt ein paar begründbare Ausnahmen, auf die ich jetzt nicht weiter eingehe, die eben dann andere Sozialversicherungsträger betreffen, aber wie gesagt, da möchte ich nicht weiter drauf eingehen.

Wir schlagen dann als Zweites vor, eine Erweiterung des Kreises der bisher vorschlagsberechtigten Organisationen für Versichertenvertreter, das folgt aus unserem Prinzip Betroffenen-selbstverwaltung statt Beitragszahlerselbstverwaltung. Da orientieren wir uns am Konzept der Versichertenpartizipation und schlagen vor, dann auch in der entsprechenden Formulierung des Gesetzes von sonstigen Arbeitnehmervereinigungen und von sonstigen Vereinigungen mit sozialer berufspolitischer Zwecksetzung als vorschlagsberechtigte Organisationen zu sprechen.

Gleichzeitig, weil wir ja auch die Probleme in manchen Kassen und Einzelkassen und Kassenarten kennen, schlagen wir vor, dass zur Sicherung der sozialpolitischen und organisatorischen Leistungsfähigkeit dieser dann neu bestimmten beteiligten Vereinigungen einiges getan werden muss, also auch der Status quo verändert werden muss. Es sollte eine Verpflichtung eingeführt werden, dass bei mindestens drei Versicherungsträgern, also nicht nur immer einem, des gleichen Sozialversicherungszweigs Listen einzureichen sind. Der Nachweis von Unterstützungsunterschriften sollte bei mindestens drei Trägern erfolgen in einer Anzahl von 4.000 Unterschriften, und wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, sollte dann diesen Organisationen eine allgemeine Vorschlagsberechtigung verliehen oder sie festgestellt werden. Wenn dann eben neue Gruppen aus diesen Betroffenenbereichen in die Selbstverwaltung reinkommen können, kandidieren können und gewählt werden können, sollte auch das gemacht werden. Darauf wurde heute Morgen auch schon eingegangen. Die Unabhängigkeit der vorschlagsberechtigten Vereinigungen und deren Organvertreter ist zu gewährleisten. Wir nehmen die Angst heute real verantwortlich handelnder Selbstverwalter ernst, dass da plötzlich Leistungserbringer, Tarnlisten, Industrie, wer auch immer, dann plötzlich sagt, ich bin auch betroffen. Deswegen schlagen wir da wirklich vor, dass man sehr klare Regelungen findet zur Unvereinbarkeit von Hauptamtlichkeit und Selbstverwaltungsmandat, das Verbot der Beherrschung von Vereinigungen, das eben jeweils auf Beschäftigte aller Sozialversicherungsträger ausgedehnt wird. Der Schutz der Unabhängigkeit von konfligierenden Interessen, also z. B. dass Leistungserbringer dann eine eigene Vereinigung gründen, mit Verschärfung der Vorschriften zur finanziellen Unabhängigkeit und Transparenz dieser Vereinigung und auch eine regelmäßige Überprüfung der Vorschriften bei allen vorschlagsberechtigten Organisation ist wichtig. Der nächste Punkt geht genau in dieselbe Richtung, nämlich wenn man die Richtung ausdehnt, dann auch dafür zu sorgen, dass es sich da wirklich um interessierte und kompetente Organisationen handelt, und das würde bedeuten, dass man noch mal klar einen Nachweis einer demokratischen inneren Struktur bei allen vorschlagsberechtigten Vereinigungen verlangt, was z. B. dadurch geschehen könnte, dass vorschlagsberechtigte Vereinigungen offenlegen müssen, nach welchem Modus ihre Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt und ausgewählt werden, da kann man sich sicherlich im Detail, das steht auch noch verstreut in dem Gutachten, noch ein paar weitere Dinge vorstellen. Der zweite Punkt auf dieser Seite, da geht es auch immer noch um Modernisierung der Organstrukturen. Wir waren gefragt in der Startphase des Gutachtens zu der Frage Verwaltungsratsmodell übertragen in andere Sozialversicherungsträger. Herr Dr. Rische hatte das glaube ich angesprochen, und da haben wir uns in der Tat so aus der Affäre gezogen, es gibt bisher keine wissenschaftliche Evaluation des Verwaltungsratsmodells, d. h. man kann eigentlich seriös nicht sagen: hat es sich bewährt oder nicht bewährt. Unsere Befragung von Selbstverwaltern ließ es irgendwie offen. Ein bisschen mehr als die Hälfte hat gesagt: also

diese 1993-Reform hätte sie geschwächt und andere haben gesagt, sie hätte sie gestärkt, wo ja u. a. in der gesetzlichen Krankenversicherung dieses Verwaltungsratsmodell eingeführt wurde. Tja, also das war's dann. Also daraus kann man keine soliden Schlussfolgerungen ziehen für die Übertragbarkeit oder Nichtübertragbarkeit dieses Modells, und deswegen geben wir dazu keine Empfehlung ab, drücken uns also ein bisschen und schreiben in der Tat, das muss man eben noch weiter untersuchen. Die nächste wichtige Empfehlung, sie wurde auch glaube ich heute Morgen von Frau Wiedemeyer schon einmal angesprochen, zwar auch in kritischer Art und Weise, aber dazu sage ich auch gleich gerne noch etwas. Wir schlagen teilweise nach den Interviews, die wir auch mit 27 Selbstverwaltern geführt haben, das habe ich vorher vergessen, einige unserer wichtigsten empirischen Grundlagen waren stundenlange Interviews mit wirklich in der Selbstverwaltung aller Träger arbeitenden Kollegen, darunter auch Versichertenvertreter und Arbeitgebervertreter, und da war immer die große Frage, Stärkung der Kompetenzen der ehrenamtlichen Selbstverwaltungsorgane. Wir hatten ja vorher schon Ausdehnung der Gestaltungsmöglichkeiten, aber es war auch immer ein Thema: Stärkung der Kompetenzen des Organs. Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, gehören zu den Aufgaben zur Klärung der Selbstverwaltung, und ein Teil der von uns Interviewten hat gesagt, das müsste präziser sein, weil unsere Vorstände immer sagen, das ist aber keine Frage grundsätzlicher Bedeutung, und dann gibt es immer einen Dialog, den viele von Ihnen vielleicht aufgeführt haben. Wir haben immer gesagt, Ihr seid die Selbstverwaltung, Ihr erklärt doch, was Fragen von grundsätzlicher Bedeutung sind. Tja, wenn Sie da mal dabei wären, Herr Soundso, bei solchen Gesprächen, dann wüssten Sie, dass das nicht so einfach durchzusetzen ist. Dann sagte ein Teil der von uns Interviewten, dem haben wir uns dann angeschlossen zur Meinung, könnte man das nicht für ganz wichtige ausgewählte Fragen präzisieren, ins Gesetz reinzuschreiben, dass quasi die Selbstverwalter zu ihren Vorständen gehen können und sagen können: das ist eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung, und deswegen schlagen wir vor, gesetzliche Konkretisierung durchzuführen, also im § 197 SGB V klar zu sagen auf Qualitätssicherung, was auch immer dann von grundsätzlicher Bedeutung ist, aber gleichzeitig es nicht mit einem abschließenden Charakter zu versehen, also eine insbesondere Regelung zu machen. Ein anderes Drittel der Interviewten Ihrer teilweise Kolleginnen und Kollegen sagt ja: nein, wenn da erstmal drin steht, was wir machen sollen, dann sagen unsere Vorstände: nur das sollt Ihr machen und nicht das andere. Also, Sie sehen, es ist eine Zwickmühle, die uns aber jetzt von Praktikern quasi bereitet worden ist, trotzdem schließen wir uns dieser begrenzten und eben auch offenen Konkretisierungsidee an. Dasselbe gilt für die Konkretisierung der Berichtspflichten des Vorstandes an den Verwaltungsrat, in der GKV der § 35 Abs. 2 SGB IV auch dort ohne abschließende Aufzählung. Dazu gibt es sogar empirisch einige gute Ideen, die uns wiederum von Verwaltern aus anderen Sozialversicherungszweigen genannt worden sind, wo wir das quasi als Pflicht hatten. Das

haben wir ernst genommen, und es spielt auch seit Jahren in allen Untersuchungen eine Rolle, dass zwar unbegrenzte Berichtspflichten da sind, aber die Wirklichkeit dann manchmal anders aussieht. Immer nicht nach unserer Meinung von außen, sondern nach Berichten. Aktives und passives Wahlrecht wurde auch bereits angesprochen. Wenn man diesem betroffenen Orientierungsargument folgt, dann müssen wir auch für die Ausdehnung der Wahlberechtigung z. B. für alle Versicherten ab 16 Jahren sein. Wobei, es kann auch 17 sein, das ist also nicht irgendwie heilig. Das passive Wahlrecht würden wir empfehlen für alle einzuführen, die das Wahlrecht zum Bundestag besitzen oder ein Jahr lang der Versicherung angehören. Der bisherige Ausschuss der Familienversicherten in der Kranken- und Pflegeversicherung und der Hinterbliebenenrentner in der Rentenversicherung muss eben wiederum wegen ihrer Betroffenheit da folgen. Jetzt kommen wir zu dem, was heute Morgen schon eine Rolle spielte. Wir schlagen, weil wir dem Wahlinstrument, aber eben einem Wahlinstrument, wo Wahlen stattfinden und sie wettbewerblich ablaufen und nicht quasi eine Einheitsliste "existiert", weil wir dem wirklich Geltung verschaffen wollen und weil wir der Ansicht sind, dass dadurch wirklich die Wirksamkeit und Effizienz und Akzeptanz der Selbstverwaltung als Modus gestärkt wird, schlagen wir die Einführung einer verpflichtenden Vorwahl der Versichertenvertreter der Selbstverwaltung in der GKV, der Rentenversicherung und der Pflegeversicherung vor, wobei wir für die Beibehaltung des Status quo der gewerblichen und landwirtschaftlichen Unfallversicherung auch dafür plädieren, was dann wiederum die Begründung der größeren Nähe zur Arbeitswelt und anderer Aufgabenstellungen angeht, also deswegen ist die Konzentration auf die drei Sozialversicherungsträger drin. Bei der Urwahl empfehlen wir, auch keine Pflicht zur Urwahl auf Seiten der Arbeitgeber einzuführen. Die Begründung ist nicht hundertprozentig empirisch abgesichert. Die Begründung war bisher, was wir so wahrgenommen haben, hohe Interessenshomogenität bei den Arbeitgebern und verbandliche Konzentration. Ich hab gleichzeitig jetzt gelesen, dass 5 Prozent der Firmen jetzt schon ausgetreten sind aus ihren Arbeitgeberverbänden. Also sollte sich da etwas empirisch ändern oder sozial ändern, würden wir auch sagen, dann sollte man sich auch bei den Arbeitgebern was überlegen. Wir plädieren für die Einführung eines Wahlverfahrens mit Präferenzstimme, nicht weil wir Wahlsystemfans sind, also meine beiden Kollegen, die Politologen, haben sich das allerdings in Baden-Württemberg jetzt noch mal angeguckt. In Hamburg hat sich gezeigt, dass die Wahlbeteiligung durch Panaschieren und Kumulieren nicht dramatisch verändert worden ist, also dieses System würde die Wahlbeteiligung nach oben heben von heute auf morgen, ist nicht eingetroffen, aber es zeigt, dass die Bevölkerung es voll verstanden hat. Also der Anteil ungültiger Stimmen ist eher niedriger als bei der Wahl davor, das sind Indikatoren, die ich auch für wissenschaftlich solide halte, die zeigen, die Verständlichkeit dieses Systems ist kein Problem, und dann muss man das eben abwägen gegen die zwei Vorteile oder den einen Vorteil, der hier genannt worden ist, dass eben dieses Wahl-

verfahren mit Präferenzstimme dazu beiträgt, dass selbst, wenn es nur eine Vorschlagsliste gibt, es nur Sinn macht, wenn ein Wettbewerb der Ideen, der Konzepte stattfindet, selbst wenn das jetzt nicht funktionieren würde und nur eine Liste vorläge, würde natürlich eine verpflichtende Wahl mit Präferenzstimme dazu führen, dass das dann auf dieser Liste, jetzt meinetwegen eben Frauen oder Junge oder Alte oder wen auch immer nach oben bringen könnte, wenn sie auf der Liste ziemlich weit unten sind. Wir empfehlen eine Ermöglichung der Kombination von Listen und Personalwahl durch Einführung eines Systems gebundener Listen, das ist jetzt schon eine sehr technische Frage. Zur Präsentation von Frauen in Selbstverwaltungsorganen schlagen wir vor, die Besetzung der Vorschlagslisten sollte/muss dem Geschlechterverhältnis in der Versichertenschaft entsprechen. Also wir sind auch nicht uneingeschränkte Quotenanhänger und sagen deswegen, es muss ausdrücklich nicht bedeuten, dass dann quasi 51 Prozent Quotenfrauen im Selbstverwaltungsorgan sitzen. Die Wähler und die Wählerinnen haben die Gelegenheit, durch dieses Vorzugsstimmenverfahren, eben dann doch eine abweichende, von der Grundverteilung der Geschlechter, eine abweichende Verteilung zu machen. Das Argument, es gibt noch andere Gruppen, die auch unterrepräsentiert sind, nehme ich empirisch sehr ernst, das haben wir auch festgestellt, nur würden wir für den Anfang doch vorschlagen und auch aus inhaltlichen Gründen, weil einfach die Unterschiede zwischen Männern und Frauen am stärksten sind. Bei Gesundheit würde ich es z. B. schon auch unmittelbar belegen können, es jetzt einmal erstmal bei dieser Repräsentanz von Frauen zu belassen, was ja nicht ausschließt, dass man dann beim zweiten Zug sagt: gut wenn nach wie vor bestimmte Gruppen unterrepräsentiert sind, auch sie über solche Sachen in Organe hereinzubekommen. Dann bin ich bei den letzten drei Punkten unserer Empfehlungen. Wir empfehlen, darüber nachzudenken, die Bindung von Repräsentanten und Versicherten dadurch zu verbessern, dass man Versichertenälteste oder wenn einem das zu altmodisch klingt, Vertrauenspersonen oder es gibt noch andere Begriffe dafür, real als Regelfall in allen Sozialversicherungsträgern einzuführen. Vertrauenspersonen gibt es z.B. bei einigen Ersatzkassen, also auch, wo nach Meinung der Akteure das hervorragend läuft. Aber es gibt jede Menge Träger, in denen so was überhaupt nicht bedacht wird oder vorhanden ist. Wir appellieren an die Verantwortlichkeit der Akteure. Ich kenne Selbstverwaltung seit 1982, ich habe schon viele Appelle an die Verantwortlichkeit der Akteure gehört in solchen und ähnlichen Veranstaltungen. Ich habe mittlerweile, und auch viele meiner Kollegen, die sich wissenschaftlich damit beschäftigen, das Vertrauen in diese Appelle an die Verantwortlichkeit verloren und schlag da hingegen meinem sonstigen Naturell vor, man muss an einigen Stellen Verpflichtungen einführen, denn die Appelle verpuffen meistens, denn kurz nach Sozialwahlen sind sie dann wieder verpufft und dann wartet man 5 Jahre und dann wird wieder appelliert usw. Deswegen Einführung von Transparenzpflichten und Instrumenten der Selbstverwaltung, da kommt dann eine ganze Fülle in Frage, das fängt an mit der Herstel-

lung und Verbesserung der Transparenz. Wenn große Sozialversicherungsträger wirklich noch nicht einmal Namen ihrer Selbstverwaltungsmitglieder im Internet zur Verfügung stellen, natürlich, irgendwo in einer Geschäftsstelle hängen die aus oder in der Hauptverwaltung, das weiß ich auch, dann ist es einfach ein Manko im 21. Jahrhundert, oder wenn nichts bekannt ist, wie alt die sind, ob sie verheiratet sind, ob sie in Gewerkschaften oder wo auch immer engagiert sind, ist ja wichtig für mich. Also Regeln, die für die deutschen Bundestagsabgeordneten, die sind ja heute Morgen auch mal als Vergleich herangezogen worden, selbstverständlich sind. Eben in den Handbüchern des Deutschen Bundestages könnte man hier 1:1 übernehmen, ist wenig Arbeit, und ein bisschen ist es wahrscheinlich hilfreich für die Akzeptanz dieser Einrichtung in der Bevölkerung und nicht nur, dass wir hier sagen, dass wir das für wichtig halten. Verpflichtende Veröffentlichungen expliziter Berichte über die inhaltliche Arbeit der Selbstverwaltung bei allen Trägern im Jahresabstand mit einem Pflicht- und Kürteil halte ich auch für ein absolutes Muss! In der gesetzlichen Krankenversicherung wird von allen Krankenhausträgern genau das gefordert, mehr Transparenz herzustellen. Qualitätsberichte, warum bezieht man das nicht mal auf sich selber, Sie haben doch eine Menge zu berichten. Mehr als den Jahresabschluss also. Ich weiß nur, dass viele, die Mehrheit der Bevölkerung, so was nicht lesen. Da muss man dann Inhalte bringen, was haben wir für Leistungen gemacht, steht in der Satzung und, und, und, also man kann das viel frischer machen und lebensnäher.

Die letzten beiden Punkte sind Stärkung der Handlungsressourcen. Das eine ist die Qualifikation, ich habe Ihnen vorher versucht, mal zu sagen, woher wir unsere Urteile über die Qualifikation beziehen und wenn wir sagen, es gibt Qualifikationsmängel, meinen wir nicht, dass die Qualifikation schlecht ist, sondern sie ist nicht so gut, wie sie sein müsste. Im Urteil der von uns befragten Selbstverwalter sind rd. 60 Prozent der Selbstverwalter, die immer sagen, wir haben da Qualifikationsbedarf. Wenn man sie fragt, habt ihr da schon einmal eine Veranstaltung besucht, dann davon noch mal 80 Prozent sagen, nein, dann ist das ein echtes Problem. Das meinen wir mit Stärkung der Qualifikationsmöglichkeiten, und wir schlagen dazu auch sehr konkrete Dinge vor, also viele Träger müssen aktiver sein als bisher mit Angeboten für ihre Selbstverwalter, bessere Freistellungsmöglichkeiten bis hin zu Übernahme der Kostenübernahmeregelung analog des Betriebsverfassungsgesetzes wäre da drin, auch da nehme ich alle Hinweise ernst, dass man das auch nicht bei Appellen belassen soll, sondern sagen, gut im Betriebsverfassungsgesetz nehmen es die Arbeitgeber mehr oder weniger hin und sagen, es ist okay, warum nicht, wenn man die entsprechende Regelung schafft. Schaffung eines selbstverwaltungseigenen Beratungsapparates gehört u.a. zu solchen Maßnahmen hinzu.

Die letzten vier Punkte, da erhoffen wir positive Wirkungen durch eine Fülle dieser Vorschläge. Wir glauben, dass man damit einen Einstieg findet, diese diskriminierende oder diskreditierende und deligimentierende, öffentliche Darstellung und Wahrnehmung der Friedenswahl Selbstverwaltung zu beenden. Wir haben auch die Medienberichterstattung über Selbstverwaltung für die letzten 18 Jahren untersucht, und es ist ein Kübel ausgeschüttet worden meistens von Leuten, die nicht gesetzlich krankenversichert sind. Die Friedenswahlen sind ein Aufhänger, für manche das rote Tuch, das sie brauchen, um loszumarschieren und wenn sie losmarschieren, quasi, hat man Schwierigkeiten, sie zu stoppen. Da könnte man durch einige der von uns vorgeschlagenen Dinge was machen. Wir erwarten mittel- bis langfristig eine Erhöhung der Wahlbeteiligung, kurzfristig nicht, was sich Jahrzehnte quasi eingestellt hat, kann man nicht mit einem einzigen Mal in eine andere Richtung bringen.

Der dritte Punkt ist die Erhöhung der Identifikation der Versicherten mit dem System der sozialen Versicherung. Wenn 44 Prozent der Bevölkerung, die nichts mit Selbstverwaltung anfangen können, nicht wissen, was Selbstverwaltung ist, was Sozialwahl ist, wenn die quasi dareinkämen, wäre das eben eine Erhöhung der Identifikation, weil sie bisher gar nichts haben. Der letzte Punkt ist, dass wir eine positive Wirkung in Richtung zusätzliche Verbesserung der Versichertenorientierung erwarten, wenn diese Transparenzinstrumente funktionieren. Danke.

Beifall

Moderatorin:

Dr. Braun, bleiben sie gleich oben, denn Sie haben gemerkt, je länger sie geredet haben, desto größer wurde das Gemurmel hier im Saal. Also es besteht bestimmt ein großes Diskussionsbedürfnis, vielleicht nehmen sie gleich dahinten Platz.

Ich begrüße meine anderen Gesprächspartner, Armin Lang, er ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratischen im Gesundheitswesen. Herzlich willkommen!

Ich begrüße Annelie Buntenbach, Mitglied des Vorstands des DGB in Berlin.

Ich begrüße Franz-Josef Lerch-Mense, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Und ich begrüße Franz Knieps, Abteilungsleiter im Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung.

Herr Lang, Sie haben mir im Vorgespräch gesagt, dass Sie keine neue gesetzliche Grundlage für diese Selbstverwaltung brauchen, sondern wir bräuchten ein neues Bewusstsein. Welches denken Sie denn da, wie soll das Bewusstsein aussehen?

Herr Lang:

Wir müssen nur vieles von dem, was heute gesagt wurde, in die Tat umsetzen.

Moderatorin:

Zum Beispiel?

Herr Lang:

Also ich denke, ein ganz wesentlicher Punkt ist, dass das Selbstbewusstsein, was die Selbstverwalter haben, dass sie das auch nach außen offensiver vertreten, ich denke, sie machen mehr, und sie sind besser als ihr Ruf, und vor diesem Hintergrund denke ich, sehe ich eine gute Zukunft für die Selbstverwaltung.

Moderatorin:

Sehen Sie das denn im Gutachten oder erkennen Sie das in dem Gutachten wieder?

Herr Lang:

Ja, das Gutachten ist natürlich sehr wissenschaftlich angelegt und ob diejenigen, die wirklich hier untersucht wurden, ob sie sich wirklich so zu Wort gemeldet haben, immer wie die Gutachter herausgefunden haben, ich glaube, da gibt es Zweifel, aber das sagen die Betroffenen besser selbst.

Moderatorin:

Ich habe gerade gedacht, da hätte jemand applaudiert, aber ich habe mich, glaube ich, verhört. Ich würde gerne von Ihnen wissen, wo sehen Sie denn gute Ansatzpunkte in diesem Gutachten. Wo können wir umsetzen, sollten wir umsetzen oder sollten wir drüber diskutieren?

Herr Lang:

Also ich denke es wurde ja im Gutachten schon darauf hingewiesen, dass die Selbstverwaltung auch Neugestaltungsfelder braucht. Also es reicht nicht, dass wir ihnen Spielwiesen geben. Man muss ja sehen, ein zentrales Anliegen der Selbstverwaltung in der Vergangenheit war ja beispielsweise in der gesetzlichen Krankenversicherung das Festlegen des Beitragssatzes. Das

war eine zentrale Entscheidung. Diese Entscheidung ist hier nun durch den Gesetzgeber dem Bundesgesetzgeber genommen worden und vor dem Hintergrund, glaube ich, ist eine Aufgabe jetzt an den Gesetzgeber, der Selbstverwaltung neue wichtige Gestaltungsfelder zu geben. Ich denke, wenn wir mehr Versichertennähe wollen, bei denen, die hier zu vertreten sind, dann brauchen wir mehr Kompetenz der Selbstverwaltung bei der konkreten Gestaltung der Versorgung, bei der konkreten Prüfung der Qualität der Versorgung. Das sind die Dinge, die die Versicherten vor Ort interessieren und da müssen sich dann die Selbstverwaltung, aber vorher der Gesetzgeber bewähren.

Moderatorin:

Kann Selbstverwaltung das leisten, was Sie gerade sagen oder muss da mehr Qualifikation stattfinden, wie Dr. Braun ja auch gefordert hat.

Herr Lang:

Also ich denke, die Selbstverwalter sind in ihrem Engagement und in ihrem vielfältigen Bemühen sehr, sehr qualifiziert. Ein wesentlicher Punkt ist, wir haben hier ungeheure Veränderungen, Veränderungen in der Gesetzgebung, Veränderungen in der Gesellschaft und ein ständiges Bemühen, auch diese Veränderungen nachzuvollziehen. Auch durch Weiterbildung, auch durch Qualifizierung. Ich denke, das liegt im Interesse der Selbstverwaltung. Die Selbstverwalter wollen ihr Geschäft ordentlich machen, und von daher sind sie sicher an Angeboten an Fortbildung interessiert und werden sie auch wahrnehmen, wenn sie denn ordentlich angeboten werden.

Moderatorin:

Genau, da kommen wir zum Punkt. Wer bietet sie an und was heißt ordentlich angeboten?

Herr Lang:

Ja, sie müssen aktuell sein, sie müssen die Fragen aufgreifen, die auch aktuell jetzt zur Diskussion stehen.

Moderatorin:

Nennen Sie ein Beispiel?

Herr Lang:

Also ich denke, dass ein wesentlicher Punkt gerade der Bereich der Versorgung, der Versorgungsqualität, wenn ich jetzt von der Krankenversicherung rede, ist, und da brauchen Selbstverwalter natürlich auch aktuelle Information zu den Instrumenten, die es da gibt, aber auch zu

den Fragen, die sich da im Konflikt mit Leistungsanbietern o.a. ergeben. Wenn Selbstverwalter die Interessen der Versicherten wahrnehmen wollen, dann brauchen sie auch ganz konkret die Hinweise, wo sie eben die Interessen auch entsprechend vertreten können.

Moderatorin:

Das kam heute Morgen ja schon mal im Publikum an, da habe ich ja gesagt, das nehmen wir heute Nachmittag mit in die Diskussion. Weiterbildung muss eben auch bezahlbar sein. Wer bildet weiter und wie kann sie bezahlbar sein?

Herr Lang:

Ja, ich denke, ein wichtiger Punkt ist, dass diejenigen, die entsenden, dass sie zunächst einmal die Verpflichtung haben, auch für diejenigen, die sie entsenden, auch für Fort- und Weiterbildung sorgen. Der zweite Punkt ist natürlich, dass auch die Versicherungsträger eine entsprechende Pflicht haben, gut informierte Selbstverwaltung zu haben. Von daher wäre es naheliegender, dass auch von dort entsprechende Angebote gemacht würden.

Moderatorin:

Kosten?

Herr Lang:

Ja, die Fortbildung liegt ja im Interesse derer, die entsandt haben, derer, die sie vertreten, und von daher denke ich, wir dürfen Selbstverwalter nicht auch noch selbst zur Kasse bitten, wenn wir das machen, dann schrecken wir sie weiter ab und wir haben heute Morgen gehört, es gibt bereits andere Abschreckungsinstrumente, und das sollten wir nicht weiter vertiefen.

Moderatorin:

Dr. Braun hat eben noch einmal gesagt, Appelle alleine reichen nicht, wir brauchen gesetzliche Grundlagen, und was sagen Sie denn dazu?

Herr Lang:

Ja, ich denke, wir sollten erst einmal versuchen, mit dem vorhandenen gesetzlichen Instrumentarium zurechtzukommen. Ich habe vorhin gesagt, an einer Stelle brauchen wir eine Konkretisierung, beispielsweise in der sozialen Krankenversicherung, konkrete Beauftragung auch in anderen Feldern, sich einmischen zu können. Aber ich bin vorsichtig, als Parlamentarier, selbst nach neuen Gesetzen zu rufen, also, mir ist lieber, wir sorgen mal dafür, dass die Gesetze vernünftig genutzt werden, bevor wir neue machen.

Moderatorin:

Was wurmt Sie in dem Gutachten, wo sagen Sie, mit mir nicht auf keinen Fall?

Herr Lang:

Also das Gutachten ist an manchen Stellen, glaube ich, ein bisschen weit weg von der Wirklichkeit derer, die in der Selbstverwaltung tätig sind, und vor dem Hintergrund glaube ich, sollen die Selbstverwalter sich da selbst zu Wort melden.

Beifall

Moderatorin:

Aber sagen Sie doch etwas zur Wahl. Friedenswahl? Urwahl?

Herr Lang:

Ja, Friedenswahl ist natürlich immer die schlechtere Alternative, die Urwahl ist die bessere Alternative, und ich will auch klar sagen, die Vertretung der Interessen derer, die da nachher in der Selbstverwaltung repräsentiert sein sollen, die ist wichtig. Ich finde ganz entscheidend, wir müssen uns auch der Frage zuwenden, ob wirklich Arbeitgeber in der Selbstverwaltung noch einen Platz haben. Wenn man genauer hinguckt, wie in den letzten Jahren in den Selbstverwaltungen Position bezogen wurde, waren die Selbstverwaltungen eindeutiger, wo keine Arbeitgeber drin waren. In der Regel haben zwei Bänke sich gegenseitig blockiert. Also ich habe viel Sympathie für eine ganz eindeutige Interessenvertretung, nämlich der Versichertenvertreter, und wenn wir nach Legitimation fragen, dann sollten wir auch fragen, wer legitimiert die Arbeitgebervertretung in der Selbstverwaltung.

Beifall

Moderatorin:

Ich komme zuerst zu Ihnen, Frau Buntenbach. Welche Spielräume, da ist ja unheimlich viel heute darüber geredet worden, heute Morgen auch schon in der Diskussion, es geht immer um Gestaltungsspielräume der Selbstverwaltung, wo sehen Sie die?

Frau Buntenbach:

Also, ich glaube, dass wir hier im Interesse der Versicherten eine ganze Menge bewegen können und auch schon bewegt haben, ich sehe aber auch, dass die Politik die Spielräume der

Selbstverwaltung hier immer mehr eingeschränkt hat. Und an der Stelle muss ich dann sagen, wenn es darum geht, wie legitimiert sich denn die Selbstverwaltung, also die soziale Selbstverwaltung mit dem, was sie leistet nach außen, also gegenüber den Versicherten und auch gegenüber der Öffentlichkeit? Das ist ja immer die Frage, die bei der Sozialwahl auch mit im Vordergrund steht. Dann hängt es für mich viel mehr davon ab, was hat denn diese Selbstverwaltung überhaupt noch zu bestimmen, worüber hat sie denn eigentlich zu entscheiden, und wie kann sie dann diesen Handlungsspielraum eben entsprechend auch qualifiziert ausnutzen.

Moderatorin:

Da höre ich so eine Forderung an die Politik, können Sie die konkretisieren?

Frau Buntenbach:

Ich kann zum Beispiel sagen, dass die Selbstverwaltung – finde ich – zum Beispiel bei der ganzen Frage der Arbeitsmarktpolitik ja in ihren Rechten durch die Arbeitsmarktreform auch beschnitten worden ist. Wir haben jetzt das Problem, gibt diese Trennung zwischen dem Regelkreis des Sozialgesetzbuch III Arbeitslosengeld I, das liegt bei der Bundesagentur für Arbeit, und es gibt auf der anderen Seite abgetrennt davon das Sozialgesetzbuch II – also die Hartz IV-Umsetzung. Damit hat dann die Selbstverwaltung aber gar nichts mehr zu tun, also das heißt, da kann sie keinen Einfluss drauf nehmen. Wir haben immer gefordert, dass es wenigstens Beiräte geben soll, da wo eben Arbeitsgemeinschaften dann Hartz-IV auch umsetzen, aber selbst dafür haben wir keine gesetzliche Vorgabe. Das ist an einigen Stellen gemacht worden. Glücklicherweise durchaus an einer Reihe von Stellen, aber an vielen Stellen auch nicht. Das heißt, da kommen wir gar nicht rein. Ich sag mal ein zweiter Punkt, wenn wir z.B. darüber sprechen was ist denn die Entscheidung der Selbstverwaltung und was ist sog. kooperatives Geschäft des Vorstands? Dann sind wir auch bei der Frage: Wie ist denn der Umgang mit Leiharbeit, den die Bundesagentur macht? Da ist es jetzt so, die Entscheidung des Vorstandes operativ ist, dann zu sagen, das sind Premiumkunden, da sehen wir eine große Zukunft drin, wir haben in der Selbstverwaltung das immer sehr kritisiert, weil wir sagen, das sind keine irgendwie nachhaltigen Vermittlungen, die Leute stehen nach drei Monaten wieder auf der Matte. Das kann nicht das sein, was wir wollen. Aber das ist eine Entscheidung, da haben wir dann als Selbstverwaltung leider gar keinen Einfluss darauf, weil, das ist der Unterschied zwischen diesem operativen Geschäft.

Moderatorin:

Ich möchte, ich würde, ich würde, ja genau, ich würde gern mit Ihnen jetzt in die Zukunft gucken. Das sind jetzt Sachen, die schon passiert sind, wo wir nichts mehr dran ändern können, also werden wir jetzt in die Zukunft blicken. Welche neuen Aufgaben sehen Sie da in der Selbstverwaltung?

Frau Buntenbach:

Ich glaube, dass die Selbstverwaltung bei der Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik mitarbeiten kann. Also wo die verschiedenen Elemente ineinandergreifen, wie kann da die Selbstverwaltung eben entsprechend auch mit einbezogen werden. Was kann da ihre Rolle sein. Wenn wir jetzt die Krankenversicherung nehmen, auch da müssen wir darüber sprechen im Rahmen des Spitzenverbandes, was ist denn genau eigentlich an Leistungen da, wie können denn qualitativ für die Versicherten hier entsprechende Ergebnisse gebracht werden.

Moderatorin:

Wenn wir das jetzt mal im Hinblick auf das Gutachten sehen, wo sehen Sie denn da Ansätze, wo sehen Sie Gemeinsamkeiten, wo Sie das Gefühl haben, da kann es wirklich vorwärts gehen?

Zum einen bin ich froh, dass in dem Gutachten erstmal vom Grundsatz her ein Ja zur sozialen Selbstverwaltung drin steht. Die Einschätzung, die ich nicht teile, ist, für wie entscheidend für die Legitimation der sozialen Selbstverwaltung der Wahlakt an und für sich gehalten wird. Weil ich glaube, da müssen wir einiges verändern, da hat der Bundeswahlbeauftragte ja auch Vorschläge gemacht, aber ich glaube, die Frage ist, wie viel beteiligen sich denn letztlich, das kann für uns nicht der Maßstab dafür sein, das ist ein sinnvolles und legitimes Gremium oder nicht, sondern ich glaube, da geht es vielmehr darum, die Arbeit noch einmal in den Selbstverwaltungen qualitativ zu verbessern, hier auch die Spielräume zu verbessern. Aber man sollte sich nicht so an den Wahlakt an und für sich aufzuhängen. Die Frage ist ja, wer vertritt die Betroffenen da und wer meldet sich denn dafür zu Wort, und da würde ich dann z. B. als Gewerkschafterin sagen, wir haben schon den Anspruch, bei den Versicherten auch die Kranken mit zu vertreten, haben wir auch schon den Anspruch, auch die Arbeitslosen mit zu vertreten, und ansonsten ist die Frage, welche Partikularinteressen kommen da jeweils rein. Ich glaube, was wir tun müssen, ist mehr Transparenz und Öffnung der Selbstverwaltung, mehr Nähe auch zu den Versicherten.

Moderatorin:

Was können Sie denn z. B. von Seiten des DGB tun?

Frau Buntenbach:

Wir können z. B. dafür sorgen, dass die Betroffenen, die hier ja auch in dem Gutachten genannt sind, einfach stärker auch angehört werden und deren Interessen eben mit in die Arbeit der Selbstverwaltung einfließen. Wir können hier gleichzeitig auch natürlich noch mal was tun für die bessere Qualifizierung der Selbstverwalter. Die sind ausgesprochen gut qualifiziert, aber da denke ich, ist es sowohl eine Aufgabe der Institutionen, aber eben auch von uns als Entscheidenden, die wir sehr ernst nehmen, hier entsprechend noch die Qualität der Arbeit zu verbessern.

Also auch kostenlose Weiterbildungen. Ja, kostenlos, wir machen das eh für unsere Mitglieder an diesen Stellen. Ich meine, das kostet natürlich die Mitglieder schon was, nämlich Mitgliedsbeiträge, aber, wenn wir z. B. ein Handbuch für die Selbstverwaltung machten, also damit die Leute sich da besser orientieren können und besser arbeiten können, dann stellen wir das auch zur Verfügung und natürlich braucht es kostenlose Weiterbildung, die von den Gewerkschaften gemacht werden, damit sind die Sozialversicherungsträger nicht aus der Pflicht entlassen. Die müssten auch ihren Anteil tun.

Frau Wiedemeyer hat heute Morgen gefordert, dass eben mehr Informationspolitik betrieben wird, auch von Seiten der Gewerkschaften, dass z. B. mehr in den Mitgliederzeitschriften über die Arbeiten der Selbstverwaltungen gesprochen wird und mehr darüber berichtet wird, was sie alle leisten. Ist das machbar? Das ist machbar, ich denke wir brauchen auch noch einmal eine breite Diskussion in den Gewerkschaften darüber, wie wir denn unsere Spielräume innerhalb der Selbstverwaltung wirklich auch nutzen können und das eben zu unserer Angelegenheit machen, was viele schon tun. Aber das kann man auf jeden Fall noch einmal verbreitern, aber das hängt auch davon ab, was haben wir denn in diesen Institutionen eigentlich zu entscheiden, oder was haben diese Institutionen denn eigentlich zu entscheiden. Die Leute fragen sich dann irgendwann, ok, und was tue ich da, was hat das denn für eine Bedeutung, was ich da an Engagement reinbringe. Natürlich nehmen wir die Vorschläge an, und es ist ja im Zusammenhang mit diesem Gutachten gelegentlich unterstellt worden, es solle das dazu dienen, um der Selbstverwaltung den Boden zu entziehen oder doch zu sehr grundsätzlichen Änderungen zu führen, da will ich aber ganz klar sagen, das war nicht die Absicht, und wer das Gutachten jetzt liest, der kennt, glaube ich, dass es auch den Gutachtern hier um eine Stärkung der Selbstverwaltung geht und keineswegs darum, der Selbstverwaltung hier den Boden zu entziehen.

Moderatorin

Aber dennoch wird ja immer wieder gesagt, also die Selbstverwaltung hat zu wenig Entscheidungsspielräume, zu wenig Gestaltungsspielräume. Da braucht sie mehr Unterstützung von Seiten der Politik. Wo sehen Sie die denn?

Frau Buntentbach:

Ja, zunächst mal will ich die Voraussetzungen etwas in Frage stellen. Es gibt ja noch Bereiche in der Selbstverwaltung, wenn ich an die Rentenversicherung denke, im Bereich der Reha-Maßnahme und im Bereich des autonomen Satzungsrechtes durchaus noch Gestaltungsspielräume, und wenn ich an die Unfallversicherung denke, im Bereich der Prävention, da gibt es ja durchaus noch Aufgaben und eigenständige Tätigkeitsbereiche, die nicht gering zu achten sind. Man darf nicht alles fokussieren auf die Frage der Beitragsfestsetzung.

Moderatorin:

Herr Lersch-Mense, Sie haben mir im Vorgespräch gesagt, Sie sind schon bereit, die Selbstverwaltung vom Ministerium aus zu unterstützen, in welchen Bereichen denn?

Herr Lersch-Mense:

So zunächst mal, sie gegen Kritik in Schutz zu nehmen und dann auch die Anregungen aufzugreifen, die zu ihrer Stärkung dienen, wobei ich nicht die Notwendigkeit sehe, nun zur gesetzlichen Änderung noch in dieser Legislaturperiode zu kommen. Wir werden das, was an Empfehlungen in dem Gutachten enthalten ist, auch unter Beteiligung der Verbände sehr kritisch diskutieren mit der Selbstverwaltung selbst sehr kritisch diskutieren und werden dann entscheiden, wo ggf. Gesetzgebungsbedarf da ist. Das Ziel muss in der Tat sein, die Selbstverwaltung auch dadurch zu stärken, dass die Sozialwahlen als wesentliches Element der Selbstverwaltung im Bewusstsein der Bevölkerung stärker verankert werden, und hier haben wir in der Tat Defizite. Wenn gleich ich auch sagen will, dass ich die Wahlbeteiligung alleine nicht für die entscheidende Frage der Legitimität oder Nichtlegitimität der Selbstverwaltung betrachten möchte, denn wir haben auch in andere Bereichen sinkende Wahlbeteiligung. Wir haben, wenn ich nur die letzte Europawahl sehe, eine Wahlbeteiligung von deutlich unter 50 Prozent. Wir haben auch schon Landtagswahlen mit entsprechend geringer Wahlbeteiligung.

Dass die vorhandenen Aufgaben und die Leistungen der Selbstverwaltung etwas mehr ins öffentliche Bewusstsein bringen, und das ist eine Aufgabe der Selbstverwaltung selbst, aber es ist auch eine Aufgabe der Politik, dazu beizutragen, und dann glaube ich, wird es uns auch

gelingen, die Wahlbeteiligung im akzeptablen Rahmen weiterhin zu halten. Ich glaube, dass das sehr viel mehr bringen wird, als manche der Vorschläge, die das Gutachten enthält, von denen ich glaube, dass sie letztendlich dem Ziel höherer Wahlbeteiligung wahrscheinlich nicht dienen wird.

Moderatorin:

Sie haben gerade noch mal gesagt, wir würden das gerne unterstützen, z. B. auch die Arbeit der Selbstverwaltung mehr in die Öffentlichkeit zu bringen. Machen Sie es konkret, nennen Sie mir ein Beispiel!

Herr Lersch-Mense:

Das Gutachten enthält ja z. B. die Anregung, die nun Herrn Rische betrifft, die wir gerne unterstützen wollen, enthält die Anregung mit der Rentenmitteilung, die ja jeder Versicherte in jedem Jahr bekommt, auf Informationen zu verteilen, über die Selbstverwaltung, d. h. ich sehe eine sinnvolle Möglichkeit. Auf der anderen Seite glaube ich, dass es notwendig ist, die modernen Medien sehr viel stärker für die Selbstverwaltung zu nutzen. Wenn ich aus dem Gutachten entnehme, dass 40 Prozent, wenn ich es richtig im Kopf habe, der Selbstverwaltung noch nicht über eine Interneterreichbarkeit verfügen, dann glaube ich, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht.

Moderatorin:

Würden Sie Unterstützung geben von Seiten der Politik?

Herr Lersch-Mense:

Wenn Unterstützen nicht bedeutet, dass wir das alles finanzieren sollen, dann (Gelächter)

Moderatorin:

Herr Knieps, ich sage es mal ganz provokant, hat Sie das Gutachten überzeugt, dass die Selbstverwaltung wichtig ist, dass daran festgehalten werden muss?

Herr Knieps:

An dem Grundprinzip will ich auch nicht rütteln. Mich haben Teile des Gutachtens überzeugt was die Veränderung des Wahlverfahrens angeht und auch was die Ausgestaltung der Organisation angeht, für unseren Bereich Krankenversicherung glaube ich, geht das Gutachten noch nicht weit genug.

Moderatorin:

Wo hätten Sie sich denn noch stärkere Änderungen gewünscht?

Herr Knieps:

Ja, die Krankenkassen sind ja in einem großen Wandel begriffen. Sie sind die einzigen Sozialversicherungsträger, die im Wettbewerb miteinander stehen. Das hat Konsequenzen für Aufgabenstruktur der Führung solcher Organisationen. Wir waren ja auch die ersten, die von einem dreistufigen auf ein zweistufiges Modell Verwaltungsrat/Vorstand gegangen sind. Mit all den Schmerzen, die damit verbunden waren. Ich war ja 15 Jahre leitend in einer Organisation der Krankenversicherung tätig und hab das miterlebt, wie schwierig das war. Aber ich glaube persönlich, dass der Weg noch nicht weit genug gegangen ist. Ich glaube, wir brauchen hier noch professionellere Strukturen auf der einen Seite, was die Führung des Unternehmens Krankenversicherung angeht. Krankenkassen sind nicht irgendein Unternehmen. Sie produzieren keine Waren, können auch nicht ihr Leistungsangebot selber bestimmen. Das ist weitgehend terminiert, und Krankenkassen haben eine soziale Verantwortung rund um diesen Spagat Unternehmenspolitik, Werbungs- und Sozialpolitik. Das ist mir im Gutachten noch nicht ausreichend abgedeckt. Hier sehe ich Diskussionsbedarf im Bereich der Krankenversicherung.

Ich persönlich würde den Weg zur Urwahl für erforderlich halten. Mich stört es als Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse sehr, dass jemand anders für mich bestimmen will, mich dort repräsentiert. Das würde ich gern selber bestimmen, ob ich mit der Arbeit derjenigen, die mich da vertreten, zufrieden bin. Aber ich bin auch nicht damit einverstanden, dass jemand anderes für mich ankreuzen würde, ob die große Koalition fortbestehen soll.

Moderatorin:

Würden Sie denn ganz gerne den Kreis der Mitglieder erweitern?

Herr Knieps:

Der Mitglieder in der Selbstverwaltung? Ja, das müsste man sorgfältig diskutieren. Ich kann mich dem Konzept der Betroffenen, der Nutzer im Gesundheitswesen, durchaus annähern. Würde aber dann eine Diskussion führen wollen, ob sich das bisherige Modell Versichertenvertretung in den Krankenkassen primär durch Gewerkschaften, Nutzervertretung im gemeinsamen Bundesausschuss durch Selbsthilfegruppen, Patientenvertreter, Verbraucherschützer, Sozialverbände, wie sich das miteinander vereinbaren lässt, ob sich das bewährt hat, ob beispielsweise Repräsentanten der Sozialverbände auch solche Listen wollen, eigene Listen aufstellen wollen. Also da könnte ich mir eine Vielfalt von Möglichkeiten vorstellen, und das würden

wir auch nicht heute oder morgen entscheiden müssen, sondern in einem Diskussionsprozess, wie der Kollege aus dem BMAS gesagt hat, über die Legislaturperiode hinaus. Hier ist ein akuter gesetzgeberischer Handlungsbedarf, sehr wohl aber politischer Diskussionsbedarf.

Moderatorin:

Hier ist auch wahrscheinlich enormer Diskussionsbedarf. Ich muss Sie aber noch zwei Minuten auf die Folter spannen. Ich bitte jetzt Julius Louven nach hier vorne zu uns ans Rednerpult zu kommen. Er ist nämlich stellvertretender Bundeswahlbeauftragter und heute Morgen nach der Diskussion hat er mich angesprochen und hat gesagt, also das kann ich hier so nicht stehen lassen. Ich muss mindestens drei Minuten Zeit haben, hier etwas klarzustellen. Die hat er jetzt. Fünf ok, aber dann ist Schicht.

Julius Louven (Stellv. Bundeswahlbeauftragter):

Sehr verehrten Damen und Herren, Hans Eberhard hat mich heute Morgen vorgestellt als sein langjähriger Kollege im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages und hat gemeint, der eine rechts der andere links. Mit rechts war ich dann wohl gemeint. Frau Fuchs hat hier ausgeführt eingangs, sie sei auch einmal Mitglied der Selbstverwaltung gewesen. Ich übrigens auch. In den 70er Jahren habe ich mich damals als Handwerksmeister selbständig gemacht. Habe meine Kreishandwerkerschaft angerufen, denn ich wollte bei den Sozialwahlen kandidieren. Und dann habe ich mir ja nicht vorstellen können, welchen Wirbel das auslöste. Der hing aber damit zusammen, dass es da Friedenswahlen gab, was ich ja nicht kannte und jetzt ein in Ehren ergrauter Obermeister, denn das waren die Arbeitgebervertreter, für mich ausscheiden musste. Das war also meine erste Berührung. Nun ist ja heute das hohe Lied der Selbstverwaltung gesungen worden, und ich bin weit davon entfernt, den Wert der Selbstverwaltung in Frage zu stellen. Aber die Frage heißt ja hier, Versagen demokratischer Verfahren und Organisationen? Und da meine ich schon, müsste man etwas intensiver dies kritisieren, und ich bin der Meinung, hier gibt es teilweise Versagen, und es kommt ja nicht von ungefähr, dass der Bundesarbeitsminister, ich glaube, es war Franz Müntefering, dieses Gutachten in Auftrag gegeben hat, weil er wohl auch sah, dass es Defizite gibt. Und schon aus dem Protokoll der Anhörung der 27, sie nennen sie Selbstverwaltungsakteure, Herr Professor, ist deutlich geworden, dass von diesen ja erheblich Kritik geübt worden ist an dem derzeitigen Verfahren. Und der Bundesrechnungshof ist ja ebenfalls tätig geworden, was einem doch zu denken geben muss. In dem Gutachten wird jetzt, und das haben wir ja heute noch mal gehört ganz deutlich, Kritik geübt. Ich nenne nur die Presseberichterstattung der vergangenen Jahre oder Jahrzehnte, das Thema Wahlbeteiligung. Wobei ja auch einmal gesagt werden muss, wenn hier die Wahlbeteiligung schön geredet wird, mit 30 oder 35 Prozent muss man ja auch

sehen, dass es eine Briefwahl ist. Wenn die Leute ins Wahllokal gehen müssten, um hier Sozialwahlen zu tätigen, würden sicherlich viel weniger an dieser Wahl teilnehmen. Die Kosten werden kritisiert und natürlich die Friedenswahlen. Und dann ist ja immer wieder davon gesprochen worden, die Handlungsräume der Selbstverwaltung seien durch die Politik eingengt worden. Das mag ja sein. Herr Rische, ich streite mich ja mit Ihnen, wissen Sie ja, aber Sie haben in einem ZDF-Interview vor den Wahlen 2005 am 2.5. gesagt, fast alle Rentenbeschlüsse im großen Konsens der Parteien, das sei das Ergebnis der Kontakte der Selbstverwaltung mit der Politik. Ich habe 22 Jahre dem sozialpolitischen Ausschuss des Bundestages angehört. 10 Jahre war ich Sprecher für meine Fraktion. Ich habe nicht ein einziges Mal eine Stellungnahme der Selbstverwaltung zur Kenntnis genommen. Es kann ja sein, dass die Selbstverwaltung daran gearbeitet hat, vielleicht wurde die Selbstverwaltung auch in Anhörungen gehört. Ich jedenfalls habe nicht ein einziges Mal eine Stellungnahme der Selbstverwaltung bekommen. Ich weiß nicht, woran es liegt. Also das Gutachten hat den Zweck über eine Modernisierung nachzudenken. Ich wage hier die Behauptung, Herr Professor, nicht in dieser, das hat der Staatssekretär schon gesagt, und auch nicht in der nächsten Legislaturperiode wird das, was Gegenstand ihres Gutachtens ist, Gesetz. Ich kenne die politisch Handelnden, und ich weiß dass sie sich in dieser Frage auch vom Kostennutzengedanken lenken lassen, und soll so ein Gesetz, das ja wenigstens 100 Seiten umfassen wird, was soll die Politiker daran reizen, an diese Aufgabe überhaupt ranzugehen. Und so meine ich, sei es auch die Pflicht, an der Veranstaltung hier auch über Alternativen nachzudenken und ich sage hier einmal, Alternativen. Wir haben 340 Sozialversicherungsträger und bei acht Trägern hat es eine Urwahl gegeben. Können wir es nicht umkehren und bei allen 340 Sozialversicherungsträgern Friedenswahlen durchführen, die dürften dann natürlich nicht Friedenswahlen heißen. Im Übrigen, Frau Kollegin Buntenbach, wir kennen uns ja auch lange genug, hat ihre Vorgängerin in ihrem jetzigen Amt dies auch schon mal zu bedenken gegeben, also nur über sog. Friedenswahlen hier weiterzukommen. Und das dies funktionieren kann, ist ja hier heute Morgen deutlich geworden durch die Vertreter der Bundesanstalt und durch die Vertreterin der AOK, die ja durch Friedenswahlen der Selbstverwaltung in ihre Ämter gekommen sind. Oder kann man nicht bei der Rentenversicherung darüber nachdenken, ähnlich wie bei der Bundesanstalt für Arbeit die Selbstverwaltung nach einem Drei-Säulen-System wie bei der Bundesanstalt durchzuführen. Wenn der Bund heute schon 78 Mrd. in die Rentenversicherung aus Steuermitteln gibt, ist es nach meiner Meinung nicht unbedeutend, dass der Bund hier in der Selbstverwaltung mitreden würde. Ich meine also, es lohnt sich über Alternativen nachzudenken, und wenn wir neue Wege gehen, einfache Wege gehen, dann könnte dies auch bedeuten, dass das Sozialgesetzbuch IV um viele Seiten dann kürzer werden würde. Schönen Dank.

Moderatorin:

Danke Herr Louven.

Beifall

Moderatorin:

Meine Damen und Herren, Mut zur Veränderung, neue moderne Wege gehen, ich denke, Sie haben mitgekriegt, was Dr. Braun in seinem Gutachten dargestellt hat. Sie haben ja gerade auf dem Podium gehört, wie unterschiedlich die Meinungen in manchen Dingen sind. Sie werden wahrscheinlich mitdiskutieren wollen. Stellen Sie Ihre Fragen an die Experten und an das Podium. Die Mikrofone, die auf den Tischen liegen, sind an.

Frau Hennesack, Mitarbeiterin bei Verdi im Bereich der Sozialpolitik.

Bin selber lange, lange Selbstverwalterin, und meine erste Sozialwahl habe ich irgendwann in den 60er Jahren mitgestaltet, noch ehrenamtlich. Zwei ganz konkrete Fragen:

Zu Ihnen, Herr Knieps, ich weiß nicht, im Wahlverfahren haben Sie gesagt, Sie möchten gerne darüber mitbestimmen, wer wann was sagt. Bei den Parteien ist es doch nicht anders. Die stellen ihre Listen zusammen, und irgendwann hat man dann die Wahl des Kreuzchens bei der, bei der, oder bei der zu machen. Ich spreche den Parteien die Legitimation nicht ab, sich darüber Gedanken gemacht zu haben, wen sie, warum, in welcher Reihenfolge aufstellen wollen. Wenn mir die ganze Linie nicht gefällt, mache ich mein Kreuz an einer anderen Stelle. Aber ich würde nie so weit gehen, dass ich den Gewerkschaften oder von mir aus auch den Arbeitgeberverbänden jetzt hier pauschal unterstelle, dass sie sozusagen, ohne jedes Nachdenken, eine Reihung von Kandidaten zur Sozialwahl machen.

Herr Knieps:

Also ich weiß ja nicht, auf welcher Veranstaltung Sie waren, davon habe ich überhaupt nicht geredet. Nein, ich habe gesagt, dass ich in meiner Krankenkasse keine Chance habe, überhaupt ein Kreuz zu machen, weil die Gewerkschaften eine Liste aufgestellt hatten.

Frau Hennesack:

Ihr Beitrag war ja nur der Aufhänger dafür, denn im Gutachten wird ja an anderer Stelle ähnlich argumentiert. Jetzt noch eine Frage an den Herrn Staatssekretär.

Die Wahlen 2011 sind zwar sozusagen für jemand, der nicht mitarbeiten muss in der Vorbereitung noch weit weg, aber für die, die sich mit den Vorbereitungen befassen müssen, z.B. Finanzierung usw. Beschlussfassung ist es nicht mehr weit weg.

Es hat uns Selbstverwaltern noch nie einer was gegeben, wir haben uns das immer erkämpfen müssen, wenn wir was haben wollten als Selbstverwaltung. Das zweite ist für den Bereich der Krankenversicherung, würde ich gerne zugeben, dass unter den Wettbewerbsstrukturen, unter den unterschiedlichen Strukturen der gesetzlichen Krankenversicherung unterschiedliche Interesse gibt. Ich darf darauf hinweisen, dass z. B. die Innungskrankenkassen ein einziges Mal seit 1943 Urwahlen gehabt haben. Ansonsten hatten wir immer Friedenswahlen. Kein Mensch hat sich darüber aufgeregt, kein Mensch hat also gedacht, das sei also unsolidarisch oder undemokratisch oder sonst was und wir haben in den Innungskrankenkassen auch nur vernünftige Arbeit gemacht und bilden uns ein, auch die Interessen der Versicherten in der Innungskrankenkasse vertreten zu haben. Das entscheidende Problem insbesondere an die Adresse des Arbeitsministeriums und das ist also auch das was Herr Braun nicht so sehr zum Tragen brachte und was Herr Wischer heute Morgen sehr deutlich gemacht hat. Was mich stört, die Politik nimmt die Selbstverwaltung nicht ernst. Seehofer hat schon gesagt, Vorfahrt für die Selbstverwaltung, aber wenn wir in den Ländern von der Politik irgendetwas erfahren, dann wird das Hauptamt eingeladen zu irgendwelchen Diskussionen. Aber die Selbstverwaltung, die findet in der Politik nicht statt und da nehme ich alle Parteien in die Pflicht. Wenn Selbstverwaltung ernst genommen werden soll, dann muss auch die Selbstverwaltung in der Politik stattfinden und das findet sie nicht. Deswegen sage ich, wir haben in den letzten 50 Jahren nicht versagt, weder demokratisches Verfahren noch in der Organisation, wir haben gute Arbeit gemacht und sollten das so lassen. Das sage ich an die Adresse des Bundesarbeitsministeriums.

Moderatorin:

Herr Lersch-Mense, Selbstverwaltung wird nicht ernst genommen in der Politik?

Herr Lersch-Mense:

Nein, das kann ich so nicht bestätigen. Ich glaube Ihnen ja, dass sie das so empfinden. Aber Sie haben es ja zum Glück auf alle Parteien bezogen, insofern bin ich Ihnen schon dankbar. Trotzdem würde ich einfach empfehlen, die Selbstverwaltung sollte sich auch aktiv an die Politik wenden. Es kann ja nicht immer nur so sein, dass die Politik auf die Selbstverwaltung zugeht.

Moderatorin:

Aber machen Sie mal einen Vorschlag, was heißt denn, aktiv auf die Politik zugehen? Sie persönlich anrufen?

Herr Lersch-Mense:

Das Gespräch suchen, Termin machen.

Moderatorin:

Jetzt gleich? Haben Sie einen Terminkalender mit?

Herr Lersch-Mense:

Ich habe keinen Terminkalender mit, aber es kommt natürlich auf den Einzelfall an. Also es gibt auch viele Gespräche, die wir mit Verbänden führen. Und auch unser Minister führt viele Gespräche und natürlich sucht er nicht die Verbände auf und sagt "Ich will mal mit euch reden", sondern die sagen "Herr Minister, wir hätten gerne einen Termin, weil wir über folgendes Problem mit Ihnen gerne mal reden würden". Und ich glaube, wenn die Selbstverwaltung auf uns zukäme mit einem konkreten Problem, über das sie gerne sprechen würde, dann werden solche Gespräche ermöglicht. Natürlich.

Moderatorin:

Okay, gibt es noch Fragen? Zum Gutachten? Zur Umsetzung? Sie haben noch eine Frage. Ich komme mal zu Ihnen. Sie haben - so glaube ich - heute Morgen über die Weiterbildung geschimpft?

Fragesteller:

Ja, das war ein Weiterbildungsseminar, und ich sage, in die Schulen gehört das Unterrichtsfach Sozialversicherung. Das können Sie immer wieder mitnehmen, das können Sie auch immer wieder von mir hören, Sie sollten das endlich irgendwann mal umsetzen. Zweiter Bereich ist: Im Rahmen der Wahlen, wenn ich Urwahl möchte, dann möchte ich in der Sozialversicherung den Wahlkampf. Das ist Urwahl. Die Friedenswahl durchführen, dann möchte ich nicht den Wahlkampf. Wenn Sie jetzt hergehen und eine Urwahl durchführen und mehr Selbstverwalter auf der Liste haben als in den Verwaltungsrat hineingehören, dann müssen die sich nachher nach dem Stimmenreport zusammenraufen. Ich muss den Versicherten beibringen, was will wer? Herr Knieps hat eben gesagt, 99 Prozent des Leistungsrechts auch in der Krankenversicherung wird gesetzlich geregelt. Wie will ich einem Versicherten klar machen, welche Auffassung ich ver-

trete, weil ich von der Verdi-Liste komme, von der Metall-Liste komme oder insgesamt vom DGB komme und dann die christliche Gewerkschaft. Wie will ich das klar machen? Und will der Versicherte das überhaupt dann hinterher? Oder diesen politischen Wahlkampf? Oder aber ist es nicht ein Stückchen mehr Entgegenkommen gegenüber dem Bürger, wenn ich ihm klarmache, was bedeutet eigentlich Friedenswahl, angefangen von den Kosten, angefangen von dem Zusammenraufen und letzten Endes, wenn Selbstverwaltung von oben runter eingesetzt wird, kann ich Ihnen sagen, wie das funktioniert. Dass derjenige, der sie einsetzt, diese Institution anschreibt und sagt, nenn mir mal einen, schreib mir mal einen auf, den wir da also irgendwo reinschicken können. Schauen Sie doch mal alleine bei der ganzen Wahlgeschichte bei der Benennung ehrenamtlicher Richter. Wie das funktioniert? Da werden Verbände angeschrieben und dann heißt es dann einfach, nenn mir mal einen. Das kann es auch nicht sein, dafür habe ich kein Verständnis. Und Onlinewahlen. In einer zunehmenden älteren Bevölkerung, auch wenn sie noch so viel mit Computern inzwischen umgeht. Sie klammern eine ganze Reihe von entsprechenden Versicherten aus. Das ist meine persönliche Erfahrung.

Moderatorin:

Lassen Sie uns erst einmal was zu Onlinewahlen sagen und dann noch mal Friedenswahl bzw. Urwahl.

Herr Lersch-Mense:

Also erstmal wird die Onlinewahl natürlich eine Option sein, sie wird ja nicht verpflichtend nur Online stattfinden können und ich teile nicht Ihr Bild unserer älteren Menschen in diesem Land. Ich stelle fest, dass da ein großes Interesse da ist, sich mit moderner Informationstechnologie zu beschäftigen und die Zahlen zeigen auch, dass es immer mehr Nutzer auch bei den Älteren gibt und Sie müssen ja sehen, die Entwicklung geht ja weiter, diejenigen, die das in jungen Jahren gelernt haben werden natürlich ganz anders damit umgehen. Ich glaube, dass das nicht nur im Bereich der Sozialwahlen elektronische Wahlverfahren eine Zukunft haben.

Moderatorin:

Ich glaube, da sind die sich auch alle einig, dass Onlinewahlen auf jeden Fall stattfinden müssen. Dann sagen Sie bitte noch was, Herr Lang, zur Urwahl bzw. Friedenswahl.

Herr Lang:

Also, ich habe vorhin ziemlich klar mich positioniert zur Bedeutung zur Selbstverwaltung. Und jetzt müssen wir aufpassen, dass dieses bedeutet, ich plädiere für weiter so. Oder ich plädiere für Stillstand. Das wäre ein Missverständnis, wir haben ja auch die Ausführungen von Wahlbe-

auftragten gehört, wie Sozialwahl wahrgenommen wurde und wahrgenommen wurde von wichtigen Multiplikatoren in der Öffentlichkeit. So ganz dürfen wir ja nicht darüber hinwegsehen, dass das auch ein Teil der Wirklichkeit ist und von daher ist es schon notwendig, bei allem Bekenntnis zu dem, was bisher war, dass das legitim war und dass das auch in Ordnung ist. Dass wir aber auch überlegen müssen, ob wir für die Zukunft neue Akzente setzen müssen. Warum nicht etwas mehr Mut zur Urwahl? Warum nicht? Und warum nicht auch, ich sage mal, mit etwas mehr öffentlicher Transparenz dessen, was diejenigen tun in der Selbstverwaltung. Das ist vom Wahlbeauftragten selbst angesprochen worden und warum der auch nicht neue Verfahren wählt. Ich will auf ein Problem aufmerksam machen. Das sind nämlich die Wählerin und Wähler, die da wählen sollen, sie sollen ja wenigstens die Wahlbewerber zur Kenntnis nehmen, die sie vertreten sollen. Nehmen die sie zur Kenntnis? Wenn ja, wo? Und wie? Also, da müsste man schon überlegen, wie sie regional sich auch präsentieren. Wie sie in den Regionen präsent sind. Wie sie sich auch um reale Probleme der Versicherten wirklich kümmern. Darüber müssen wir nachdenken, ich glaube das lohnt sich schon.

Frau Buntentbach:

Also das geht in dieselbe Richtung, weil ich glaube, dass was sich ändern muss, das liegt zum einen bei dem Spielraum der Selbstverwaltung, es liegt aber auch daran, wie die Selbstverwaltung sich in die Gesellschaft hinein auch öffnet oder verankert und da gibt es, glaube ich, was die Frage näher angeht, auch regional Einiges zu tun. Ich glaube, da lässt sich eine ganze Menge machen, was eine stärkere gesellschaftliche Präsenz der Selbstverwaltung zur Folge hat. Ich glaube bei der Urwahl, also da gehen wir davon aus als Gewerkschaften, dass wir sagen, okay, das ist da nötig und sinnvoll, wo eben wirklich auch ausreichend Kandidaturen mit inhaltlichen unterschiedlichen Positionen sind in entsprechenden Zweigen der sozialen Selbstverwaltung. Aber nicht als Regelfall für alle. Ich glaube den Wahlakt als so eine Art Simulation von Parlament kann man so nicht befriedigend lösen. Ich glaube, die Nähe der Selbstverwaltung zu den Leuten, die kann und muss man anders herstellen.

Moderatorin:

Dr. Braun, Sie haben gerade schon so gezuckt, kribbelt es Ihnen in den Händen, was zu sagen, dann machen Sie das kurz.

Dr. Braun:

Ja, ganz kurz. Mir gefallen solche Worte, die Selbstverwaltung soll sich und die Sozialversicherung soll sich gegenüber der Gesellschaft öffnen, was ich gerade eben gesagt habe. Und dann frage ich mich aber, wenn Sie dann dafür plädieren, bei manchen darf gewählt werden, bei

anderen sollte dann nicht gewählt werden, also eine klassische Form in bürgerlichen Demokratien der Öffnung von Herrschaft, welcher Art auch immer in die Gesellschaft, es sind Wahlen, wo man sich mindestens einmal in 4, 3 oder 6 Jahren wirklich Wahlkampf führen muss, eben wettbewerbliche Auseinandersetzung über Programme und ähnliches machen muss. Die Politik kümmert sich um uns nicht. Mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit hängt es auch von der Anzahl von Leuten, die quasi über Selbstverwaltung bewegt werden, ab. Wenn die Wahlbeteiligung bei 30 Prozent bleibt und alle wählen dürfen, sind eben ein paar Millionen mehr als die heute morgen löblich erwähnten 14 Millionen Wähler da und dann steht die Politik real vor der Frage, legt sie sich mit eben dann 28 Millionen an. Oder ist irgendwo dazwischen die kritische Grenze? Diese Frage, mehr Informationen über die Tätigkeiten in die Bevölkerung hineinragen. Wahlkampfahlen sind eines der erprobten Mittel in unserer Gesellschaft und ich frage mich, warum man sich ausgerechnet darum rumdrückt und tausend Ersatzlösungen erfindet mit Internet mit allem Drum und Dran, um sich darum rumzudrücken.

Moderatorin:

Danke Dr. Braun, Herr Urbaniak?

Herr Urbaniak:

Ja, ich würde ganz kurz erwähnen, wenn Herr Knieps sagt, er hatte keine Gelegenheit, seine Stimme abzugeben, weil die Kasse Friedenswahl gemacht hat. Ja, dann muss er eine eigene Liste einrichten und muss sich die Unterschriften besorgen und muss sich bewegen, dass er getragen wird von den Wahlberechtigten der Kasse. Dann ist die Urwahl da, kann doch alles gemacht werden.

Starker Beifall.

Herr Urbaniak:

Und was die Frage des Einflusses angeht. Es hat mich bei der Verwaltungsratssitzung der Technikerkasse jemand gefragt, "Können Sie uns helfen, wie wir das verbessern." Ich habe ihm kurz geantwortet "Wenden Sie sich an Ihren Abgeordneten, der muss sich da einsetzen". Wir wollen mehr Selbstverwaltung, also müssen wir, muss die Politik nachdenken, wie man das ermöglichen kann.

Starker Beifall.

Herr Knieps:

Also, Herr Urbaniak, ob ich immer dann eine neue Organisation oder eine neue Liste gründen muss, wenn ich mit der Organisation des Verbands nicht einverstanden bin, habe ich so meine Zweifel, aber Sie bringen mich auf Ideen, was ich tun werde, wenn ich mal nicht mehr die Aufsicht über die Spitzenverbände führe.

Fragesteller:

Ja, ich wollte gerne noch mal zurückkommen auf das Gutachten. Also, Herr Braun, hat gesagt, gegenwärtig hätten wir eine Beitragszahlerdemokratie und wir sollen zu einer Betroffenen-Demokratie übergehen. Ich glaube, das bisherige Prinzip ist so, dass die Beitragszahler auch die Betroffenen sind. Das ist eigentlich eine Voraussetzung der Sozialversicherung, so lange sie Versicherung ist, dass diejenigen, die Beitragszahler sind, auch die potentiellen Patienten sind und insoweit die Nutznießer der entsprechenden Versicherung. Jetzt mal nur für die Krankenversicherung gedacht. Und insoweit ist da eigentlich die Personhomogenität derer, die einerseits das Geld bezahlen, andererseits auch potentiell die Leistung in Anspruch nehmen, eigentlich ganz gut und andere haben dabei - meines Erachtens - bisher nichts zu suchen, solange innerhalb dieser Selbstverwaltung Entscheidungen getroffen werden, die etwas auch mit Geld zu tun haben und mit Leistungen zu tun haben. Das sollte eigentlich das Prinzip sein, an dem man festhalten muss. Dass es andere gibt, andere gesellschaftliche Gruppierungen beispielsweise Patientenorganisationen, Selbsthilfegruppen, deren Interessen sinnvoll berücksichtigt werden sollen, auch bei der Entscheidung der Selbstverwaltung, das steht meines Erachtens auf einem anderen Blatt und da gibt es ganz andere Wege, wie deren Interessen sozusagen zu Worte kommen können, wie gefördert werden kann, dass die Selbstverwaltung sie berücksichtigt, das kann ggf. auch erzwungen werden. Ich habe aber noch zwei andere Bemerkungen: Das eine, das hat Herr Knieps schon angesprochen. Die Krankenversicherung hat insoweit in der Selbstverwaltung eine Besonderheit als es konkurrierende Trägerinstitutionen gibt. Stichwort, gemeinsamer Bundesausschuss. Und es ist eine große Schwierigkeit für alle Beteiligten einerseits dieses Gemeinsame und aber auf der anderen Seite auch das Wettbewerbliche unter einen Hut zu bringen, weil es letzten Endes dieselben Personen sein müssen, die diesen Spagat auch bewältigen. Und als allerletzte Sache, das ist eigentlich eine Frage an Herrn Lersch-Mense, wenn man in dieser Wahlperiode keine große Reform der Selbstverwaltung mehr plant. Wenn man das dann in der nächsten Wahlperiode machen sollte, dann ist, wenn ich richtig gerechnet habe, der nächste Selbstverwaltungswahltermin Anfang Juni 2011. Angesichts der langen Vorlaufzeiten hinsichtlich der Listenaufstellung und dergleichen, insbesondere solange das System der Friedenswahlen beibehalten wird, das dauert fast 1 ½ Jahre, wenn eine Reform

in der nächsten Wahlperiode noch kommen sollte, wie wird die? Und wirkt sie nicht erst sozusagen auf Verhältnisse, die von heute aus in 7 oder 8 Jahren sind?

Herr Lersch-Mense:

So habe ich das eben zu sagen versucht.

Moderatorin:

So haben Sie es gemeint?

Herr Lersch-Mense:

Erst in der nächsten Legislaturperiode und nicht mehr wirksam für die Sozialwahlen 2011, weil dazu die Zeiträume dann zu kurz sind.

(Zwischenruf)

Klare Aussage war das!

Mitglied im Verwaltungsrat der Barmer Ersatzkasse.

Krankenkassen und Sozialversicherung sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. Und die Selbstverwalter wirken damit auch bei der Umsetzung von Politik und bei dem Funktionieren von Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Parteien wirken an der Willensbildung des Volkes mit, die lassen sich ihre Wahl bezahlen. Warum wollen Sie den Selbstverwaltern bei den Wahlen nicht auch einen Zuschuss geben? Über die Höhe kann man ja reden. Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt macht mir viel mehr Sorgen, nämlich, wenn es um die Frage geht und das hängt auch mit dem Selbstverständnis von Selbstverwaltung zusammen. Ich verstehe nicht das Gezeiere der Selbstverwaltungsgremien, wenn es um Ur- oder Friedenswahlen geht. Also wenn ich die Wahl habe, dass die Politik wie bei der Bundesagentur für Arbeit bestimmt, wer da die so genannte Selbstverwaltung macht oder ob ich Urwahlen habe, dann entscheide ich mich für Urwahlen. Und deswegen stimme ich auch dem Gutachten zu. Das Gutachten hat ja nicht für alle Versicherungsbereiche Urwahlen, sondern schlägt vor, in der Krankenversicherung und der Rentenversicherung mit überregionalen Trägern. Ich kann mir bei Betriebskrankenkassen, ganz gut Friedenswahlen vorstellen. Aber alles andere finde ich ein undemokratisches Verhältnis. Warum sollen die Mitglieder aller Kassen nicht wählen dürfen, und eben bei den Ersatzkassen und den bundesweit tätigen Versicherungsträgern haben wir schon immer Urwahlen gehabt. Entschuldigung und das hat funktioniert. Warum soll es bei anderen, die bisher Friedenswahlen hatten, z. B. bei der Landes-AOK, nicht funktionieren? Bevor mir die Regierung vorschreibt, wer mich vertritt, da möchte ich da schon lieber die Möglichkeit haben, zu wählen.

Beifall

Moderatorin:

Herr Lang, Sie haben gerade genickt? Herr Knieps, wollen Sie kurz noch etwas darauf sagen?

Herr Knieps:

Ich habe schon mal gesagt, ich halte das für völlig unrealistisch, jetzt zu Herrn Steinbrück zu gehen und zu sagen "Ich will das Geld aus dem Bundeshaushalt dafür haben". Wer ein bisschen die Geschichten kennt, wo es um Steuerzuschüsse für gesamtgesellschaftliche Leistungen ging, rein in die Kartoffeln - raus aus den Kartoffeln, wieder rein in die Kartoffeln, weiß, auf welch brüchiges Eis man sich da begibt, und ich halte auch den Vergleich zu Parteienfinanzierung für äußerst schwierig.

Moderatorin:

Also klare Absage an die finanzielle Unterstützung?

Herr Knieps:

Ja

Ludwig Huber, GEK Verwaltungsrat:

Zwei Themen. Das eine ist die Frage der Professionalität. Mit diesem Argument Professionalität ist dabei der Lahnstein Kompromiss dahingehend, dass der ehrenamtliche Vorstand wie in der BG zum hauptamtlichen wurde und diesem wird heute mangelnde Professionalität unterstellt. Oder ist es die verbleibende Selbstverwaltung, der Verwaltungsrat, der vom Gesetz her viermal im Jahr tagt. Welche Professionalität soll er denn entwickeln? Natürlich wird das nie professionell sein, dafür sind die Vorstände da. So, das zweite Thema mit Wahlen: Manche Diskussionsbeiträge bedrücken mich immer ein bisschen. Nämlich, die blenden aus, welche Situation wir seit der letzten Reform denn haben. Nämlich, wir haben nicht mehr in Bayern 36 Ortskrankenkassen, sondern nur eine. Wir haben nicht mehr 2.000 und noch was Kassen, sondern wir haben 200 in etwa. Und was das Schlimme ist und jetzt bleibe ich mal bei dem, was sich da getan hat in den letzten Jahren bei einzelnen BKKs, nämlich in einem Jahr 5 oder 6 Fusionen. Wer wählt wann wie wo was? Das sind die Fragen, die nicht beantwortet sind. Ist der Kleine, der irgendwo überlebt hat, zwischenzeitlich die Kasse mit heute 1 Million Mitgliedern. Wer legitimiert was? So das sind die schlüssigen Dinge, die beantwortet sein sollen. Nicht die Frage, ob Urwahl im letzten Eck oder da oder dort.

Moderatorin:

So, vielleicht noch mal ganz kurz was zur Professionalität. Da würde ich doch gerne noch um eine Stellungnahme bitten. Herr Lersch-Mense oder Herr Lang? Oder beide?

Herr Lang:

Also, ich denke, die Professionalität, ich habe es ja vorhin nicht angezweifelt bei denjenigen die in der Selbstverwaltung sind, die mit großer Leidenschaft und mit auch richtig großer Kompetenz dort tätig werden. Aber da werden ja komplexe Systeme gesteuert. Mit immer wieder neuen Rechtsvorschriften, mit Veränderungen, mit gesellschaftlichen Veränderungen. Ich denke, sich mit denen auseinanderzusetzen, damit man auch - wenn es geht - auf gleicher Höhe, auf gleicher Augenhöhe mit dem Profi, mit den Hauptamtlichen, auch wirklich sich auseinandersetzen kann, also ich glaube, da ist zwischen uns kein Unterschied, dass da zusätzliche Informationen, zusätzliche Qualifizierung, notwendig ist als Daueraufgabe, damit eben Selbstverwaltung auch auf gleicher Ebene stattfinden kann und die versicherten Interessen auch gegenüber den Hauptamtlichen vertreten werden können. Ich glaube, dass wir da keinen Streit haben.

Moderatorin:

Herr Lersch-Mense, vielleicht können Sie gleich noch Stellung dazu nehmen. Wir haben hier noch eine Frage, vielleicht kann man das miteinander kombinieren?

Ralf Götze, Universität Bremen:

Ich kann das beim 140er Verein schon verstehen, dass da das Interesse nicht ganz so groß ist. Allerdings komme ich auch aus einem ganz kleinen Dorf von 10.000 Einwohnern und da gibt es schon so etwas wie eine Friedenswahl für's Kommunalparlament. Ich finde schon, das ist eine Größe, die manche BKK übertrifft, bei weitem übertrifft und selbst da werden demokratische Wahlen abgehalten. Deshalb kommt es jetzt zum Hauptpunkt hin, nämlich dass ich mich hier wirklich erschreckt habe bei dieser Versammlung, dass die Friedenswahlen noch so einen starken Rückhalt haben. Ich hätte verstanden, wenn viele andere Punkte des Gutachtens als sehr kritisch angesehen wurden. Das konnte ich aus der Perspektive nachvollziehen, aber dass dermaßen für die Friedenswahl weiterhin eine Lanze gebrochen wird, kann ich meiner Auffassung nach her nicht verstehen. Wenn ein Gremium sich überflüssig machen will, dann muss es so handeln, dass es möglichst große Distanz zu seiner Bevölkerung aufbaut bzw. zu einem Versicherten, und ich finde mit der Weigerung, Urwahlen auch bei Bereichen, wo bisher Friedenswahl üblich war, durchzuziehen, finde ich, tut man sich keinen Gefallen, sondern vergrößert

ßert die Distanz und ermöglicht den staatlichen Eingriff. Also deswegen, ich verstehe einfach nicht, wie dieser Punkt so dermaßen hier noch Zustimmung finden kann.

Moderatorin:

Dr. Braun, Sie haben genau das gesagt? Sie haben gesagt, Sie verstehen auch nicht, warum das die ganze Zeit so kontrovers diskutiert wird? Wer kann da eine Antwort geben? Frau Bunttenbach?

Frau Bunttenbach:

Wenn ich mir jetzt angeschaut habe, was das Gutachten im Wesentlichen tut, dann stellt es ja die Frage des Wahlaktes sehr ins Zentrum dessen, was nötig ist, um in Zukunft die soziale Selbstverwaltung eben besser zu legitimieren in der Bevölkerung. Und ich glaube dass es so eben nicht funktionieren wird. Ich habe vorhin gesagt, dass ich da, wo Urwahlen wegen der entsprechend unterschiedlichen Kandidaturen-Problematik Sinn machen, ich das auch für gut und richtig halte. Ich glaube aber in dem Moment, wo man den Wahlakt überall sozusagen zur zwingenden Voraussetzung macht, man deswegen noch nicht mehr Menschen für die soziale Selbstverwaltung interessiert hat. Man muss sich doch mal ernstlich angucken, wie kann denn so ein Wahlkampf dann aussehen? Vielmehr als das, was als Wahlkampf bis jetzt passiert ist bei Selbstverwaltungswahlen, wird ja dann auch nicht der Fall sein können und ich glaube, es geht darum, dass man über die Arbeit die Leute erreicht.

Moderatorin:

Also, Sie denken nach wie vor, es muss beides gehen?

Frau Bunttenbach:

Ja, aber ich glaube, man muss sich auf die Kontakte, die Nähe zur Bevölkerung, zu den Versicherten eben konzentrieren, und da muss man sehen, dass man eine gute qualifizierte Arbeit macht und dafür den entsprechenden Spielraum hat. Deswegen glaube ich, also jetzt so sehr auf den Wahlakt zu gucken, das ist eine, finde ich, falsche Übertragung von dem, was im Parlament dann zur Legitimation dient auf diesen Bereich Sozialwahlen. Ich glaube, dass das so nicht funktionieren wird.

Jörg Ide, Techniker Krankenkasse:

Zunächst mal, bevor ich auf das eingehe, was Herr Louven gesagt hat, ein Wort zu Ihnen Herr Knieps. Kommen Sie zu uns. Werden Sie bei uns Mitglied, dann können Sie sofort wählen. Da müssen Sie keine Liste gründen und gar nichts (Gelächter). Sehr schön.

Zu Herrn Louven ganz klar und deutlich, ohne unhöflich zu sein, ich finde es beschämend, Herr Louven, wenn ein langjähriger Vertreter der deutschen Politik sich öffentlich gegen Urwahlen ausspricht. Ich finde es nicht in Ordnung und möchte an dieser Stelle, um einen Kontrapunkt zu setzen, Herrn Urbaniak ausdrücklich für seinen Einsatz danken, den er hier für den Erhalt der Sozialwahlen leistet (starker Beifall). Wir alle hier bei den Kassen, aber auch die Leitung des Bundesarbeits- und des Bundesgesundheitsministeriums, sollten uns bei dem Bundeswahlbeauftragten für seine Arbeit und fachlichen Ratschläge bedanken (starker Beifall). Da müssen sich Andere lange strecken, um ihm das Wasser zu reichen. Ich finde es überhaupt, und da bin ich bei meinem Vorredner auch ziemlich nahe, dass wir uns hier in der Bundesrepublik darüber unterhalten, ob wir ein ureigenes Prinzip der Demokratie, wo uns viele, viele Länder drum beneiden, dass wir das hier in dieser Form überhaupt diskutieren. Wollen wir wählen oder nicht? Mich wundert nicht, dass diejenigen, wo Friedenswahlen, das Wort an sich ist ja schon merkwürdig, Wahlen ohne Wahlhandlung stattfinden, wenn die sagen, hat doch bei uns funktioniert. Es geht auch nicht darum, dass es da nicht funktioniert, das stellt hier kein Mensch in Abrede. Ich wunder mich allerdings, wenn grad in so einer Selbstverwaltung monatelang diskutiert wird in Richtung Öffentlichkeitsarbeit, wollen wir irgendetwas in unserer Mitgliederzeitschrift machen oder sonst irgendwas. Auch das ist nicht zu verstehen. Das ist bei uns überhaupt kein Thema beispielsweise. Nun will ich aber nicht auf die ganzen Vorzüge der TK eingehen. Dann wäre ich heute Abend noch nicht am Ende (Gelächter).

Moderatorin:

Aber gibt es denn etwas wo Sie sagen, da lässt sich jetzt mal drüber diskutieren, darüber müssen wir reden.

Herr Ide:

Zwei Dinge dazu, erstens, grade in Bezug auf die Urwahl und auf die Friedenswahl ist es ja nicht so, so war ja auch der Vorschlag nicht zwingend zu verstehen bzw. man kann ihn in der Folge um etwas zu erreichen, auch anders diskutieren. Ich kann ja sagen, zunächst einmal als ersten kleinen Schritt ermöglicht es mir, überhaupt zur Wahl antreten zu können, indem die vorhandenen Hemmnisse abgesenkt werden. Sprich Senkung Unterschriftenquorum. Das wäre ja beispielsweise ein Ding, denn wer schafft es schon, als Privatperson ein Unterschriftenquorum von 2.000 unterstützten Unterschriften beizubringen, selbst bei einem großen Bekanntenkreis dürfte das relativ schwierig werden. Dann zum Thema Bekanntheitsgrad der Sozialwahlen in der Öffentlichkeit. Eben schon beschrieben, wo soll denn die Öffentlichkeit herkommen. Und insofern ist auch der Vergleich zu sonstigen politischen Wahlen schlicht und ergreifend unzu-

lässig. Wenn in der Bundesrepublik Bundestagswahlen sind, sind halt, ich sage ca. 62 Millionen Bürger wahlberechtigt. Hier sind es eben schon bezogen auf die Krankenkassen von ungefähr 180, wo ein deutlicher Teil überhaupt von Sozialwahl noch niemals im Leben etwas gehört hat, weil die sich halt eben vorher einigen, wo soll denn da die Öffentlichkeit herkommen. Das heißt also von meiner Seite aus, um das noch mal auf den Punkt zu bringen, klares Votum dafür, dass zumindest im ersten Schritt das Quorum beispielsweise abgesenkt wird und möglicherweise noch ein zwei weitere begleitende Maßnahmen geschaltet werden, die einen einfacheren Zugang zur Wahl ermöglichen.

Moderatorin:

Was halten Sie davon? Bitte sehr, Herr Lang.

Herr Lang:

Also das Gutachten äußert sich ja in die Richtung, zu sagen, das Quorum ist angemessen und ist durchaus vergleichbar anderen Quoren bei anderen Wahlen, ich könnte mir durchaus vorstellen, dass man über ein niedrigeres Quorum reden kann, auch um eben zu befördern, dass es mehr konkurrierende Listen gibt und mehr Urwahlen stattfinden können. Denn eins ist klar, Urwahlen sind der demokratische Idealfall. Wir sollten nur nicht den Umkehrschluss ziehen und ich glaube, das ist hier auch so ein bisschen die Sorge, dass wir sagen, überall wo Friedenswahlen stattfinden oder in der Vergangenheit stattgefunden haben, ist keine echte demokratische Legitimation der Selbstverwaltung vorhanden. Das würde sicherlich zu weit gehen. Vor einem möchte ich Herrn Braun auch noch warnen. Ich glaube nicht, dass die Versuche, das Wahlverfahren komplexer zu machen und Personalentscheidungen möglich zu machen, durch Kumulieren Panaschieren Präferenzstimme, dass die uns wirklich weiterführen werden, denn da ist ja schon richtig der Hinweis, dass Sozialwahlen anders zu beurteilen sind als politische Wahlen, wo eine sehr viel intensivere Wahlwerbung stattfindet und auch mehr Geld vorhanden ist.

Moderatorin:

Gut, hat hier irgendjemand eine Frage?

Jens Büttner, Landesunfallkasse Niedersachsen:

Ich bin da alternierender Vorsitzender der Vertreterversammlung. Wenn wir mehr Demokratie in der Sozialversicherung wollen, ich denke, dann ist gar nicht mehr so wichtig, ob wir Friedenswahlen haben oder Urwahlen, sondern wichtig ist, dass wir in der Nähe der Versicherten sind, dass wir akzeptiert werden von den Versicherten und ich denke, da hat die Politik ein falsches

Zeichen gesetzt, dass sie Berufsgenossenschaften von einst über 30 Berufsgenossenschaften auf 9 zurückgedrängt hat. In der Krankenversicherung läuft etwas ähnliches ab. Bei den Unfallversicherungsträgern der öffentlichen Hand geht es ebenfalls in die gleiche Richtung. Grade auch im Bereich der gewerblichen Berufsgenossenschaften, da hatte man das Branchenprinzip, das jetzt allmählich in einigen Bereichen in einen Gemischtwarenladen umgewandelt wird und ich denke, das ist etwas, was auch dazu beiträgt, dass man von den Versicherten wegkommt. Ansonsten ist es so, dass eben die Gebiete, für die die Versicherungen zuständig sind, auch immer größer werden und damit die einzelnen Unfallversicherungsträger oder überhaupt Sozialversicherungsträger immer weiter weg sind von den Versicherten und hier sehe ich eine Diskrepanz und ich möchte da gegen gerne mal von der Politik wissen, ob sie nicht auch diese Diskrepanz sieht und wie man dagegen steuern soll.

Moderatorin:

Bitte sehr Herr Lersch-Mense, dann anschließend Dr. Braun, aber vielleicht nur kurze Antworten weil wir ja noch einige andere Fragen haben, die ich gerne noch stellen würde.

Herr Lersch-Mense:

Ja, kurze Antwort, das sehe ich anders. Ich glaube, dass der Konzentrationsprozess im Bereich der Trägerorganisation notwendig ist, weil wir auch im Interesse der Versicherten und der Beitragszahler natürlich für eine möglichst effizientere Organisationsstruktur sorgen müssen und dazu trägt dieser Konzentrationsprozess hoffentlich bei. Es werden etwas weniger Funktionen in der Selbstverwaltung nachher da sein. Aber das finde ich ist hinnehmbar.

Dr. Braun:

Also auch zu Ihrer Frage und zu der Frage Professionalität von Selbstverwaltung. Es gibt Untersuchungen aus anderen Bereichen, nicht aus Ihren Bereichen, dass, je höher die Nähe zu den jetzt in Ihrem Fall Versicherten oder Konsumenten oder normalen Arbeitnehmern ist, desto treffsicherer sind Urteile und Bewertung der Situation. Mehr Professionalität und weniger Nähe zu Versicherten wäre falsch. Die Studie die gemacht wurde ist, dass die Prognosefähigkeit von Biertischen von Stammtischen für die wirtschaftliche Entwicklung höher ist als die aller wirtschaftswissenschaftlichen Institute.

(Beifall und Zwischenruf:

„Keine gute Voraussetzung für das Gutachten!“)

Dr. Braun:

Und das hat viele Gründe und ein Grund ist, dass diese Stammtische näher an realen ökonomischen mikroökonomischen Prozessen dran sind, das ist jetzt zwar spaßig, aber ich würde auch hier behaupten, wenn wir hauptamtliche Selbstverwalter einführen würden, so würden wir nicht den Zuwachs an Wirksamkeit, an Effizienz und Akzeptanz bekommen, den man damit verbindet.

Hubert Ringhoff, Verwaltungsrat einer Krankenkasse:

Ich höre jetzt in der fünften Stunde diese wohltemperierte Diskussion. Und mir scheint das zu großen Teilen eine Geisterdiskussion zu sein. Als wenn es den Einheitsbeitragssatz und den Fonds, der zum 1. Januar 2009 kommt, als wenn es den zurzeit gar nicht gäbe. Wir unterhalten uns hier über schön Wetter. Die aktuelle Situation ist fürchterlich. Für mich jedenfalls. Aber wir mögen ja ein ganz neues Bewusstsein, ein ganz neues Aufgabenfeld kriegen im nächsten Jahr, um diese Zeit, wenn dann die Versicherten alle ganz fürchterlich schimpfen und wütend sind, dann können wir die einzeln aufs Knie setzen und können die streicheln und trösten.

Moderatorin:

Was würden Sie sich denn wünschen?

Herr Ringhoff:

Was ich mir wünschen würde? Dass man über den Fonds, über diese Nebeneinrichtung eines Finanzamtes, dass man sich da mal drüber unterhält, wie weit denn da den Selbstverwaltern die Möglichkeit gegeben wird, etwas zu gestalten. Sei es mit dem Beitragssatz, sei es aber auch ganz einfach damit, was sie ihren Leuten offerieren können und was nicht.

Moderatorin:

Herr Knieps, welche Möglichkeiten hat Selbstverwaltung?

Herr Knieps:

Also erstens, diese Diskussion haben wir im letzten Jahr geführt und dann hat es ein Gesetz gegeben und das Gesetz gilt für alle und wirklich.

Zweitens, die Selbstverwaltung kann auch in einem Fondssystem gestalten. Denn sie wird ja keine Punktlandung machen, dass jede Krankenkasse die Zuweisungen bekommt, die sie exakt bei eigener Haushaltsplanung hätte, sondern die Krankenkasse muss wirtschaften können. Sie kann dieses durch erheblich erweiterte Spielräume und nicht verengte Spielräume, durch die Vertragsgestaltung mit Leistungserbringern. Wir haben zum ersten Mal auf die Kassenebene

die Möglichkeiten gesetzt, direkt mit Ärzten zu verhandeln, direkt mit Krankenhäusern zu verhandeln, die Pharmaindustrie einzubeziehen, die Pflegeversicherung einzubeziehen. Bisher immer ein Geschäft für Verbände, also es gibt 'ne Vielzahl von Gestaltungsmöglichkeiten, wo Selbstverwaltung mitmachen kann und es muss auch mit 'nem Mythos mal aufgeräumt werden. In der Vergangenheit wurden 92 Prozent der Einnahmen in den Risikostrukturausgleich abgeführt. Im Fonds werden das 100 Prozent der Einnahmen sein. Auf der Ausgabenseite waren es bisher Standardisierungen nach Alter und Geschlecht, jetzt kommt hinzu nach Morbidität, nach dem Kernproblem der gesetzlichen Krankenversicherungen. Also der blaue Himmel war bisher nicht über den gesetzlichen Krankenkassen, sondern sie mussten sich in einem Finanzrahmenkonzept mit Risikostrukturausgleich verhalten. Dass das insbesondere der Techniker Krankenkasse nicht gefällt, das wissen wir. Sie ist bis zum Bundesverfassungsgericht gegangen und hat da mehr als deutliche Anmerkungen ins Stammbuch geschrieben bekommen.

Moderatorin:

Jetzt haben Sie sich richtig in Rage geredet.

Warten Sie mal eben, Frau Buntenbach, wir haben hier noch eine Frage, die Sie vielleicht noch anschließend mit beantworten können.

Günther Weber, Gmünder Ersatzkasse, Selbstverwaltung:

Herr Dr. Braun, mich hat erschüttert, und das sind ja wohl reale Zahlen, dass sich nur 360 Selbstverwalter auf ihren Fragebogen gemeldet haben. Das ist eigentlich die Menge, die hier heute Morgen im Raum saß. Und dann muss man sich ja also mal fragen, wie viele eigentlich von uns diesen, der zwar anderthalb bis zwei Stunden Zeitaufwand gebraucht hat, Fragebogen eigentlich wieder zurückgeschickt haben. Also wir müssen uns mal als Selbstverwalter selbst fragen, was tun wir eigentlich in unserer Selbstdarstellung und wie werden wir eigentlich wahrgenommen oder dann gar nicht wahrgenommen, wenn wir so wenig auf solche Dinge eingehen, wo wir vielleicht ja ein wenig politischer gestalten könnten. Das mal so als ketzerische Anmerkung. Das zweite, Herr Knieps, auch wenn es Sie unheimlich nervt, aber was meinen Sie, was uns Selbstverwalter das nervt mit diesem Scheiß Gesundheitsfonds (starker Beifall). Das Königsrecht der Selbstverwalter nehmen sie uns weg, indem sie uns haushalts- und finanztechnisch gestaltend kastrieren. Und ich denke, das ist der einzige Aufruf an die Politik, an die Volksvertreter, und dass sie da einmal Politik machen für das Volk und nicht gegen das Volk, das sehe ich als starke Beeinträchtigung, hier sollten Sie einmal nachlegen, der einzige Wunsch an die Politik, dies zu revidieren. Schönen Dank.

Moderatorin:

Ich würde gerne jetzt hier eine Schlussrunde damit verbinden. Denn ich finde, das ist eigentlich ein gutes Wort gewesen, zu sagen, so, man soll an die Politik appellieren, eben auch für die Bürger, für die Selbstverwaltung Politik zu machen. Vielleicht können Sie ein kleines Resümee ziehen, Herr Knieps. Nach der heutigen Diskussion, nach dem Gutachten, das sie ja kennen, was würden Sie sagen, was kann getan werden von Ihrer Seite aus, wo können sie unterstützen und worauf muss sich Selbstverwaltung einstellen.

Herr Knieps:

Also Selbstverwaltung muss sich auf Wandel einstellen. In dem großen Roman und Film „Der Leopard“ sagt der alte Fürst sinngemäß: „Wer das Heutige erhalten will, muss sich permanent verändern.“ Ich sehe zugespitzt zu viel Stillstand in der Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltung muss sich verändern.

Moderatorin:

Sagen Sie es doch konkret: Was?

Herr Knieps:

Mehr Öffentlichkeitsarbeit betreiben, demokratischer werden, transparenter werden, sich auch um Kerndinge kümmern, beispielsweise im Gesundheitswesen, wo ist der Aufschrei der Selbstverwalter, dass ihre Versicherten beim Facharzt unzulänglich behandelt werden und lange warten müssen? Da muss sich die Politik um etwas kümmern, was ureigenste Aufgabe der gesetzlichen Krankenkassen ist. Das ist nämlich zu regeln im Bundesmantelvertrag zwischen den Krankenkassen und den Kassenärzten und, und, und - ich könnte hier den Saal über Stunden beschäftigen mit Beispielen, das muss sich die Selbstverwaltung gefallen lassen. Wir zahlen mit gleicher Münze zurück, wie Sie uns kritisieren. Machen Sie Ihren Job, dann müssen wir relativ wenig Job machen.

Moderatorin:

Okay, das war ein ganz klarer Appell. Sie machen Ihren Job. Was können Sie machen, um die Selbstverwaltung zu unterstützen?

Herr Knieps:

Dann können wir uns überlegen, ob die Rahmenbedingungen so sind, dass Selbstverwaltung alles machen kann mit dem Fonds.

Moderatorin:

Auf den Fonds will ich jetzt gar nicht mehr zu sprechen kommen. Ich möchte gerne von Ihnen wissen, wo Sie unterstützend tätig sein können für die Selbstverwaltung.

Herr Knieps:

Das ist nicht Job der Bundesregierung oder der Politik unterstützend für die Selbstverwaltung tätig zu sein. Wir bereiten Gesetze vor, damit Selbstverwalter ihre Arbeit machen können und dann müssen wir in den Dialog kommen, ob diese Gesetze die Arbeit der Selbstverwaltung erschweren oder erleichtern und nicht Ersatzkriegsschauplätze führen über Dinge, wie beispielsweise Finanzverantwortung, wo seit langem Ströme anders laufen als hier dargestellt. Also ganz klar, die Selbstverwaltung muss erst mal agieren und dann sind wir bereit, zu unterstützen.

Moderatorin:

Frau Buntenbach, nach der heutigen Diskussion mit dem Gutachten von Dr. Braun, was würden Sie sagen, was sind die nächsten Punkte, die ganz schnell und gravierend umzusetzen sind?

Frau Buntenbach:

Also ich glaube, das klar ist, dass bei der Frage der Transparenz der Selbstverwaltung, der Nähe zu den Versicherten, wir hier noch breiter diskutieren müssen und unsere Spielräume entsprechend ausschöpfen müssen. Dazu gehört dann eben auch die entsprechende Qualifizierung, dazu gehört auch die, sagen wir auch mal, die Öffnung in eine gesellschaftliche Diskussion hinein, wobei ich aber nach wie vor der Auffassung bin, wir brauchen keine Betroffenen-Selbstverwaltung, sondern wir brauchen eine Selbstverwaltung der Beitragszahler, wobei ich da gerne bereit bin, noch einmal zu diskutieren, dass man das anders macht, wenn wir eine Bürgerversicherung machen und dann mehr einzahlen. Aber ich glaube, hier gibt es für die Selbstverwaltung in der Tat eine Menge weiterzuentwickeln und ich glaube, da lässt sich eben gute Arbeit erheblich besser machen, ich will aber auch eins noch dazu sagen, zu dem Rahmen, den wir gesetzlich haben, und zwar am Beispiel dieses Fonds. Ich weiß, Sie wollten darauf nicht mehr eingehen, aber einen Satz müssen Sie mir schon noch gestatten. Ich weiß, dass das Gesetz verabschiedet ist. Wir sind alle gespannt auf den Risikostrukturausgleich, dem mobilitätsorientierten, ob er denn wirklich den Lastenausgleich zwischen den Kassen so bringt, wie es dringend nötig ist, damit die Versorgerkassen nicht überfordert werden, aber ich sage auch, es ist klar, dass eben mit diesem Gesetz die Selbstverwaltung ein Stück ihrer Legitimation nach außen auch verloren hat. Wir wirken da mit, das ist auch nicht die Frage, wir tun das, was man in dem Rahmen tun kann. Aber nicht nur bei der Frage der Beitragssatzfestlegung haben wir in

Zukunft ein Problem, sondern auch dann, wenn klar ist, dieser Fonds wird nicht hundertprozentig ausfinanziert, sondern wir haben eine strukturelle Unterfinanzierung der Krankenkassen zu bewältigen und die können dann darauf nur reagieren im Rahmen dieses Gesetzes mit Zusatzbeiträgen und dem, was sie eigentlich heute gar nicht mehr entscheiden können. Da ist für mich schon noch einmal wichtig, da hat die Politik schlicht den schwarzen Peter bei den Kassen abgelegt und hat gesagt, ihr wirtschaftet nicht anständig, ihr seid schuld und dass ihr schuld sein werdet, das weiß ich jetzt schon für in zwei oder drei Jahren. Das geht überhaupt nicht, wenn man die Selbstverwaltung unterstützen und legitimieren will, sondern da muss man der Selbstverwaltung auch die entsprechenden Spielräume geben.

Moderatorin:

Ich komme zuerst zu Ihnen Herr Lange. Nach der heutigen Diskussion mit dem Gutachten von Dr. Braun, wo sehen Sie die nächsten Handlungs- und Gestaltungsräume für die Selbstverwaltung.

Herr Lang:

Auf zwei Ebenen, ich glaube, wir haben auch vorher die eine Frage gehört: Die Veränderung in der Gesellschaft, die Veränderung der Organisation in der Sozialversicherung, muss auch Veränderungen nach sich ziehen bei denen, die wir in der Selbstverwaltung wahrnehmen, d. h. wenn jetzt die Organisationen größer werden, wenn sie scheinbar weiter weggehen von der Bevölkerung, dann müssen wir mehr wiederum über die Selbstverwaltung zu den Menschen hingehen, also müssen wir schon überlegen, wie kommen wir mehr an die Wählerinnen und Wähler, denn um die geht es ja auch um die Wählerinnen und Wähler auch für Selbstverwaltung, ran, d. h. Dezentralisierung auch der Kommunikation, Kommunikation vor Ort, um die Menschen konkret dort an den Problemen, die sie alltäglich mit ihren Sozialversicherungen haben, zu unterstützen. Ich glaube, dass dann die Wahlbeteiligung steigt, ganz gleich jetzt, welche Wahl, wobei ich ja eine Priorität bei Urwahlen habe, bin ich sicher, werden wir auch die Menschen wieder näher erreichen. Aber ich will noch einen Aspekt sagen. Der entscheidende Punkt ist natürlich, wenn wir der Selbstverwaltung die Möglichkeit nehmen bei der Gestaltung, dann dürfen wir sie anschließend nicht beschimpfen, wenn sie ggf. dagegen opponiert. Also das dürfen wir nicht.

Moderatorin:

Herr Lersch-Mense, jetzt sind alle gespannt, was sie erzählen wie Politik denn unterstützen kann in Zukunft. Die Frage ist ja heute mehrmals gestellt worden.

Herr Lersch-Mense:

Ja, ich habe sie ja schon mehrfach dahingehend beantwortet, dass wir natürlich die Selbstverwaltung in ihren Strukturen erhalten wollen, dass wir sie auch in Schutz nehmen wollen gegenüber Angriffen, die sie in Frage stellen und dass wir die Vorschläge aus dem Gutachten, die sinnvoll sind, und überhaupt alle Vorschläge einer breiten Diskussion mit den Verbänden und mit den Parteien öffnen wollen und dann schauen werden, was daraus wirklich zur Stärkung der Selbstverwaltung beitragen kann und was eher problematisch ist. Ich glaube, dass in der Tat im Bereich der Information, der Transparenz die wesentlichen Ansatzpunkte darin liegen, die Selbstverwaltung in der Zukunft zu stärken.

Moderatorin:

Herr Dr. Braun, Sie haben das Gutachten vorgelegt, am Anfang war doch sehr viel Unstimmigkeit und jetzt haben wir uns unheimlich viel über Sozialwahl und Friedenswahl unterhalten, weniger über die strittigen Punkte. Dann noch mal: Wo würden Sie denn sagen, muss Selbstverwaltung ganz konkret ansetzen, wo erwarten Sie, dass da wirklich hart dran gearbeitet wird?

Dr. Braun:

Also ich erwarte schon, dass zum einen die hier schon mehrfach betonte Transparenz und zwar eine umfassende und auch relativ kontinuierliche Transparenz ihrer Arbeit organisiert wird, egal ob sie es selber machen, ihre Vorstände das machen, Politikverbände das machen. Denn es ist so, wenn 44 Prozent der Bevölkerung nichts mit ihnen anfangen können, aber die restlichen, die was mit Ihnen anfangen könnten, 66 Prozent, finden ihre Arbeit wichtig im Sinne von Demokratie, Partizipation, Mitbestimmung, dann muss man dafür sorgen, dass diese 44 Prozent reduziert werden, dann hat man einfach ein anderes gesellschaftliches Klima, in dem man manche Dinge, die jetzt vielleicht hier so versteckt diskutiert werden, offener diskutieren kann. Ich erlebe in letzter Zeit viele Gespräche mit Journalisten, die mich irgendwie anrufen: Können wir nicht das Gutachten haben? Ich sag immer nein, aber dann unterhalten wir uns trotzdem darüber und wenn man schon einmal eine Viertelstunde mit Journalisten darüber redet, was da läuft und ihnen sagt, was in der Tat gesetzlich mögliche Fragen grundsätzlicher Bedeutung sein könnten, auch da bin ich durchaus der Meinung, es bestehen Handlungsspielräume. Es sind einige weg, die sollte man vielleicht wieder einräumen, dann kann man eine Viertelstunde erleben, wie der Journalist sagt, dass es doch einfach unglaublich sei, gibt es das wirklich, können Sie mir den Paragraphen nicht mal zufaxen? Also dann kommt nach einer Viertelstunde intensiver Diskussion und wir haben zwei erfolgreiche Artikel in diesen besagten Blättern wo nie

was erscheint von uns. Eine Drittelseite, der Chefredakteur hat selbst gesagt, endlich mal etwas Vernünftiges über Krankenkassen und das hängt nicht von meiner Überzeugungskraft ab, sondern einfach, indem man sich mal die Leute, die es können, da Überzeugungsarbeit leisten. Dazu wünsche ich mir allerdings auch, wenn ich jetzt noch einen Wunsch frei hätte, ich wünsch mir, das gesamte Gutachten öffentlich zu machen und es zum Anlass zu nehmen, dann wirklich weiter darüber zu diskutieren. Muss ich einfach sagen, die letzte richtige öffentliche Diskussion über Selbstverwaltung fand in den 70er Jahren statt und das ist mir wirklich zu weit zurück und wenn wir es jetzt nicht anpacken, dann wird uns das Ausland um unsere Selbstverwaltung beneiden, und zwar weltweit, aber uns selber wird sie zwischen den Fingern zerbröseln. Der Bundeswahlbeauftragte hat uns aufgerüttelt, der Bundesarbeitsminister hat den Ball aufgenommen, wir haben gutachterlich zugearbeitet und jetzt müssen Politik, Verwaltung, Selbstverwaltung und Organisationen gemeinsam an der längst fälligen Reform der Selbstverwaltung arbeiten.

Moderatorin:

Ja, ich denke, das ist ein schönes Schlusswort. Jetzt muss was angepackt werden, jetzt muss was passieren. Sie haben das ja in dem Gutachten schon deutlich gemacht und ich hoffe, dass Sie alle jetzt nicht zu frustriert sind nach dem heutigen Tag, sondern ganz im Gegenteil, dass der Kampfesgeist geweckt worden ist und dass Sie jetzt richtig loslegen darüber reden, diskutieren, viele solche Tagungen im kleinen Kreise veranstalten, damit Sie dann wirklich was erreichen können. Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg und vor allen Dingen guten Kampfgeist und dass Sie nie müde werden, darüber zu reden und weiter darüber zu diskutieren. Vielen Dank, dass Sie hier waren. Ich wünsche Ihnen gute Heimfahrt und vielen Dank an meine Podiumsteilnehmer. Danke!

**Namen und Adressen**

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 1

| (Titel,) Name und Vorname | Anschrift   |
|---------------------------|---|
| Altenkamp, Hubert         | Deutsche Rentenversicherung<br>Knappschaft Bahn/See<br>D-44781 Bochum                                     |
| Anders, Norbert           | Gesellschaft für Arbeits- und<br>Sozialrecht e.V.<br>Franz-Hehring-Platz 1<br>D-10243 Berlin              |
| Dr. Angele, Sybille       | Geschäftsführerin<br>GVG e.V.<br>Hansaring 43<br>D-50670 Köln   |
| Arndt, Klaus-Dieter       | Techniker-Krankenkasse<br>Bramfelder Str. 140<br>D-22305 Hamburg  |
| Aspel, Axel               | Berufsgenossenschaft Gas-, Fern-<br>wärme u. Wasserwirtschaft<br>Auf'm Hennekamp 74<br>D-40225 Düsseldorf |
| Atzler, Wolfgang          | Unfallkasse Berlin<br>Geschäftsführer<br>Culemeyerstr. 2<br>D-12277 Berlin                                |
| Baer, Detlef              | DGB<br>Regionalverband Mark Brandenburg<br>Breite Straße 7 a<br>D-14467 Potsdam                           |
| Ballast, Thomas           | Verband der Angestellten-Kranken-<br>kassen e.V. (VdAK)<br>Frankfurter Straße 84<br>D-53721 Siegburg      |
| Balzhyk, Hanna            | Dresdner Str. 25<br>D-28215 Bremen  |
| Barber, Reinhold          | Deutsche Rentenversicherung<br>Knappschaft Bahn-See<br>D-44781 Bochum                                     |
| Baumbach, Manfred         | IKK-Hamburg<br>Keiler Str. 464<br>D-22525 Hamburg   |
| Becher, Edelgard          | AOK<br>Ristnerstr. 1<br>D-27576 Bremerhaven   |
| Becker, Karl Eugen        | DAK Hamburg<br>Nagelsweg 27-31<br>D-20097 Hamburg   |
| Becker, Raimund           | Bundesagentur für Arbeit<br>Vorstand Finanzen<br>Regensburger Str. 104<br>D-90478 Nürnberg                |

**Namen und Adressen**

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 2

| (Titel:) Name und Vorname | Anschrift  |
|---------------------------|--|
| Becker-Müller, Christa    | Verwaltungsrat DAK<br>Verwaltungsratsmitglied<br>Erftr. 9<br>D-53175 Bonn                |
| Beetz, Jürgen             | BKK Schwenningen<br>Föhrenbühlstr. 4<br>D-78054 VS-Schwenningen                          |
| Beier, Angelika           | DGB<br>Bezirk Hessen/Thüringen<br>Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77<br>D-60329 Frankfurt/Main |
| Belter, Sabine            | Deutsche Rentenversicherung<br>Knappschaft Bahn-See<br>D-44781 Bochum                    |
| Bender, Hans              | DAK Hamburg<br>Nagelsweg 27-31<br>D-20097 Hamburg  |
| Bertram, Elisabeth        | VdAK / AEV<br>Aussenstelle berlin<br>Karlplatz 7<br>D-10117 Berlin                       |
| Beyer, Wolfgang           | BKK Landesverband Niedersachsen<br>Siebstr. 4<br>D-30171 Hannover                        |
| Biermann, Ilka            | Barmer Ersatzkasse<br>Lichtscheider Str. 89<br>D-42285 Wuppertal                         |
| Billerbeck, Uwe           | Deutsche Rentenversicherung<br>Knappschaft Bahn-See<br>D-44781 Bochum                    |
| Bilz, Rosemarie           | Techniker Krankenkasse<br>Bramfelder Str. 140<br>D-22305 Hamburg                         |
| Bischhaus, Fatna          | Vors. des Hauptpersonalrates<br>Deutsche Rentenv. Bund<br>D-10704 Berlin                 |
| Bischof, Angelika         | Deutsche Rentenversicherung<br>Knappschaft Bahn-See<br>D-44781 Bochum                    |
| Bleil, Manfred            | Göppinger Weg 16<br>D-89522 Heidenheim   |
| Blöß, Timo                | K.-Verlagsgesellschaft<br>Rungestr. 22-24<br>D-10179 Berlin                              |

## Namen und Adressen

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 3

(Titel,) Name und Vorname

Anschrift

|                        |  |
|------------------------|--|
| Blum, Leo              | Bundesverband der landwirtschaftl.<br>Krankenkassen KdöR, VorstVors.<br>Weißensteinstr. 70-72<br>D-34131 Kassel        |
| Bochat, Jeanine        | DRV Bund<br>Friedrich-G.-Keller-Str. 17<br>D-01814 Bad Schandau  |
| Bochat, Lothar         | Leiter der VdAK/AEV e.V.<br>Landesvertretung Brandenburg<br>Wilhelm-von-Siemens-Straße 40<br>D-12277 Berlin            |
| Bock, Herbert          | Hamburg Münchener Krankenkasse<br>Schäferkampsallee 16<br>D-20357 Hamburg  |
| Bodenhagen, Gert       | Hamburg Münchener Krankenkasse<br>Schäferkampsallee 16<br>D-20357 Hamburg  |
| Bodewein, Winfried     | Liga der Freien Wohlfahrtspflege<br>im Land Sachsen-Anhalt e.V.<br>Walther-Rathenau-Straße 38<br>D-39106 Magdeburg     |
| Boehlke, Irina         | DRV Mitteldeutschland<br>Selbstverwaltung<br>G.Schumann-Str. 146<br>D-04159 Leipzig                                    |
| Böhm, Jochim           | Altenhäger Str. 3<br>D-31867 Messekamp   |
| Borgwardt, Björn       | BM f. Arbeit u. Soziales<br>Ref. II b 1, Grundsatzfr. SGB III<br>Wilhelmstr. 49<br>D-11017 Berlin                      |
| Dr. Bormann, Gero-Falk | Erster Direktor<br>Deutsche Rentenversicherung B-W<br>Gartenstr. 105<br>D-76122 Karlsruhe                              |
| Böttner, Jost          | Landesunfallkasse Niedersachsen<br>Am Mittelfeld 169<br>D-30519 Hannover   |
| Dr. Bouwer, Günter     | Deutsche Rentenversicherung<br>Bund<br>D-10704 Berlin  |
| Brandmeier, Alois      | GF, Land- u. Forstwirtschaftliche<br>Sozialversicherung Niederbay., O'Pf<br>Dr. Georg-Heim-Allee 1<br>D-84036 Landshut |
| Brandt, Gerd           | Spekteweg 47<br>D-13583 Berlin   |

## Namen und Adressen

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 4

| (Titel) Name und Vorname   | Anschrift   |
|----------------------------|---|
| Dr. Brandts, Ricarda       | Landesozialgericht NRW<br>Zweigertstr. 54<br>D-45130 Essen                        |
| Dr. Braun, Bernard         | Zentrum für Sozialpolitik<br>Universität Bremen<br>Parkallee 39<br>D-28209 Bremen |
| Broschinski, Martin        | Deutsche Rentenversicherung<br>Westphalen<br>D-48125 Münster                      |
| Brückner, Andreas          | IKK-thüringen<br>VWR-Vorsitzender<br>Alter Graben 1<br>D-9673 Eisfeld             |
| Budde, Willi               | BKK Bundesorstand<br>Kronprinzenstr. 6<br>D-45128 Essen                           |
| Bundt, Burkhard            | Berchtesgadener Str. 21<br>D-10825 Berlin   |
| Buntenbach, Annelie        | Mitglied des DGB-Bundesvorstandes<br>Henriette-Herz-Platz 2<br>D-10178 Berlin     |
| Burau, Benjamin Erik       | Harkortstr. 7<br>D-04107 Leipzig  |
| Burger, Winfried           | VWR IKK Bundesverband<br>Bahnhofstr. 51<br>D-66663 Merlig                         |
| Callies-Hemsen, Christiane | DAK Verwaltungsrat<br>Nagelsweg 27<br>D-20097 Hamburg                             |
| Carlson, Sandra Birte      | Schillerstraße 68<br>D-10627 Berlin   |
| Cholewa, Heiz              | IGM Bocholt<br>Höhenweg 26<br>D-46147 Oberhausen                                  |
| Czogalla, Stefan           | BBB Beamtenbund und<br>Tarifunion<br>Friedrichstr. 169/170<br>D-10117 Berlin      |
| Dabels, Dietrich           | Deutsche Rentenversicherung<br>Knappschaft Bahn-See<br>D-44781 Bochum             |
| Date, Achmed               | ver.di Lüneburger Heide<br>Katzenstr. 3<br>D-21335 Lüneburg                       |

## Namen und Adressen

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 5

### (Titel,) Name und Vorname

### Anschrift

|                             |  |
|-----------------------------|--|
| Dr. Dedring, Klaus-Heinrich | SPD-Parteivorstand<br>Referat Sozial- und Gesundheitspol.<br>Wilhelmstr. 140<br>D-10963 Berlin             |
| Dr. Deisler, Harald         | Bundesverband der landwirtschaftl.<br>Sozialversicherungsträger<br>Weißensteinstr. 70-72<br>D-34131 Kassel |
| Denda, Ralf                 | ABDA - Bundesvereinigung Dt.<br>Apothekerverbände<br>Jägerstr. 49/50<br>D-10117 Berlin                     |
| Diehl, Klaus                | T-Systems<br>Pfnorstr. 1<br>D-64293 Darmstadt  |
| Dielmann, Gerd              | ver.di<br>Lütticher Straße 16<br>D-13353 Berlin  |
| Dietrich, Gerhilt           | IKK-Bundesvorstand<br>Postfach 100152<br>D-51401 Bergisch-Gladbach   |
| Dietwald, Wolf              | Deutsche Rentenversicherung<br>Krumme Str. 2<br>D-06761 Hennigsdorf  |
| Doer, Uwe                   | Hamburg-Münchener Krankenkasse<br>Wchäferskampallee 16<br>D-20357 Hamburg                                  |
| Donnert, Hans               | MIKROSA Werkzeugmaschinen GmbH<br>Leipzig, FFMZ<br>Sophienstr. 13 b<br>D-04162 Leipzig                     |
| Doppelmann, Axel            | BG Bau<br>Wolsdorfer sTr- 141<br>D-53721 Siegburg  |
| Drehl, Martin               | T-Systems Enterprise Services<br>GmbH, Secure Online Voting<br>D-64293 Darmstadt                           |
| Düker, Herbert              | Deutsche Rentenvers. Bund<br>Lissabonsallee 34<br>D-14163 Berlin   |
| Dülken, Holger              | Deutsche Rentenversicherung<br>Mitteldeutschland / Vorstand<br>H.-Heine-Str. 9 a<br>D-39218 Schönebeck     |
| Düsing, Renate              | BKK-VBU<br>Lindenstr. 67<br>D-10969 Berlin   |

## Namen und Adressen

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 6

(Titel.) Name und Vorname

Anschrift

Eickmeyer, Günther

BM f. Arbeit und Soziales  
Rochusstr. 1  
D-53123 Bonn

Eisberg, Udo

IG BCE  
Landesbezirk Westfalen  
Am Dombusch 90  
D-46244 Bottrop

Eisele, Rolf

ver.di  
Bezirk Ost  
August-Bebel-Str. 89  
D-18055 Rostock

Engehausen, Roland

Siemens-Betriebskrankenkasse  
Geschäftsführer Ost  
Rohrdamm 83  
D-13629 Berlin

Engelhardt, Uta

Gmünder ErsatzKasse  
Gottlieb-Daimler-Str. 19  
D-73529 Schwäbisch-Gmünd

Engelmann, Ute

Barmer Ersatzkasse  
Lichtscheiderstr. 89  
D-42285 Wuppertal

Erhard, Hubert

Berufsgenossenschaft der  
chemischen Industrie  
Kurfürsten-Anlage 62  
D-69115 Heidelberg

Dr. Ernst, Helga

SPD-Fachausschuss f. Internationale  
Politik, Frieden und Entwicklung  
Kurfürstenstr. 83  
D-10787 Berlin

Dr. Failer, Peter

Ministerialrat  
Bayerisches Staatsministerium  
Behrenstr. 21/22  
D-10117 Berlin

Faust, Hans-Jürgen

See-Krankenkasse K.d.ö.R.  
Reimerstwierte 2  
D-20457 Hamburg

Fischer, Birgit

Stadt Bochum  
Gleichstellungsstelle  
Rathaus, Postfach 102069  
D-44722 Bochum

Fischer, Martin

Gewerkschaft Deutscher Lokomotiv-  
führer  
Baumweg 45  
D-60316 Frankfurt a. M.

Fischer, Michael

Trainee Abt. Wirtschafts- und  
Sozialpolitik  
Godesberger Allee 149  
D-53170 Bonn

## Namen und Adressen

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 7

| (Titel,) Name und Vorname | Anschrift   |
|---------------------------|---|
| Flacke, Dagmar            | IKK-Bundesverband<br>Hegelplatz 1<br>D-10117 Berlin   |
| Flüthmann, Alexander      | Deutsche Rentenversicherung<br>Westphalen<br>D-48125 Münster  |
| Förster, Marianne         | Hamburg Münchener Krankenkasse<br>Schäferkampsallee 16<br>D-20357 Hamburg                             |
| Fraatz, Peter             | Verwaltungsrat AOK Berlin<br>Rohrleitungs- u. Kanalbau GmbH<br>Bessemerstr. 42 b<br>D-12103 Berlin    |
| Freund, Renate            | BM für Arbeit und Soziales<br>Sicherung - Ref. IV 01<br>D-53108 Bonn                                  |
| Fricke, Horst             | Deutsche Rentenversicherung<br>Lange Weihe 2<br>D-30880 Laatzen                                       |
| Friedrichs, Günter        | Shell BKK/LIFE<br>BKK LV Nord+BV<br>Erwin-König-Weg 6<br>D-21075 Hamburg                              |
| Fuchs, Anke               | Vorsitzende der<br>Friedrich-Ebert-Stiftung<br>Godesberger Allee 149<br>D-53175 Bonn                  |
| Gabler, Heinz-Joachim     | Vdak<br>Heerstr. 25<br>D-14052 Berlin   |
| Galle, Andrea             | Vorsitzende des Vorstandes<br>BKK Verkehrsbau Union<br>Wartenberger Str. 24<br>D-13053 Berlin         |
| Garling, Dieter           | DaimlerChrysler AG<br>Mercedesstraße 1<br>D-28309 Bremen  |
| Garling, Wolf             | vorm. Techniker Krankenkasse<br>- Verwaltungsratsvorsitzender -<br>Manteuffelstr. 6<br>D-12203 Berlin |
| Gebauer, Lothar           | Platz der Vereinten Nationen 17<br>D-10249 Berlin   |
| Dr. Gebuhr, Klaus         | NAV-Virchow-Bund - Verband der<br>niedergelassenen Ärzte e.V.<br>Chausseestr. 119 B<br>D-10115 Berlin |

## Namen und Adressen

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 8

(Titel.) Name und Vorname

Anschrift

Gelbke, Roland

Landwirtschaftl. Berufsgenossensch  
Weißensteinstr. 70-72  
D-34131 Kassel

Gelleschun, Christian

DAK Hamburg  
nagelsweg 27-31  
D-20097 Hamburg

Dr. Gerth, Hans-Heinrich

Techniker Krankenkasse  
Bramfelder Str. 140  
D-22305 Hamburg

Geschonke, Carola Melitta

Oehlertring 13  
D-12169 Berlin

Gille, Nadine

Techniker Krankenkasse  
Bramfelder Str. 140  
D-22305 Hamburg

Gleitze, Wilfried

Vorsitzender der Geschäftsführung  
Landesversicherungsanstalt Westf.  
Gartenstr. 194  
D-48147 Münster

Dr. Göbel, Dieter

Deutsche Rentenversicherung Bund  
D-10704 Berlin

Göbel, Klaus-Michael

Techniker Krankenkasse  
Bramfelder str. 140  
D-22305 Hamburg

Gödderz, Anita

BWB  
Im Grund 1  
D-53840 Troisdorf

Götze, Ralf

Uni Bremen  
Sfb 597 u. Zentrum f. Sozialpolitik  
Linzer Str. 9 a  
D-28359 Bremen

Graumann, Karl

Techniker Krankenkasse  
Bramfelder Str. 140  
D-22305 Hamburg

Grieger, Bernd

Direktor a.D. AOK Brandenburg  
Oranienburger Str. 12C  
D-16321 Bernau bei Berlin

Grotheer, Axel

Gmünder ErsatzKasse  
Gottlieb-Daimler-Str. 19  
D-73529 Schwäbisch-Gmünd

Grunwald, Jürgen

IG Bergbau, Chemie, Energie  
Landesbezirk Westfalen  
Alte Hattinger Straße 19  
D-44789 Bochum

Gumbel, Marion

BKK-LV Rheinland-Pfalz  
Essenheimerstr. 126  
D-55128 Bretzenheim

## Namen und Adressen

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 9

### (Titel,) Name und Vorname

### Anschrift

Güner, Günter

IG-Metall Bevollmächtigter  
Liststr. 30  
D-78056 Villingen-Schwenningen

Günster, Karl-Heinz

IKK-Landesverband Niedersachsen  
Stabsstelle Verbandspolitik/Presse  
Günther-Wagner-Allee 23  
D-30177 Hannover

Habermann, Rolf

Niederste Feldweg 105  
D-44143 Dortmund

Hagen-Henneberg, Wilma

ver.di Bundesverwaltung  
Gesundheits- und Sozialpolitik  
D-10112 Berlin

Hamann, Dieter

Sozialverband Deutschland  
Z.-Krüger Damm 52  
D-13469 Berlin

Hannack, Elke

DGB Reg. Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg  
Büro Gummersbach  
Singerbrinkstr. 22  
D-51643 Gummersbach

Dr. Hansen, Volker

BDA im Haus d. Deutschen Wirtschaft  
stellv. Leiter Abt. Soziale Sicherung  
Breite Straße 29  
D-10178 Berlin

Harlass, Andrea

Deutsche Rentenversicherung Bund  
D-10704 Berlin

Heilmann, Dagmar

Deutsche Rentenversicherung Bund  
D-10704 Berlin

Heinrich, Wilfried

Deutsche Rentenversicherung BAWÜ  
Vorstands-u. Selbstverwaltung  
D-70429 Stuttgart

Heins, Marion

ver.di  
Köpenicker Straße 30  
D-10179 Berlin

Helmer, Matthias

Redaktion Mitbestimmung  
Hans-Böckler-Stiftung  
Hans-Böckler-Str. 39  
D-40476 Düsseldorf

Henke, Herbert

Techniker Krankenkasse  
Bramfelder Str. 140  
D-22305 Hamburg

Hentges, Willy

DSK Deutsches Wohlfahrtswerk e.V.  
Alt Moabit 105  
D-10559 Berlin

Herfert, Simone

BMAS  
Wilhelmstr. 49  
D-10117 Berlin

## Namen und Adressen

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 10

### (Titel,) Name und Vorname

### Anschrift

|                        |   |
|------------------------|---|
| Hermann, Jürgen        | Barmer Ersatzkasse<br>Lichtscheidertr. 89<br>D-42285 Wuppertal  |
| Heyerding, W.          | Waiblinger Weg 10<br>D-12487 Berlin   |
| Heyne, Susanne         | VBG Verwaltung Berufsgenossen-<br>schaft<br>Deelbögenkamp 4<br>D-22281 Hamburgsusanne.heyne@vbg.de      |
| Dr. Hiltner, Manfred   | John-Brinckman-Str. 10<br>D-18119 Rostock   |
| Hoch, Jürgen           | DRV-Nord<br>Blkkenhang 7<br>21465 Reinbek   |
| Hoffmann, Heinz        | IG Metall Bezirksleitung<br>Bezirk Berlin-Brandenb.-Sachsen<br>Alte Jakobstr. 148<br>D-10969 Berlin     |
| Hoffmann,              | BM für Wirtschaft<br>und Technologie, Ref. I A 6<br>D-11019 Berlin                                      |
| Hoheisel, Detlev       | Braunschweigischer Gemein-Unfall-<br>versicherungsverband<br>Berliner Platz 1 C<br>D-38102 Braunschweig |
| Hohenreuther, Fridolin | BKK Schwenningen<br>Spittelstr. 50<br>D-78056 Villingen-Schwenningen                                    |
| Holz, Elke             | DAK Hamburg<br>Verwaltungsrat<br>Nagelsweg 27-31<br>D-20097 Hamburg                                     |
| Hoppe, Heike           | Feuerwehr-Unfallkasse Niedersachsen<br>Ägidienstorfplatz 1 a<br>D-30159 Hannover                        |
| Hoppe, Klaus           | Siemens AG SD<br>Siemensdamm 50 - 54<br>D-13629 Berlin  |
| Hornung, Ernst         | Bundesverband der Betriebskranken-<br>kassen<br>Kronprinzenstr. 6<br>D-45128 Essen                      |
| Hübbe, Claudius        | VMEIVLB<br>Am Schillertheater 2<br>D-10625 Berlin   |

## Namen und Adressen

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 11

| (Titel,) Name und Vorname  | Anschrift  |
|----------------------------|--|
| Huber, Ludwig              | IG Metall Bayern<br>Elisenhof<br>Elisenstr. 3a<br>D-80335 München  |
| Huber, Ludwig              | Gmünder ErsatzKasse<br>Gottlieb-Daimler-Str. 19<br>D-73529 Schwäbisch-Gmünd                                      |
| Hüfner, Gert               | Vorsitzender der Vorstände der See-<br>Berufsgenossenschaft/-Krankenkasse<br>Reimerstwieler 2<br>D-20457 Hamburg |
| Huhn, Stephan              | BKK Herkules<br>Fünffensterstr. 5<br>D-34117 Kassel  |
| Huster, Birgit             | Techniker krankenkasse<br>Bramfelder Str. 140<br>D-22305 Hamburg   |
| Professor Huth, Werner     | Verband Deutscher Kapitäne und<br>Schiffsoffiziere e.V.<br>Palmaille 29<br>D-22767 Hamburg                       |
| Hüttenmeister, Heinz-Peter | IG BCE<br>Landesbezirk Nord<br>Königsworther Platz 6<br>D-30167 Hannover   |
| Ide, Jörg                  | Techniker Krankenkasse<br>Bramfelder Str. 140<br>D-22305 Hamburg   |
| Isenberg, Thomas           | An der Kolonnade 11<br>10117 Berlin  |
| Jacobsen, Jens             | Langer Kamp 162<br>D-22850 Norderstedt   |
| Jann, Anouchka             | VdAK e.V. / AEV e.V.<br>Frankfurter Straße 84<br>D-53721 Siegburg  |
| Jockel, Heidi              | DGB Region Berlin<br>Keithstraße 1/3<br>D-10787 Berlin   |
| Josefowitz, Andreas        | BIG-Die Direktkrankenkasse<br>Leiter, Vorstandsbüro<br>Sauerteichstr. 54-56<br>D-44141 Dortmund                  |
| Jungermann, Hartmut        | DGUV Berlin<br>Mittelstr. 51<br>D-10117 Berlin   |

## Namen und Adressen

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 12

| (Titel) Name und Vorname | Anschrift  |
|--------------------------|--|
| Käbs, Christina          | Techniker krnakenkasse<br>Bramfelder Str. 140<br>D-22305 Hamburg   |
| Kaffenberger, Jens       | Sozialverband VdK Deutschland e.V.<br>Assistent d. Bundesgeschäftsführung<br>In den Ministergärten 4<br>D-10117 Berlin |
| Kalinowski, Gerd         | Deutsche Rentenversicherung<br>Knappschaft Bahn-See<br>D-44781 Bochum  |
| Kamphues, Michael        | Deutsche Rentenversicherung<br>D-44781 Bochum  |
| Dr. Kästner, Friedrich   | Geschäftsführer der Vereinigung der<br>Unternehmensverbände in Berlin und<br>Am Schillertheater 2<br>D-10625 Berlin    |
| Kerschbaumer, Judith     | ver.di<br>Ressort 12/Bereich Sozialpolitik<br>D-10112 Berlin   |
| Kerwat, Martin           | Deutsche Rentenversicherung Bund<br>D-10704 Berlin   |
| Kleinehr, Helmut         | IKK verwaltungsrat<br>Kleinbahnstr. 5<br>D-59759 Amsberg   |
| Knieps, Franz            | Abteilungsleiter<br>Bundesministerium für Gesundheit<br>Wilhelmstr. 49<br>D-10117 Berlin                               |
| Koch, Jürgen             | Deutsche Rentenversicherung Nord<br>Vorstand/Selbstverw.<br>Ziegelstr. 150<br>D-23556 Lübeck                           |
| Dr. Kohl, Wolfgang       | Vorsitzende der Geschäftsführung<br>Deutsche Rentenversicherung<br>Georg-Schumann-Straße 146<br>D-04159 Leipzig        |
| Kölbel, Katja            | BKK LV BA-WÜ<br>Stuttgarter Str. 105<br>D-70806 Kornwestheim   |
| König, Peter             | Friedrich-Ebert-Stiftung<br>Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik<br>Godesberger Allee 149<br>D-53175 Bonn               |
| Dr. Kopske, Christa      | Revaler Str. 102<br>D-10243 Berlin   |
| Dr. Kopske, Jürgen       | Revaler Str. 102<br>D-10243 Berlin   |

## Namen und Adressen

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 13

| (Titel,) Name und Vorname | Anschrift   |
|---------------------------|---|
| Kostbade, Petra           | Deutsche Rentenversicherung<br>Knappschaft Bahn-See<br>D-44781 Bochum                                       |
| Kowolik, Beate            | Nobelstr. 20<br>D-41564 Kaarst  |
| Kranz, Britta             | Bundesministerium für Arbeit<br>und Soziales<br>Wilhelmstr. 49<br>D-10117 Berlin                            |
| Dr. Kreikebohm, Ralf      | LVA Braunschweig<br>Kurt-Schumacher-Str. 20<br>D-38102 Braunschweig   |
| Kreuger, Kerstin          | Roscherstr. 3<br>D-10629 Berlin   |
| Krüger, Elke              | Landesvertretung Brandenburg<br>In den Ministergärten 1<br>D-10117 Berlin                                   |
| Krüger, Susanne           | Berufsgenossenschaft f. Gesund-<br>heitsdienst u. Wohlfahrtspflege<br>Pappelsallee 35/37<br>D-22089 Hamburg |
| Krüger-Thiemann, Catrin   | ver.di LB Berlin-Brandenburg<br>Köpenicker Str. 30<br>D-10179 Berlin  |
| Kuhne, Clemens            | KKH - Die Kaufmännische<br>Berliner Büro<br>Schumannstr. 2<br>D-10117 Berlin                                |
| Kunz, Ulrich              | Gmünder Ersatzkasse<br>Gottlieb-Daimler-Str. 19<br>D-73529 Schwäbisch-Gmünd                                 |
| Dr. Künzler, Ingrid       | Deutsche Rentenversicherung<br>Nord<br>Ziegelstraße 150<br>D-23556 Lübeck                                   |
| Lack, Johannes            | AOK Mecklenburg-Vorpommern<br>- Pressesprecher -<br>Am Grünen Tal 50<br>D-19063 Schwerin                    |
| Ladehoff, Peter           | IKK Bundesverband<br>Friedrich-Ebert-Straße<br>D-51429 Bergisch Gladbach                                    |
| Lambertin, Knut           | DGB Bundesvorstand<br>Gesundheitspol./Krankenvers.<br>Henriette-Herz-Platz 2<br>D-10178 Berlin              |

**Namen und Adressen**

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 14

| <b>(Titel,) Name und Vorname</b>         | <b>Anschrift</b>   |
|--|--|
| Lang, Armin                              | MdL<br>SPD-Fraktion<br>Franz-Josef-Röder-Str. 7<br>D-66119 Saarbrücken                   |
| Langkutsch, Holger                       | Barmer Ersatzkasse<br>Lichtscheiderstr. 89<br>D-42285 Wuppertal                          |
| Lasar, Dieter                            | IG Bauen-Agrar-Umwelt<br>Bundesvorstand<br>Olof-Palme-Str. 19<br>D-60439 Frankfurt a. M. |
| Laßok, Michael                           | Unfallkasse Berlin<br>Culemeyerstr. 2<br>D-12277 Berlin                                  |
| Dr. Lehner, Heinz                        | Barmer Ersatzkasse<br>lichtscheider Str. 89<br>D-42285 Wuppertal                         |
| Dr. Leopold, Dieter                      | Journalist<br>Scheffelstr. 17<br>D-97072 Würzburg  |
| Staatssekretär Lersch-Mense, Franz-Josef | Bundesministerium für<br>Arbeit und Soziales<br>Wilhelmstr. 49<br>D-10117 Berlin         |
| Liebrich, Hardy                          | Ver.di<br>Oelmühlenstr. 57 - 59<br>D-33604 Bielefeld                                     |
| Liermann, Christel                       | Deutsche Rentenversicherung<br>Knappschaft Bahn-See<br>D-44781 Bochum                    |
| Lindenberg, Hugo                         | Neugrabener Bahnhofstr. 8 b<br>D-21149 Hamburg   |
| Dr. Linke, Marianne                      | MdL, Mitglied des Landtages<br>Fraktion-DIE LINKE.<br>Lennestr.<br>D-19053 Schwerin      |
| Löffler, Herbert                         | Im Ellernbruch 21<br>D-30916 Isernhagen  |
| Lohre, Karl-Werner                       | Barmer Ersatzkasse<br>Lichtscheider Str. 89<br>D-42285 Wuppertal                         |
| Lomb, Gerhard                            | DGUV<br>Mittelstr. 51<br>D-10117 Berlin  |
| Lorff, Günther                           | Siemens BKK<br>Heimeranstr. 31<br>D-80339 München  |

**Namen und Adressen**

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 15

| <b>(Titel,) Name und Vorname</b> | <b>Anschrift</b>  |
|----------------------------------|---|
| Lottermann, Ansgar               | Scheffelstr. 2/1<br>D-73240 Wendlingen  |
| Louven, Julius                   | Hahnendyk 48<br>D-47906 Kempen  |
| Lubitz, Bernhard                 | HEK-Hanseatische Krankenkasse<br>Lambert-strus-Weg 16<br>22399 Hamburg                        |
| Luschke, Burghard                | DAK Hamburg<br>Nagelsweg 27-31<br>D-20097 Hamburg   |
| Mack, Karin                      | BM für Wirtschaft und Technologie<br>Referat I A 6<br>Scharnhorststr. 34-37<br>D-10115 Berlin |
| Mandla, Norbert                  | AOK Berlin<br>D-10957 Berlin  |
| Märtens, Dieter F.               | Techniker Krankenkasse<br>Barnfelder Str. 140<br>D-22305 Hamburg                              |
| Mauer, Günter                    | Deutsche Rentenversicherung<br>Rheinland<br>Königsallee 71<br>D-40215 Düsseldorf              |
| Maurer, Matthias                 | AEV<br>Scheperstr. 80<br>D-22767 Hamburg  |
| Meckel, Klaus                    | BKK Landesverband Ost<br>Selbstverwaltung<br>Kaiserin-Augusta-Allee 104<br>D-10553 Berlin     |
| Dr. Mehrländer, Ursula           | Alte Weinsteige 42<br>D-70180 Stuttgart   |
| Meier, Dieter                    | Gersdorferstr. 36<br>D-12105 Berlin   |
| Meil, Ernst                      | Stadtverordneter<br>Goldregenweg 17<br>D-34125 Kassel   |
| Meil, Ernst                      | Techniker Krankenkasse<br>Bramfelder Str. 140<br>D-22305 Hamburg                              |
| Metschurat, Wolfgang             | AOK Berlin<br>Wilhelmstr. 1<br>D-10963 Berlin   |
| Michalsky, Ingrid                | Deutsche Rentenversicherung<br>Knappschaft Bahn-See<br>D-44781 Bochum                         |

## Namen und Adressen

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Seite 16

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

| (Titel) Name und Vorname | Anschrift  |
|--------------------------|--|
| Milles, Elmar            | Gesamtverband des Deutschen<br>Steinkohlebergbaus<br>Rellinghausertr. 1<br>D-45128 Essen         |
| Miyanyedi, Gülcen        | Berufsgenossenschaft<br>Elektro-Textil-Feinmechanik<br>Gustav-Heinemann-Ufer 130<br>D-50968 Köln |
| Müller, Hans-Jürgen      | IKK-Bundesverband<br>Friedrich-Ebert-Straße<br>D-51429 Bergisch Gladbach                         |
| Müller, Hans-Jürgen      | IKK gesund plus<br>Umfassungsstr. 85<br>D-391124 Magdeburg                                       |
| Müller, Helmut           | Unfallkasse Rheinland-pfalz<br>Orensteinstr. 10<br>D-56626 Andernach                             |
| Müller, Sabine           | verdi-Bundesverwaltung<br>Ressort 7F31<br>Paula-F.-Ufer 10<br>D-10179 Berlin                     |
| Müller, Wolf             | Bundesverband Baustoffe<br>Steine und Erden e.V.<br>Kochstr. 66<br>D-10969 Berlin                |
| Nakielski, Hans          | Redaktion "Soziale Sicherheit"<br>Poller Hauptstr. 25-27<br>D-51105 Köln                         |
| Nasrun, Ali              | Frankenwaldstraße 16<br>D-13589 Berlin   |
| Nätscher, Karl-Heinz     | Mainstr. 62<br>D-97276 Margetshöchheim   |
| Neubrand, Franz          | Techniker Krankenkasse<br>Bramfelder Str. 140<br>D-22305 Hamburg                                 |
| Neumann, Herbert         | Deutsche Rentenversicherung Bund<br>D-10704 Berlin   |
| Neumann, Jörg            | Knappschaft<br>Königsallee 175<br>D-44781 Bochum   |
| Neuwardt, Rainer         | AIDA Cruisers<br>Am STrande 3 d<br>D-18155 Rostock   |
| Niggemann, Wolfgang      | Hohle Str. 8<br>D-32839 Steinheim  |

## Namen und Adressen

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 17

### (Titel.) Name und Vorname

### Anschrift

|                        |  |
|------------------------|--|
| Niggemann, Wolfgang    | JS-Medical GmbH<br>Handel u. Beratung<br>Daimlerr. 4<br>D-49733 Haren/Ems  |
| Nothof, Karl           | Barmer Ersatzkasse<br>Lichtscheiderstr. 89<br>D-42285 Wuppertal  |
| Nowak, Meinolf         | Stadtverwaltung Herne<br>Postfach 10 18 20<br>D-44621 Herne  |
| Obermann, Karl         | Agentur f. Arbeit Saarbrücken<br>Hafenstr. 18<br>D-66111 Saarbrücken   |
| Oehlmann, Werner       | Verwaltungsrat Mitgl. BKK Gesundheit<br>Kantstr. 2<br>D-09322 Penig  |
| Ollech, Ernst          | Landesvorstand AGS Berlin<br>Fortunaallee 59<br>D-12683 Berlin   |
| Osing, Saskia          | Bundesvereinigung der Deutschen<br>Arbeitgeberverbände BDA<br>Gustav-Heinemann-Ufer 72<br>D-50968 Köln           |
| Otte, Klaus            | BGFE<br>Kühlungsborner Str. 24<br>D-22147 Hamburg  |
| Pakleppa, Felix        | Zentralverband Deutsches Bau-<br>gewerbe<br>Kronenstr- 55-58<br>D-10117 Berlin                                   |
| Palsbröcker, Bernd     | Schierholzstr. 37<br>D-32584 Löhne   |
| Pannen, Christoph      | Techniker Krankenkasse<br>Geschäftsführer Gesundheitspolitik<br>Luisenstr. 46<br>D-10117 Berlin                  |
| Dr. Paquet, Robert     | Leiter Büro Berlin<br>Bundesverband der Betriebskrankenk.<br>Ebertstraße 24 / Pariser Platz 6a<br>D-10117 Berlin |
| Pauli, Klaus           | DGB-Kreis Landshut<br>Seligenthalerstr. 18<br>D-84034 Landshut   |
| Pauli, Totila Wolfgang | Hortensienstraße 21 c<br>D-12203 Berlin  |

## Namen und Adressen

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 18

| (Titel,) Name und Vorname | Anschrift   |
|---------------------------|---|
| Peermann, Christel        | DAK Hamburg<br>Nagelsweg 27-31<br>D-20097 Hamburg   |
| Peters, Gustav            | Diözesensekretär der KAB<br>Hafenweg 11 a<br>D-48155 Münster  |
| Peters, Jürgen            | Kolpingwerk, Deutscher Zentralverb.<br>Ref. Arbeitswelt und Soziales<br>Kolpingplatz 5-11<br>D-50667 Köln |
| Dr. Pfeiffer, Doris       | Spitzenverband Bund der Krankenkassen<br>Mittelstr. 51<br>D-13129 Berlin                                  |
| Plate, Frank              | Bundesversicherungsamt<br>Friedrich-Ebert-Allee 38<br>D-53113 Bonn  |
| Pott, Ulrich              | Bundesknappschaft<br>Pieperstraße 14 - 28<br>D-44789 Bochum   |
| Prestin, Rainer           | Bau-Berufsgenossenschaft<br>Hamburg - Vorstand -<br>Holstenwall 8 - 9<br>D-20355 Hamburg                  |
| Preuß, Lothar             | Verwaltungs BG<br>Rückertstr. 10<br>D-34125 Kassel  |
| Prigge, Rolf              | Hamburg Münchener Krankenkasse<br>Schäferskampallee 16<br>D-20357 Hamburg                                 |
| Pühl, Wolfgang            | Hessisches Ministerium für<br>Frauen, Arbeit und Sozialordnung<br>Postfach 31 40<br>D-65021 Wiesbaden     |
| Putz, Jörg                | Deutsche Rentenversicherung Bund<br>AG Personenvertretung<br>Westphälische Str. 1<br>D-10707 Berlin       |
| Rathmann, Erik            | Deutsche Rentenversicherung Bund<br>Sieversufer 7-9<br>D-12359 Berlin                                     |
| Ratsch, Hans-Joachim      | Deutsche Rentenversicherung<br>Mitteldeutschland<br>Ludwigstr. 51<br>D-06110 Halle                        |

## Namen und Adressen

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 19

### (Titel,) Name und Vorname

### Anschrift

Reckers, Winfried

Ministerium für  
Gesundheit und Soziales  
Postfach 39 11 55  
D-39012 Magdeburg

Reichle, Volker

Landwirtschaftliche Sozial-  
versicherung  
Hoppegartener Str. 100  
D-15366 Hoppegarten

Reifers, Volker

Deutsche Rentenversicherung Rheinla  
Ref. Selbstverwaltung  
Königsallee 71  
D-40215 Düsseldorf

Dr. Reineke, Ulrich

Deutsche Rentenversicherung Bund  
Berich 0700  
D-10704 Berlin

Reiners, Hartmut

Ministerium für Arbeit, Soziales,  
Gesundheit und Familie  
Heinrich-Mann-Allee 103  
D-14473 Potsdam

Ricke, Wolfgang

Mariannenstr. 29  
D-12209 Berlin

Rindermann, Maha

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik  
Godesberger Allee 149  
D-53175 Bonn

Ringhoff, Hubert

Techniker Krankenkasse  
Bramfelder Str. 140  
D-22305 Hamburg

Dr. Rische, Herbert

Präsident  
Deutsche Rentenversicherung Bund  
D-10704 Berlin

Dr. Ritz, Hans-Günther

Beh. f. Arbeit, Gesund. u. Soziales  
Landesamt für Rehabilitation  
Hamburger Str. 47  
D-22083 Hamburg

Röckle, Jürgen

Leiter Vorstandsbüro  
AOK Baden-Württemberg  
Heilbronner Str. 184  
D-70191 Stuttgart

Rodenberg, Werner

Verwaltungsrat AOK Berlin  
Wilhemstr. 1  
D-10963 Berlin

Rodewig, Norbert

Min. f. Arb., Ges. u. Soziales  
NRW - Aussenstelle Essen  
Kopstadtplatz 13  
D-45127 Essen

## Namen und Adressen

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 20

| (Titel,) Name und Vorname | Anschrift  |
|---------------------------|--|
| Rohrbach, Michael         | Bundesmin. f. Arbeit u. Soziales<br>Ref. Rentenfinanzierung<br>Wilhelmstr. 49<br>D-10117 Berlin                              |
| Roßbach, Gundula          | Stv. Geschäftsführerin<br>Deutsche Rentenversicherung<br>Knobelsdorffstr. 92<br>D-14059 Berlin                               |
| Rosenow, Marita           | verdi<br>Weissdornstr. 17<br>D-26215 Wiefelstede   |
| Rösgen, Horst-Jürgen      | Senatsverw. f. Wirtschaft, Technol.<br>u. Frauen, FB Verkehrspol.+technik<br>Martin-Luther-Str. 105, II EG<br>D-10825 Berlin |
| Roth, Michael             | AGPV Arbeitsgruppe Ppersonal-<br>vertretung, Deutsche Rentenvers.  |
| Rupprecht, Christoph J.   | AOK Rheinland - Leiter der Stabs-<br>stelle Gesundheitspolitik<br>Kasernenstr. 61<br>D-40213 Düsseldorf                      |
| Rupprecht, Frank          | Deutsche Rentenversicherung Bund<br>Hallesche str. 1<br>D-10963 Berlin   |
| Rupprecht, Rebekka        | Melanchthonstr. 18<br>D-10557 Berlin   |
| Rzesnik, Norbert          | BM für Wirtschaft und Arbeit<br>Rochusstr.1<br>D-53123 Bonn  |
| Sasdrich, Werner          | BM für Gesundheit und Soziale<br>Sicherheit - Unterabt. 41<br>D-53108 Bonn   |
| Satori, Frank             | Techniker Krankenkasse<br>Bramfelder Str. 140<br>D-22305 Hamburg   |
| Schäfer, Günther          | Postfach 1289<br>D-78236 Rielasingen-Worbl.  |
| Schäfer, Günther          | DAK Hamburg<br>Nagelsweg 27-31<br>D-20097 Hamburg  |
| Schaller, Johannes        | IG Metall<br>Wilhelm-Leuschner-Str. 79<br>D-60329 Frankfurt a.M.   |
| Schicke, Annette          | BMAS<br>Wilhelmstr. 49<br>D-11017 Berlin   |

## Namen und Adressen

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 21

| (Titel,) Name und Vorname | Anschrift   |
|---------------------------|---|
| Schiewerling, Karl        | MdB<br>CDU/CSU-Bundestagsfraktion<br>Platz der Republik<br>D-11011 Berlin                                       |
| Schirp, Alexander         | Vereinigung der Unternehmensver-<br>bände in Berlin-Brandenburg<br>Am Schillertheater 2<br>D-10625 Berlin       |
| Schlechter, Michael       | KtgBKK<br>Kurfürstenstr. 58<br>D-45138 Essen  |
| Schlenker, Rolf-Ulrich    | Gründer Ersatzkasse<br>Gottlieb-Daimler-Str. 19<br>D-73529 Schwäbisch Gmünd                                     |
| Schmermund, Friedrich     | Verwaltungsrat BV BKK<br>St. Magdalenen Str. 68<br>D-50226 Frechen  |
| Schmidt, Axel             | ver.di Hamburg<br>Besenbinderhof 60<br>D-20097 Hamburg  |
| Schmidt, Klaus-Dieter     | IG Metall Vorstand Nordhausen<br>Bahnhofstr. 15/16<br>D-99734 Nordhausen  |
| Dr. Schmidt, Roland       | Geschäftsführendes Vorstandsmit-<br>glied der Friedrich-Ebert-Stiftung<br>Godesberger Allee 149<br>D-53175 Bonn |
| Dr. Schneider, Fred       | BMAS / Leitendes Mitglied<br>Gruppe Sozialversicherung<br>Wilhelmstr. 49<br>D-10117 Berlin                      |
| Schollbach, Nadin         | Jobcenter Charlottenburg-<br>Willmersdorf / Team 414<br>Bundesallee 206<br>D-10717 Berlin                       |
| Schreiber, August-Jürgen  | Wambeler Hellweg 34<br>D-44143 Dortmund   |
| Schröder, Marina          | DGB Bundesvorstand<br>Henriette-Herz-Platz 2<br>D-10178 Berlin  |
| Schröder, Ulrich          | Landwirtschaftliche Sozialver-<br>sicherung<br>Hoopegartenstr. 100<br>D-15366 Hoppegarten                       |
| Schröther, Andrea         | BA Büro der<br>Selbstverwaltung<br>Mannlehenweg 29<br>D-96050 Bamberg   |

**Namen und Adressen**

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 22

**(Titel) Name und Vorname****Anschrift**

Schulte, Harald

Techniker Krankenkasse  
Brmafelder Str. 140  
D-21305 Hamburg

Schultz, Jutta

ver.di  
Wolbacherstr. 1  
D-48155 Münster

Schulz, Bernd

Jadeweg 11 B  
D-13581 Berlin

Schulz, Klaus Dieter

Gewerkschaft der Sozialversicherung  
Müldorfer Str. 23  
D-53229 Bonn

Schumacher, Klaus

Eifelweg 36  
D-30657 Hannover

Schütte-Geffers, Cornelia

Niedersächsisches Sozialministerium  
Postf 141  
D-30001 Hannover

Dr. Schweitzer, Ursula

Erich Schmidt Verlag GmbH  
Genthiner Str. 30 A  
D-10785 Berlin

Schwering, Simone

BKK Essanelle  
Wiesenstr. 70 b  
D-40549 Düsseldorf

Sehgal, Paul

Barbarossastr. 25A  
D-10779 Berlin

Seiller, Franz

DRV Rheinland-Pfalz  
Eichendorffstr. 4-6  
D-67346 Speyer

Selinger, Ernst

Johann-Kasimir-Str. 8  
D-67466 Lambrecht

Sandler, Jürgen

DGB-Bundesvorstand  
Sekt. Gewerkschaftl. Bildung  
Henriette-Herz-Platz 2  
D-10178 Berlin

Seynsche, Frank

Vorstandsvorsitzender BG BAU  
Hildegardstr. 29-31  
D-10715 Berlin

Sina, Rolf

Merckenbuschweg 20  
D-44329 Dortmund

Skorvanek, Wolfgang

Knappschaft  
Süggelrandweg 26  
D-44339 Dortmund

Sleeboom, Elke

Spietezenverband Bund  
Hegelplatz 1  
D-10117 Berlin

Söffing, Hans-Jürgen

Crüsemannallee 23  
D-28213 Bremen

## Namen und Adressen

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 23

(Titel,) Name und Vorname

Anschrift

Soltmann, Klaus

IG Metall  
Postfach 29 69  
D-30029 Hannover

Sperber, Werner

BGETF  
Gustav-Heinemann-Ufer 130  
D-50968 Köln

Dr. Stapf-Finé, Heinz

DGB-Bundesvorstand  
Bezirksleiter Sozialpolitik  
Henriette-Herz-Platz 2  
D-10178 Berlin

Starnitzki, Ditmar

Techniker Krankenkasse  
Bramfelder Str. 140  
D-22305 Hamburg

Stolz, Erhard

BKK-VBU  
Vors. des Verwaltungsrates  
Lindenstr. 67  
D-10969 Berlin

Strasel, Andreas

BKK LV BA-WÜ  
Stuttgarter Str. 105  
D-70806 Kornwestheim

Streckenbach, Alexander

Techniker Krankenkasse  
Bramfelder Str. 140  
D-22305 Hamburg

Strobel, Andreas

BKK LV BAWÜ  
Robert-Koch-Str. 28  
D-89522 Heidenheim

Stute, Hans-Peter

DAK hamburg  
Nagelsweg 27-31  
D-20097 Hamburg

Szych, Lothar

Bundesverband der Unfallkassen e.V.  
Vorstandsvorsitzender  
Fockensteinstr. 1  
D-81539 München

Theil, Ulrich

Deutsche Rentenversicherung Bund  
stellv. Pressesprecher  
D-10704 Berlin

Theunert, Rainer

Eisenbahn-Unfallkasse  
Lerchenbergstr. 51  
D-06886 Lutherstadt

Thomas, Uwe

stellv. Vors. VR BKK/BVM  
Sachsenfeld 4  
D-20097 Hamburg

Tischmann, Harry

Haus Nr 1 a  
D-23972 Schulenbrook

Trautwein, Werner

Techniker Krankenkasse  
Bramfelder Str. 140  
D-22305 Hamburg

## Namen und Adressen

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 24

| (Titel,) Name und Vorname   | Anschrift   |
|-----------------------------|---|
| Treibmann, Peter            | Techniker Krankenkasse<br>Bramfelder Str. 140<br>D-22305 Hamburg  |
| Trott, Anja                 | Min. f. SGJFS<br>Schleswig-Holstein<br>Adolf-Westphal-Str. 4<br>D-24143 Kiel                            |
| Trudrung, Michael           | Hamburg Münchener Krankenkasse<br>Schäferkampsallee 16<br>D-22357 Hamburg                               |
| Dr. Tsiakiras, Dimitrios    | Facharzt für Allgemeinmedizin<br>Alt Tempelhof 11<br>D-12099 Berlin                                     |
| Urbaniak, Hans Eberhard     | Bundeswahlbeauftragter für die<br>Sozialversicherungswahlen<br>Alfred-Nobel-Str. 10<br>D-44149 Dortmund |
| Vetter, R.                  | Unfallkasse Post u. Telekom<br>Europaplatz 2<br>72072 Tübingen  |
| Botschafter Virsis, Martins | Botschaft<br>der Republik Lettland<br>Reinerzstraße 40/41<br>D-14193 Berlin                             |
| Dr. Vöckling, Johannes      | Barmer Ersatzkasse<br>Lichthscheider Str. 89<br>D-42285 Wuppertal                                       |
| Vollrodt, Lutz              | Ferdinandstr. 7<br>D-12209 Berlin   |
| Dr. von der Heide, Dirk     | Verband Deutscher Rentenversiche-<br>rungsträger<br>Hallesche Straße 1<br>D-10963 Berlin                |
| von Thaden, Heiko           | IG Metall<br>Verwaltungsstelle Hamburg<br>Besenbinderhof 60<br>D-20097 Hamburg                          |
| Weber, Günther              | Gmünder EersatzKasse<br>Gottlieb-Daimler-Str. 19<br>D-73529 Schwäbisch-Gmünd                            |
| Wegner, Gabriele            | DGB Landesbezirk Nord<br>Besenbinderhof 60<br>D-20097 Hamburg   |
| Weineck, Susanna            | Gemünder ErsatzKasse GEK<br>Kronenstraße 3<br>D-10117 Berlin  |

## Namen und Adressen

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 25

| (Titel): Name und Vorname | Anschrift  |
|---------------------------|--|
| Weinschenk, Roswitha      | AOK-Thüringen<br>Friedebergstr. 25<br>D-98544 Zella-Mehlis   |
| Weller, Michael           | AOK Bundesverband<br>Kortrijker Str. 1<br>D-53177 Bonn   |
| Dr. Werner, Karl Gustav   | Selbsthilfeinitiative HFI e.V.<br>Postfach 30 04 40<br>D-40404 Düsseldorf                            |
| Wewer, Peter              | Treibjagdweg 10<br>D-14169 Berlin  |
| Wiedemeyer, Susanne       | DGB Landesbezirk Sachsen-Anhalt<br>Otto-von-Guericke-Straße 6<br>D-39104 Magdeburg                   |
| Wieth, Frank-Peter        | Sächsischer Landtag<br>CDU-Fraktion<br>Bernhard-von-Lindenau-Platz 1<br>D-01067 Dresden              |
| Wille, Rolf               | Zehlendorferstr. 15<br>D-30982 Pattensen   |
| Willibald, Johann         | BKK Bundesverband<br>Migl Verw.-Rat E.ON<br>Heinkelstr. 1<br>D-93049 Regensburg                      |
| Winter, Petra             | AOK -Bundesverband<br>Kortrijker Str. 1<br>D-53177 Bonn  |
| Wolf, Dietwald            | Beauftragter des BVEA<br>Kumme Straße 2<br>D-16761 Henningsdorf                                      |
| Dr. Wolff, Hans-Joachim   | Vorstandsvorsitzender, Deutsche<br>Gesetzliche Unfallversicherung<br>Dualastr. 17<br>D-81827 München |
| Wolny, Gerard             | Techniker Krankenkasse<br>Bramfelder Str. 140<br>D-22305 Hamburg                                     |
| Wulf, Manfred             | Vors. Verwaltungsrat BKK<br>Heisterholz 1<br>D-32469 Petershagen                                     |
| Zahn, Christian           | DAK Hamburg<br>Nagelsweg 27-31<br>20097 Hamburg  |
| Zander, Oliver            | Hauptverband der Deutschen<br>Bauindustrie<br>Kurfürstenstraße 129<br>D-10785 Berlin                 |

## Namen und Adressen

Veranstaltung 114533 - Sozialwahlen [14840401]

Termin 28.04.2008 10.00 - 16.30 h - hier: Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sortierung: Name

Stand: 08.05.2008, 15:12 h

Seite 26

(Titel,) Name und Vorname

Anschrift

Zeugfang, Johanna

Techniker Krankenkasse  
Bramfelder Str. 140  
D-22305 Hamburg

Zimmermann, Andreas

ULA-Deutscher Führungskräfte-  
Verband  
Kaiserdamm 31  
D-14057 Berlin

Zöllner, Nadine

Cotheniusstraße 7  
D-10407 Berlin

---

Anzahl: 364

# **Inhaltsverzeichnis**

**Vorwort**

**Tagungsbeiträge**

**Teilnehmer/innenliste**

**Impressum:**

Herausgeber:

Der Bundeswahlbeauftragte  
für die Sozialversicherungswahlen  
im Bundesministerium für Arbeit und Soziales